



Kienthal 1916 und Österreich

HANS HAUTMANN

Kienthal¹ war der Ort am Fuße der Blümlisalp im Berner Oberland, wo vom 24. bis 30. April 1916 die zweite Konferenz der Zimmerwalder Bewegung stattfand. Rund um die neutrale Schweiz befand sich Europa zu dem Zeitpunkt im tiefsten Krieg. An der Westfront tobte seit 21. Februar die mörderische Schlacht bei Verdun, die zum Inbegriff sinnlosen Massengemetzels an Hunderttausenden wurde, ohne dass bei den Soldaten der Gedanke an ein Verweigern der Todeskommandobefehle ihrer Vorgesetzten aufkam. Überall lief die Kriegsproduktion in den Industrie- und Rüstungsbetrieben auf Hochtouren, ohne von Protestaktionen und Streiks der Arbeiterschaft nennenswert beeinträchtigt zu sein. Die imperialistische Stimmungsmache über den hehren Zweck des Krieges und den Ruhm, für das Vaterland zu sterben, entfaltete nach wie vor ihre Wirkung, und ein Ausweg aus dem monströsen Verbrechen der Regierenden an den Volksmassen schien nicht absehbar. Dennoch gingen unter der Decke bereits Entwicklungen vor sich, die der Kirchhofsruhe des Burgfriedens zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Kapital und Arbeit bald ein Ende bereiten sollten.

Kienthal war eine Etappe auf diesem Weg. Die um Lenin gescharte Linke trat in Kienthal geschlossener und stärker in Erscheinung als in Zimmerwald, und auch in der Haltung der Zentristen zeigte sich eine gewisse Radikalisierung. Sie betraf die zentrale Frage der parlamentarischen Abstimmung für oder gegen die Kriegskredite und äußerte sich im März 1916 im deutschen Reichstag, als 18 zentristische Abgeordnete erstmals gegen ihre Bewilligung votierten. War es in Zimmerwald noch notwendig gewesen, in erster Linie die prinzipielle Position gegenüber den offiziellen sozialchauvinistischen Parteien zu klären, so ging es in Kienthal bereits um konkrete Kampfziele und -methoden. Nicht zuletzt bedeutete Kienthal für die sozialistische Opposition in Österreich, die in Zimmer-

wald noch gefehlt hatte, durch die Begegnung Franz Koritschoners mit Lenin einen Wendepunkt in Richtung ihrer Einreihung in die internationale revolutionäre Antikriegsbewegung.

Die Vorbereitung

Die Zimmerwalder Konferenz hatte als Exekutivorgan der Zimmerwalder Bewegung die *Internationale Sozialistische Kommission* (ISK) mit Sitz in Bern gegründet. Ihr gehörten 15 teils internationalistisch, teils zentristisch orientierte Arbeiterparteien bzw. Teile von ihnen sowie Gewerkschaften an, die auf dem Boden der Antikriegsbeschlüsse von Stuttgart und Basel standen.² Der Vorsitzende der ISK, der Schweizer Zentrist Robert Grimm, lud Anfang 1916 zu einer erweiterten Sitzung des Gremiums ein, um anstehende Fragen sowie die Einberufung einer zweiten Zimmerwalder Konferenz zu beraten. Sie fand vom 5. bis 9. Februar in Bern statt; anwesend waren u.a. Lenin, Sinowjew, Radek, Martow, Axelrod, Ledebour, Hoffmann, Berta Thalheimer, Münzenberg, Serrati, Modigliani, Angelica Balabanoff, Rakowski, Grimm, Platten, Edmundo Peluso (Portugal) und Lapinski (Polen).³ Arnold Reisberg schreibt, dass auch Franz Koritschoner teilgenommen habe, gibt aber für diese Behauptung keine Quelle an.⁴ Überall sonst in den Darstellungen der erweiterten ISK-Sitzung vom Februar 1916 fehlt sein Name, und auch Koritschoner selbst erwähnt sein Erscheinen in den Schriften, die er über sich und die Tätigkeit der österreichischen Linksradikalen verfasste, an keiner Stelle. Es ist daher mit Sicherheit auszuschließen, dass er anwesend war.

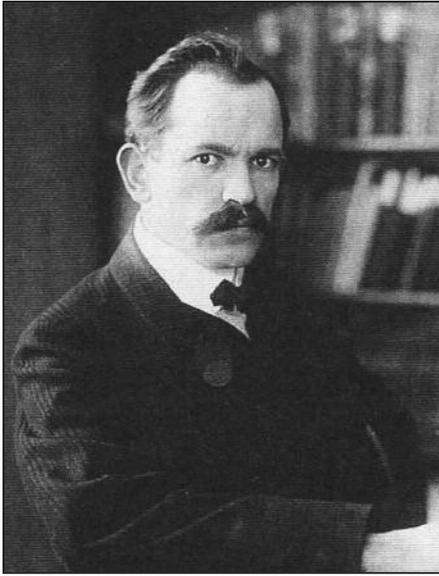
In der Diskussion über den Bericht der ISK kam es erneut zu einem Zusammenstoß zwischen Lenin und Ledebour, als dieser behauptete, die „einzige Opposition“ in Deutschland zu vertreten. Lenin antwortete: „In Wirklichkeit existieren in Deutschland drei Gruppen der Opposition.“⁵ Alles sei noch in Gärung. Die Gruppe Ledebour sei nicht besonders hervorzuhe-

ben. Es müssen alle Gruppen unparteiisch und gleichberechtigt von der Internationalen Sozialistischen Kommission behandelt werden. Schließlich haben die Arbeiter noch nicht gesprochen, hinter welche Gruppe sie sich stellen. Alle drei Richtungen seien anzuerkennen, bis der Prozess der Klärung sich vollzogen habe.“⁶

Die ISK folgte dieser Forderung, indem sie nach Kienthal Vertreter aller drei Strömungen aus Deutschland einlud. Gleichzeitig beschloss sie auf Antrag der Bolschewiki, für Ostern 1916 die zweite Zimmerwalder Konferenz einzuberufen.⁷

Wie in Zimmerwald hatten auch auf der erweiterten Sitzung der ISK die Anhänger der zentristischen Linie die Mehrheit inne. Zum Ausdruck kam das bei der Auseinandersetzung um den Entwurf eines von Robert Grimm erstellten „Manifestes an die Arbeiter aller Länder“, über den zwei Tage heftig diskutiert wurde. Man einigte sich schließlich auf ein „Rundschreiben an alle angeschlossenen Parteien und Gruppen“. Lenin, Sinowjew und Radek gaben dazu folgende Erklärung ab: „Wir stimmen für das Rundschreiben, weil wir in ihm einen praktischen Schritt in der Richtung der Förderung der revolutionären Massenaktionen sehen, ohne uns mit einzelnen Sätzen zu solidarisieren.“⁸ Aus der Sicht der drei Unterzeichner fehlten dem Aufruf die „programmatische Einheitlichkeit“ und die „klare und systematische Beurteilung des Opportunismus und Kautskytums“.⁹

Trotzdem war das Rundschreiben bemerkenswert, weil es unter dem Einfluss Lenins schon schärfere Formulierungen als das Zimmerwalder Manifest vom September 1915 enthielt. Die Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen wurde verurteilt und erklärt, dass „die so genannte Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege nichts anderes ist als ein Mittel des größten Betruges, um die Völker dem Imperialismus zu unterwerfen“; es wurde die Ablehnung der Kriegskredite „unabhängig von der militärischen Lage“ verlangt und „jede freiwillige Beteiligung der Arbeiter an Insti-



Robert Grimm

tutionen, die der Landesverteidigung dienen“, missbilligt;¹⁰ auch die Politik des auf sozialchauvinistischen Positionen stehenden *Internationalen Sozialistischen Büros* (ISB) in Den Haag wurde scharf kritisiert und der Plan, die II. Internationale „durch die gegenseitige Amnestierung der kompromittierten opportunistischen Führer“ wiederherzustellen, als eine „Verschwörung gegen den Sozialismus“ gebrandmarkt.¹¹ Zum ersten Mal konkretisierten die Zimmerwalder die Kampfmaßnahmen gegen den Krieg, als sie im Rundschreiben die „revolutionäre Einmischung der Arbeiterklasse“ forderten, an die Beispiele der „Verbrüderung in den Schützengraben“ erinnerten und zu „Streiks“ und „Aktionen“ aufriefen.¹²

Das alles war, verglichen mit früher, bereits starker Tobak und zeigte, dass die Hartnäckigkeit Lenins und seiner Mitstreiter Früchte zu tragen begann. Abgelehnt wurde hingegen Lenins Antrag, mit dem ISB endgültig zu brechen, weil die Zentristen darin den Versuch „der Bildung einer neuen Internationale“ erblickten.

Der Konferenzort

Im „Bulletin“ vom 29. Februar 1916 kündigte die ISK die Konferenz für April „in einem noch zu bestimmenden Ort Hollands“ an. Die Angabe war eine Finte, um die Polizeibehörden der kriegführenden Länder in die Irre zu führen und auf diese Weise den Delegierten die Einreise in die Schweiz zu erleichtern.¹³ In Wirklichkeit fand auch die zweite Zimmerwalder Konferenz in der näheren Umgebung Berns statt. Am 24. April 1916, am Ostermontag, trafen sich die TeilnehmerInnen am Abend im Volkshaus Bern; hier prüfte man die Mandate, und es erfolgte die offizielle Konstituierung. Am

Dienstagmorgen um 7.15 Uhr fanden sich die Delegierten auf dem Bahnhof in Bern ein, wo ihnen Robert Grimm Fahrkarten nach Reichenbach verteilte. Dort stiegen sie in Pferdewagen um, die sie hinauf nach Kienthal in das Hotel „Bären“ brachten. Grimm hatte dort Zimmer und drei Mahlzeiten zum Preis von sechs Franken pro Person und Tag bestellt.¹⁴

Als der Autor dieses Beitrags im Sommer 2003 eine Urlaubswoche im Berner Oberland verbrachte, verabsäumte er nicht, einen Abstecher nach Kienthal zu machen und im Hotel „Bären“ einzukehren. Auf Anfrage brachte die Rezeptionistin aus dem Hotelarchiv bereitwillig das alte Gästebuch von 1916, in dem die Delegierten eingetragen waren. Die Präsenzliste umfasste 44 Namen; die Gesamtzahl wird in der Literatur über Kienthal unterschiedlich angegeben, zumeist mit 43. Einige, die in Zimmerwald dabei gewesen waren, konnten nicht kommen, weil sie nicht ausreisen durften. Dazu gehörten Merrheim, Bourderon, Ledebour, Borchardt und Henriette Roland-Holst.¹⁵ Dafür erschien eine ganze Reihe neuer Leute, sodass die Zahl der Anwesenden in Kienthal um sechs Personen höher war als in Zimmerwald.

Die Delegierten

An der Kienthaler Konferenz nahmen Delegierte aus Deutschland, Frankreich, Russland, Italien, Polen, Serbien, Portugal, Österreich, England und der Schweiz teil. Im Einzelnen waren das aus *Deutschland*: Adolph Hoffmann, Hermann Fleißner, Anna Schubert und Georg Hermann (Zentristen, die Identität des „Georg Hermann“ konnte bis heute nicht geklärt werden), Ernst Meyer und Berta Thalheimer (Gruppe „Internationale“) sowie der „Delegierte aus der Stadt X“ (Paul Frölich von den Bremer Linksradiakalen); aus *Frankreich*: Pierre Brizon, Alexandre Blanc, Jean-Pierre Raffin-Dugens und Henri Guilbeaux; aus *Russland*: Lenin, Sinowjew und „Genossin Petroff“ (Inessa Armand) für die Bolschewiki, Bobrow, Saweljew und Wlassow für die internationalistischen Sozialrevolutionäre sowie Martow und Axelrod für die Menschewiki; aus *Italien*: Morgari, Modigliani, Lazzari, Prampolini, Musatti, Dugoni und Serrati; aus *Polen*: Radek, Bronski, Dombrowski, Lapinski und Warski; aus *Serbien*: Triša Kazlerović; aus *Portugal*: Edmundo Peluso; aus *Österreich*: Franz Koritschoner; aus *England*: Emily Hobhouse (eine Menschenrechtsaktivistin, die nur als Gast zählte); aus der *Schweiz*: Ernst Gra-

ber, Charles Naine, Fritz Platten, Ernst Nobs und Agnes Robmann. Außer diesen Genannten nahmen teil: Robert Grimm und Angelica Balabanoff für die ISK sowie Willi Münzenberg für die internationale sozialistische Jugendorganisation. Henriette Roland-Holst vom Revolutionär-Sozialistischen Verein Hollands hatte ihr Mandat Radek übertragen, Sinowjew übte zusätzlich zu seinem Mandat das der Sozialdemokratie Lettlands aus.¹⁶

Die Zimmerwalder Linke war in Kienthal auf zehn Mitglieder angewachsen: Lenin, Sinowjew, Radek, Inessa Armand, Bronski, Dombrowski, Platten, Nobs, Agnes Robmann und Paul Frölich. Ohne offiziellen Beitritt schlossen sich ihnen noch Kazlerović, Münzenberg und Guilbeaux an. Bei diversen Abstimmungen in Teilfragen konnte die Linke sogar bis zu 22 Stimmen und die Unterstützung durch Meyer, Thalheimer, Graber, Serrati, Warski, Bobrow, Saweljew, Wlassow und Peluso erreichen.¹⁷ Trotzdem blieb man bei den entscheidenden Voten so wie in Zimmerwald in der Minderheit.

Der Streit um das Internationale Sozialistische Büro

Das *Internationale Sozialistische Büro* wurde im September 1900 vom Pariser Kongress der II. Internationale als ständige internationale Zentralkommission ins Leben gerufen. Dem ISB gehörten jeweils zwei Delegierte der in der II. Internationale zusammengeschlossenen Parteien an. Zum ständigen Sitz wählte man Brüssel als Hauptstadt eines neutralen Landes; die Funktion des Vorsitzenden (Emile Vandervelde) und des Sekretärs (Camille Huysmans) nahmen Vertreter der belgischen Sozialdemokratie wahr. Das ISB hatte den Auftrag, die Beschlüsse der Internationale zu sammeln, Berichte der nationalen Organisationen anzufordern und die internationalen Sozialistenkongresse vorzubereiten. In der Regel trat das ISB einmal im Jahr zusammen. Bis 1914 fanden 16 Tagungen dieses Gremiums statt, an denen z.B. August Bebel, Karl Kautsky, Victor Adler, Jean Jaurés, einige Male auch Lenin und Rosa Luxemburg teilnahmen.¹⁸

Das ISB erwarb sich im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und bei der Unterstützung der russischen Revolution von 1905 Verdienste, versagte aber in der Julikrise 1914 und wurde durch das Überlaufen der Parteien der II. Internationale an die Seite ihrer eigenen imperialistischen Regierungen paralyisiert. Formell bestand es jedoch mit der Verle-

gung des Sitzes nach Den Haag in den Niederlanden weiter, wobei Vandervelde, der als Kriegsminister in die belgische Regierung eintrat, und Huysmans einen Kurs steuerten, der „auf Gedeih und Verderb mit der Entente verbunden war“.¹⁹

Dessen ungeachtet wurde der Versuch unternommen, mittels des ISB eine Art zentrales Vermittlungsbüro für die Sozialchauvinisten *beider* kriegführender Lager zu schaffen, um der Gefahr zu begegnen, die von der Zimmerwalder Bewegung drohte. Huysmans ließ Anfang 1916 durchblicken, dass man sich von einer Einberufung des seit Kriegsbeginn passiven und handlungsunfähigen ISB die Möglichkeit erhoffte, auf die zentristisch orientierten Zimmerwalder im Sinne der „Versöhnung“ einzuwirken.²⁰

Das war die Ausgangslage, als man in Kienthal unter dem Tagesordnungspunkt 8 die „Frage der Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros in Den Haag“ behandelte. Hinter dem harmlos klingenden Titel verbarg sich die entscheidende Frage der gesamten Zimmerwalder Bewegung, die Frage, ob sie zur Keimzelle der III. Internationale werden oder sie nach Kriegsende in die alte Internationale heimkehren sollte. Die Zentristen waren nicht abgeneigt, dem Lockruf aus Haag zu folgen, die Linken entschieden dagegen.

Der Konferenz wurden dazu nicht weniger als sechs Resolutionsentwürfe vorgelegt, zwei von Grimm und der Konferenzmehrheit und je einer von den deutschen Zentristen, von den Polen, von den Italienern und von den Bolschewiki. Die Diskussion wurde zuerst in einer Kommission geführt, der Lazzari, Naine, Hoffmann, Axelrod, Lenin, Warski, Meyer, Sinowjew und Nobs angehörten. Einig war man sich ohne weiteres, das Versagen des ISB zu verurteilen und festzustellen, dass es „zu einer Geisel in den Händen der imperialistischen Regierungen der Entente geworden ist“. Dem ISB wurde zur Last gelegt, dass es die Beschlüsse der Internationalen Sozialistischen Kongresse nicht erfüllt habe, die Politik des Burgfriedens und der Vaterlandsverteidigung mitmachte, den Abtrünnigen vom Sozialismus Absolution erteilte und alle Kräfte nur auf den Kampf gegen die revolutionären Elemente der Internationale konzentrierte.

Über die konkreten Schlussfolgerungen aber spaltete sich die Kommission in drei Gruppen. Die Zimmerwalder Linke, die dabei auch von dem Polen Warski unterstützt wurde, verlangte als Konsequenz aus der vernichtenden Charakteri-



Kienthal 1916 mit dem Tagungsgebäude Hotel „Bären“

sierung des ISB den vollständigen und endgültigen Bruch mit der II. Internationale und den Aufruf an die Arbeiter, die Gründung der III. Internationale vorzubereiten. Dabei dachten Lenin und seine Gesinnungsfreunde nicht daran, die neue Internationale sofort zu gründen, denn dazu fehlte es noch an der Massenbewegung. Aber sie verlangten eine „vorläufige geistig-politische Vorbereitung“ der III. Internationale. Und das bedeutete praktisch die Proklamierung des Kampfes gegen das ISB und die Erklärung, dass die Zimmerwalder Parteien keiner Einladung zu einer eventuellen Einberufung des ISB Folge leisten würden.

Auf der anderen Seite verlangte der rechte Flügel, unterstützt von den deutschen Zentristen und Axelrod, dass die Zimmerwalder gerade wegen der Kritik am ISB seine Einberufung fordern müssten, mit dem Argument, dass es in der Sitzung des ISB möglich sein würde, die Mehrheit zu erlangen.

Die Mittelgruppe, durch die Italiener vertreten, wollte die Einberufung des ISB zwar nicht selbst verlangen, aber eine eventuelle Einladung auch nicht ablehnen.

Obwohl die Zentristen nicht mehr über eine so feste Mehrheit wie in Zimmerwald verfügten, waren sie stark genug, um sich durchzusetzen. Die italienische Delegation, die deutschen Zentristen und die Franzosen erklärten kategorisch, sie würden die Konferenz verlassen, wenn der Bruch mit der II. Internationale verkündet würde.

Nach langen und erregten Debatten, die die Konferenz fast zu sprengen drohten, machte der Pole Lapinski einen Kompromissvorschlag, in dem die Kritik am ISB mit der Empfehlung verbunden wurde, die Frage der Agitation für die Einberufung des Büros offen zu lassen.²¹ Der Italiener Modigliani erweiterte das

durch den Zusatz, wonach den nationalen Sektionen das Recht erteilt wurde, „von sich aus“ die Einberufung des ISB zu beantragen.²² Daraufhin setzte ihrerseits die Linke den Antrag Sinowjews durch, im Falle der Einberufung des ISB auf einer erweiterten Sitzung der Zimmerwalder ISK das gemeinsame Vorgehen zu beraten.

So nahm schließlich die Vollversammlung die Resolution Lapinski-Modigliani-Sinowjew mit erdrückender Stimmenmehrheit an (gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung). Dieses Verhalten Lenins und seiner Anhänger ermöglichte es, die Gefahr des Scheiterns der Kienthaler Konferenz abzuwenden. Die Zimmerwalder Linken rechneten dabei nicht mit jenen zentristischen Führern, die den Weg zur Versöhnung mit den Sozialchauvinisten offenhalten wollten, sondern bauten darauf, dass die sozialistischen Arbeitermassen hierüber das letzte Wort sprechen würden. Insgesamt war die Kienthaler Resolution über das Verhältnis zum ISB bei all den angenommenen Milderungen eine Erklärung, die diesem Gremium eine schallende Ohrfeige versetzte. So wurde beispielsweise festgestellt, dass sich das ISB als zentrales Organ der Arbeiterinternationale „zu der unwürdigen Rolle eines servilen Werkzeuges und einer Geisel in den Händen einer der imperialistischen Koalitionen erniedrigt“ habe und die Zimmerwalder Bewegung verpflichtet sei, „die Handlungen des Exekutivkomitees des ISB mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen“.²³

Die Friedensfrage

Der zweite wichtige Punkt der Beratungen in Kienthal war die Stellungnahme der Sozialisten zum Frieden. Zur Diskussion standen mehrere Resolutionsent-

würfe, davon einer von den Zimmerwalder Linken, der die Unterschriften von Lenin, Sinowjew, Inés Armand, Radek, Bronski, Dombrowski, Platten, Nobs, Agnes Robmann, Frölich, Kazlerović und Serrati trug. Darin wurde betont, dass die unerhörten Leiden der Arbeitermassen in der Kriegszeit sie vor die Wahl stellen: entweder Kampf für den Sozialismus „oder Degeneration und Weißbluten.“²⁴ Wenn man den Frieden wolle, organisiere man den revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Cliquen, gegen die Regierungen des eigenen „Vaterlandes“. Die Schlussworte des Entwurfes, die sich an die Proletarier wandten, lauteten: „Senkt die Waffen, richtet sie gegen den gemeinsamen Feind – die kapitalistischen Regierungen.“²⁵

Die Zentristen hingegen vertraten weiterhin die Programmatik Kautskys und des Sozialpazifismus mit den Forderungen nach internationalen Schiedsgerichten, allmählicher Abrüstung und demokratischer Kontrolle der Außenpolitik. In der Diskussion attackierten Lenin, Sinowjew und Frölich das als „spießige, kleinbürgerliche Utopie“, die nur die Illusion ausstreue, als wäre ein friedlicher Kapitalismus möglich, ein Kapitalismus ohne Krieg, ohne Militarismus, ohne imperialistische Räuberei.²⁶

Nach heftigen Wortwechseln und der mehrheitlichen Ablehnung des Textvorschlags der Linken zog man einen Entwurf Robert Grimms als Grundlage heran, zu dem Lenin und Radek Abänderungsanträge stellten, um die Resolution für sich annehmbar zu machen. Dank ihrem Druck gelang es, einige linke Thesen durchzusetzen. Die vom Plenum dann einstimmig angenommene Kienthaler Erklärung über die „Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen“ trug zwar Kompromisscharakter, zeugte aber ebenfalls von der Verstärkung des Einflusses der Linken gegenüber Zimmerwald. In der Resolution wurde anerkannt, dass der „Kampf für den dauerhaften Frieden nur im Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bestehen“ könne; dass Pläne, „durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte die Kriegsgefahr aufzuheben, eine Utopie“ seien; und dass aus diesen Erwägungen „die Arbeiterklasse die Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen“ müsse. Wörtlich hieß es: „Die Pazifisten wecken anstelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst dieser Illusionen zu stellen, die letztlich nur der Irreführung der Massen, der Ab-

lenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.“²⁷

Auch diese Erklärung war ein Schritt vorwärts, weil sie nach Ansicht Lenins und der Zimmerwalder Linken bei der Auseinandersetzung und der weiteren Agitation „große Dienste“ leisten konnte.²⁸

Die Frage der Kriegskredite

Eine Szene, die allen in Kienthal Anwesenden in Erinnerung blieb, spielte sich beim Tagesordnungspunkt 4 „Berichte der Delegierten“ ab. In Deutschland hatte am 24. März 1916 eine Gruppe von 18 zentristischen Reichstagsabgeordneten gemeinsam mit Karl Liebknecht und Otto Rühle erstmals gegen die Bewilligung eines Notbudgets zur Kriegsfinanzierung gestimmt. Sie wurden daraufhin aus der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion ausgeschlossen und konstituierten sich am 30. März 1916 als *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft* (spätere USPD). Einer ihrer Vertreter in Kienthal, Adolph Hoffmann, nahm dazu in einer emotionalen Rede Stellung und sagte: „Wenn ich für die Kredite stimmen würde, würden sich meine im Krieg gefallenen Söhne im Grabe umdrehen.“²⁹ Er betonte, wie schwer es sei, auf einer internationalistischen Position stehen zu wollen, wenn die Gegner sich auf das entgegengesetzte Verhalten der ausländischen Bruderparteien berufen könnten, und äußerte die Zuversicht, dass die französischen Genossen die Notwendigkeit der Kreditverweigerung einsehen würden.

Aus Frankreich waren drei Abgeordnete der Deputiertenkammer gekommen, Blanc, Raffin-Dugens und Brizon, und alles wartete nun gespannt auf deren Erklärung. Willi Münzenberg schildert die nun folgende Szene: „In rhetorisch effektvoller Rede entwickelte Brizon nach einer Rede Adolph Hoffmanns seine Anschauung über die Frage der Vaterlandsverteidigung und Kreditbewilligung. Seine mehrstündige Rede unterbrach er mit Frühstück- und Kaffeepausen und ließ es auch sonst nicht an Posen fehlen. Stundenlang hatte er gesprochen, ohne auf die Kernfrage zu kommen. Als er endlich erklärte: ‚Auch wir werden die Kredite ablehnen‘, jubelte die Konferenz, klatschte Beifall und schrie Bravo! Kaum hatte sich der Beifallssturm gelegt, fuhr Brizon genüsslich fort: ‚...aber nur unter der Bedingung, dass keine fremden Heere mehr auf französischem Boden stehen.‘ Der Beifallssturm wurde jetzt von allgemeiner Entrüstung ab-

gelöst, einzelne Delegierte, besonders Bronski und Paul Frölich, waren neugierig, den Mann zu verprügeln.“³⁰

Was hier zum Ausdruck kam, berührte ein grundsätzliches Problem – das sich allerdings nur denen stellte, die *nicht* revolutionär zu denken und zu handeln imstande waren. Ihre Überlegung ging dahin: Sowohl die französischen wie die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatten recht, wenn sie die Kredite bewilligten. Denn die einen seien ja von der Invasion der Preußen, die anderen von der Invasion der Kosaken bedroht gewesen. Es ist deshalb gerechtfertigt, an der Seite der eigenen Bourgeoisie eine Staatsordnung mit demokratischen Errungenschaften, liberalen Grundrechten und Freiheiten vor feindlicher Aggression durch ein – damit verglichen – reaktionäres Regime zu verteidigen.

Genau das meinte Brizon, als er – anderen Ohrenzeugen zufolge – sagte: „Ich bin ein Sohn des Landes der Revolution“, und Frankreich verteidige in diesem Krieg die Traditionen der Revolution von 1789.³¹

Die Frage stellte sich in beiden großen Kriegen des 20. Jahrhunderts. Um sie zu beantworten, musste, fern von dogmatischer Schematisierung, die jeweils konkrete historische Situation, die gesellschaftliche, politische und soziale Konstellation auf nationaler und internationaler Ebene bestimmt werden. War der Erste Weltkrieg ein allseits ungerechter Krieg, ein „Kampf zwischen Räubern um ihre Beute“, so ging es im Zweiten Weltkrieg tatsächlich um die Abwehr der menschen- und zivilisationsbedrohenden Gefahr durch die faschistischen Mächte. Österreichische sozialistische und kommunistische Emigranten traten in die britische Armee ein, ungeachtet des Umstands, dass sie damit die Uniform einer imperialistischen Kolonialmacht anlegten, weil nur auf diese Weise ihr bewaffneter Beitrag zur Befreiungsmision der Antihitlerkoalition möglich war. Im Ersten Weltkrieg stand überall der „Hauptfeind im eigenen Land“, und selbst dort, wo Sozialisten noch am ehesten Grund gehabt hätten, ihre Regierung im Abwehrkampf gegen den österreichisch-ungarischen Imperialismus zu unterstützen, in Serbien, verhielten sich die zwei sozialdemokratischen Abgeordneten vorbildlich, als sie im Parlament, der „Skupstschina“, eine Bewilligung der Kriegskredite von allem Anfang an verweigerten.

Der Auftritt Brizons bewog die Vertreter der Zimmerwalder Linken (Lenin, Sinowjew, Radek sowie weitere 16 Mitunterzeichner), eine Erklärung abzuge-

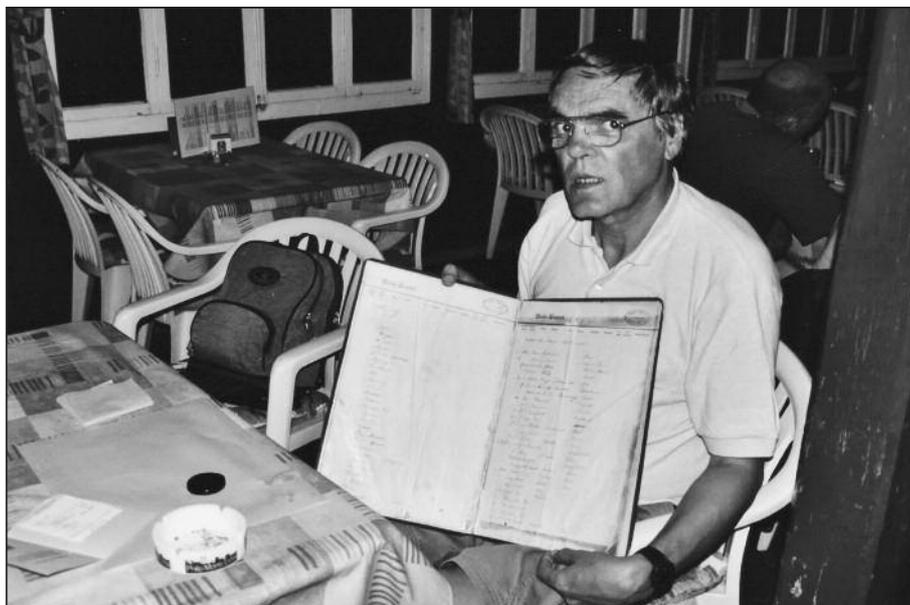
ben, in der die Zustimmung der Franzosen zu den Kriegskrediten „für absolut unvereinbar mit dem Sozialismus und dem Kampf gegen den Krieg“ bezeichnet wurde. „Dieses Verhalten verwandelt alle Proteste dieser Abgeordneten gegen den Krieg und die Politik des Burgfriedens in kraftlose platonische Erklärungen. Es ist geeignet, jegliches Vertrauen der oppositionell gestimmten Arbeiter zur Sozialistischen Partei zu untergraben. Es schwächt in hohem Maße die Versuche der internationalistischen Parteien, eine internationale Kampffront gegen den Krieg zu bilden.“³²

Dieser Missbilligungsantrag wurde infolge des Widerstandes der französischen und deutschen zentristischen Delegierten von der Kienthaler Vollversammlung abgelehnt. Wirkungslos blieb die Empörung, die Brizon wegen seiner Äußerung entgegenschlug, aber nicht. Er, Blanc und Raffin-Dugens machten eine Kehrtwende und stimmten beim nächsten Votum in der französischen Kammer gegen die Kriegskredite.

Das Manifest

Kienthal verabschiedet ein Manifest „An die Völker, die man zugrunde richtet und tötet“.³³ Es war das schwächste Dokument der Konferenz, mehr ein emotionales, die Gemüter bewegendes Anprangern der Kriegsleiden als das, was man von Marxisten hätte erwarten können, eine genaue Analyse der Ursachen der Weltkatastrophe und ein Benennen der Aufgaben, die von Sozialisten nun zu erfüllen waren. Es war das Resultat eines Kompromisses mit den Franzosen, die eher auf Formulierungen Wert legten wie die, dass es in dem Krieg „weder Sieger noch Besiegte“ geben könne, sondern nur „zugrunde Gerichtete, Erschöpfte, Ausgebeutete, aus deren Leiden, Verfall und Untergang ein Haufen Kriegsspekulanten und Ausbeuter Nutzen ziehen“. Was die „zugrunde Gerichteten“ mit den „Ausbeutern“ machen sollten, blieb ungesagt, außer dass sie „für einen sofortigen Frieden ohne Annexionen“ zu kämpfen hätten und dass „der dauernde Frieden nur durch den Sieg des Sozialismus gesichert“ werden könne. Eine Andeutung, diesen Sieg auf revolutionärem Weg herbeizuführen, fehlte.

Dennoch wurde das Manifest einhellig beschlossen, auch mit den Stimmen der um Lenin gescharten Konferenzdelegierten. Die Linken hielten die anderen Kienthaler Beschlüsse (über das Verhältnis zum ISB und zur Friedensfrage) für politisch wichtiger und aussagekräftiger,



Hans Hautmann im Sommer 2003 mit dem Gästebuch des Hotels „Bären“ von 1916.

und Lenin sah es allein schon deshalb als einen „Schritt vorwärts“ an, weil die französischen Abgeordneten das Manifest unterschrieben hatten. Sonst über die Zimmerwalder Erklärung kaum hinausgehend, enthielt es doch eine Passage, in der nicht nur „ein rasches Ende des Krieges“ verlangt, sondern auch „die sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen“ und das Abstimmen „gegen alle Kriegskredite“ gefordert wurden.³⁴

Nach Kienthal

Für Lenin war die Mitarbeit in der Zimmerwalder Vereinigung eine Form der Aktionseinheit mit den Zentristen, um gemeinsam gegen den Krieg und den Sozialchauvinismus zu kämpfen. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal entsprachen im Großen und Ganzen dieser Erwartung. Lenin fand die Resultate von Kienthal durchaus befriedigend. Sie waren für ihn wegen der Erklärung mit der Kritik am Sozialpazifismus und der Resolution über das ISB in Den Haag, „worin dieses scharf kritisiert wurde, immerhin trotz unzähliger Mängel ein Schritt zum Bruch mit den Sozialpatrioten“.³⁵

Illusionen über die Möglichkeit, den Großteil der zentristischen Führer auf die Seite des revolutionären Kampfes gegen den Krieg zu ziehen, machte er sich aber nicht. So sah es auch sein engster Vertrauter in den Jahren der Schweizer Emigration, Sinowjew, als er über Kienthal zusammenfassend schrieb: „Die zweite Zimmerwalder Konferenz stellt unzweifelhaft einen *Schritt vorwärts* dar. Der Einfluss der Linken erwies sich als viel stärker als in Zimmerwald. Die Vorurteile gegen die Linke sind geringer geworden.

Aber kann man denn sagen, dass die Würfel geworfen, dass die Zimmerwalder endgültig den Weg des Bruches mit den offiziellen ‚Sozialisten‘ beschriftet haben, dass Zimmerwald zum Keim der III. Internationale geworden ist? Nein, mit gutem Gewissen kann man dies noch nicht sagen. Alles, was man sagen kann, ist, dass die Chancen für eine solche, für die revolutionären Sozialisten günstige Wendung jetzt größer sind, als sie nach Zimmerwald waren. Doch neue Schwankungen, neue Zugeständnisse an die Sozialchauvinisten [...] – sind sehr wohl möglich. Nur keine Illusionen! Die Zimmerwalder haben ihren eigenen großen rechten Flügel. Ob er bei uns verbleiben wird – kann niemand garantieren.“³⁶

Die Skepsis wurde bald in ernüchternder Weise bestätigt. Als einer der ersten vollzog Robert Grimm, der als Organisator und Vorsitzender der Zimmerwalder Bewegung lange Zeit eine positive Rolle gespielt hatte, die Rechtswendung, als er zu Beginn des Jahres 1917 offen ein Bündnis mit den Schweizer Sozialpatrioten einging. Lenin erblickte darin einen „völligen Verrat“, der die ganze Zimmerwalder Vereinigung „faktisch zur Phrase“ gemacht habe, und verlangte angesichts dieser Lage, „überall die Linken zu sammeln und die Kampfmethoden zu erörtern“.³⁷

Grimms Haltung war ein Beleg dafür, dass die zentristischen Zimmerwalder bereit waren, auf der Grundlage gegenseitiger „Amnestie“ einen Frieden mit dem Sozialchauvinismus zu schließen und die alte II. Internationale wiederherzustellen. So ist es auch nach dem Durchlaufen mehrerer Zwischentappen (Stockholmer Konferenz 1917, Berner Konferenz der Mehrheitssozialisten



Grigorij Sinowjew

1919, Gründung der zentristischen Internationale II½ in Wien 1921) gekommen, bis im Mai 1923 aus dem internationalen Zusammenschluss des rechten und zentristischen Flügels der sozialdemokratischen Parteien die *Sozialistische Arbeiter-Internationale* (SAI) entstand.³⁸ Schon die dritte (und letzte) Zimmerwalder Konferenz, die vom 5. bis 12. September 1917 in Stockholm stattfand, machte deutlich, dass die Zimmerwalder Bewegung als Aktionsgemeinschaft zentristischer und revolutionärer Kriegsgegner zusammengebrochen war.³⁹ An ihr nahmen nur mehr Vertreter des Zentrismus teil (u.a. auch aus Österreich Therese Schlesinger, eine Anhängerin Friedrich Adlers), die zwar in einem Manifest zur Beendigung des Krieges durch proletarische Massenaktionen aufriefen und den internationalen Massenstreik forderten, nicht aber fähig und bereit waren, das in die Tat umzusetzen.⁴⁰

Der Schwerpunkt des Kampfes der einstigen Zimmerwalder Linken und damit die Bildung kommunistischer Parteien verlegte sich fortan auf die nationalen Ebenen. In Russland waren zur Zeit Stockholms Lenin und die Bolschewiki gerade im Begriff, die revolutionäre Machtergreifung vorzubereiten, und in anderen Ländern eskalierten die Antikriegsaktionen der Arbeitermassen in Form von Streiks rasant. Dazu gehörte auch Österreich.

Der Österreicher trifft ein

Die Kienthaler Konferenz schloss ihre Beratungen nach einer Nachtsitzung am 30. April 1916 um vier Uhr morgens. Erst nach dem Ende kam der aus Österreich eingeladene Delegierte, Franz Koritschoner, am Tagungsort an. Ob er

dort noch Teilnehmer antraf oder sie bereits das Hotel „Bären“ verlassen hatten, ist ebenso unbekannt wie der Grund seiner Verspätung.

Franz Koritschoner, damals 24 Jahre alt, war der führende Kopf der österreichischen Linksradikalen. Über ihn und die Entwicklung dieser Vorläuferbewegung der Kommunistischen Partei Österreichs hat der Autor schon mehrfach und ausführlich geschrieben.⁴¹ Hier sollen nur die wesentlichsten Fakten in Erinnerung gerufen werden, sofern sie für Kienthal und die Begegnung mit Lenin von Bedeutung sind.

Franz Koritschoner, von Beruf Angestellter der Länderbank und schon in jungen Jahren deren Filialleiter auf dem Nepomuk-Berger-Platz in Wien, war seit 1909 Mitglied des sozialdemokratischen *Verbandes jugendlicher Arbeiter* und ab 1913 dessen Bildungsbeirat in der Bezirksgruppe Ottakring. Als der Weltkrieg 1914 begann, reihte er sich sofort in die von Friedrich Adler geführte innerparteiliche Opposition gegen die Burgfriedenspolitik ein, erkannte aber bald, dass dieser Kreis eine inkonsequente politische Linie verfolgte. Die österreichische „Linke“, wie sie sich selbst nannte, stand auf zentristischen Positionen, hatte keine Verbindung zur Arbeiterbasis und schreckte, weil das austromarxistische Dogma der „Einheit der Partei um jeden Preis“ befürwortend, vor der entscheidenden Konsequenz, dem offenen Bruch mit der rechten, sozialpatriotischen Mehrheit, immer wieder zurück. Das bewog Koritschoner, eigene Wege zu gehen. Er gründete im Winter 1915/16 ein geheimes „Aktionskomitee der Linksradikalen“, das als erste und einzige sozialistische Gruppierung in Österreich illegale Formen des politischen Wirkens in die Praxis umsetzte und die Programmatik Lenins teilte. Als Friedrich Adler für seinen Anhängerkreis im März 1916 den Bildungsverein „Karl Marx“ reaktivierte, trat ihm das „Aktionskomitee“ bei und verband auf diese Weise legale mit illegaler Betätigung in der Hoffnung, die Zentristen – ähnlich wie in Deutschland – zum Übergang auf eigene parteimäßige Strukturen bewegen zu können. Das war der Stand der Dinge, als Koritschoner sich Ende April 1916 in die Schweiz begab.

Koritschoners Schriften

Über seine Tätigkeit in den Weltkriegsjahren hat Franz Koritschoner mehrere Schriften verfasst. Neben den Polizeiakten und Statthaltereiberichten sind sie die wichtigste Quelle über die

Anfänge der kommunistischen Bewegung in Österreich. Die früheste Darstellung erschien unter dem Titel „Der Jännerstreik und seine Vorgeschichte“ in der Wiener Wochenschrift *Die Wage* (23. Jg., Nr. 3/4, 23.1.1920, S. 23–33). 1924 verfasste er die Arbeit „Die österreichische Arbeiterbewegung während des Krieges und der Revolution“ im Umfang von 173 Schreibmaschinenseiten. Sie ist bisher unveröffentlicht, und es besteht die Absicht, sie zum 100. Jahrestag der Gründung der KPÖ 2018 herauszugeben. Am 21. Jänner 1925 schrieb er in der *Roten Fahne* den Artikel „Lenin und Österreich“, den wir wegen der Schilderung seiner Unterredung mit Lenin 1916 im Anhang bringen. Am 4. November 1928 erschien in der *Roten Fahne* der Artikel „Zur Geschichte der KPÖ“. 1932 verfasste er für die russische Zeitschrift *Proletarskaja Revolutia* den Beitrag „Zur Geschichte der internationalen Bewegung in Österreich“ (Moskau, Jg. 1932, Nr. 2/3, S. 97ff.), dessen Übersetzung ins Deutsche sich im Parteiarchiv der KPÖ befindet.⁴² Zuletzt – der genaue Zeitpunkt ist fraglich, vermutlich 1933 oder 1934 – brachte er in Moskau auf acht Schreibmaschinenseiten „Erinnerungen an Lenin“ zu Papier. Auf dieses bislang ganz unbekanntes Manuskript, das ein sowjetischer Historiker 1986 im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU entdeckte und aus dem er in einem (ebenfalls bisher unbeachteten) Artikel zitierte, wird wegen seiner Bedeutung für die Bestimmung des wirklichen Ortes der Begegnung zwischen Koritschoner und Lenin 1916 in der Schweiz gleich einzugehen sein.

Koritschoner war also zu dem Thema literarisch sehr produktiv. Er legt, insbesondere in dem umfangreichen Manuskript von 1924, zahlreiche interessante Einzelheiten offen, die ein neues Licht auf die Person Friedrich Adlers, seinen Konflikt mit der rechten Parteimehrheit, die Motive für sein Attentat, das Wirken der Linksradikalen, auf ihre Verbindungen zur Arbeiterschaft in den Betrieben und zur Auslösung des großen Jännerstreiks 1918 werfen. Für alle, die der Meinung sind, dass Österreich auch revolutionäre Traditionen besitzt, und dass es sich lohnt, dazu zu forschen, sind seine Schriften eine wirkliche Fundgrube.

Die Unterredung mit Lenin

Mit Lenin kam Franz Koritschoner über Nikolai Bucharin, den er 1913 in Wien kennengelernt hatte, in Verbindung. Bu-

charin befand sich seit 1914 im schwedischen Exil und lud von dort Koritschoner ein, für das Organ der Zimmerwalder Linken einen Artikel über die Situation in Österreich zu liefern. Dieser Artikel, gezeichnet mit „Franz“, erschien unter dem Titel „Opportunistische und radikale Tendenzen in der Sozialdemokratie Österreichs“ im Jänner 1916 in der Nr. 1 des „Vorboten“ in Bern auf sieben Druckseiten (S. 58–64).⁴³ Der Beitrag war wegen seiner treffenden Charakterisierung des Agierens der austromarxistischen Führungspersönlichkeiten vor und nach 1914 sehr informativ und machte Lenin auf den jungen Österreicher aufmerksam.

Die persönliche Begegnung zwischen beiden fand dann Anfang Mai 1916 statt, aber nicht, wie bisher (auch vom Autor) angenommen, in Kienthal, sondern in Lenins Wohnsitz in der Spiegelgasse 14 in Zürich. Das steht jetzt aufgrund des Koritschoner-Manuskripts, das der sowjetische Historiker Lawrow im KPdSU-Parteiarchiv auffand, fest.⁴⁴ Koritschoner schreibt darin (übersetzt von mir ins Deutsche): „Ich erschien im hohen bolschewistischen Hauptstab in der Spiegelgasse“, weiters davon, dass er nach einer Terminvereinbarung am nächsten Tag schon „in aller Frühe in Lenins Wohnung“ gewesen sei und dass sich Lenin unmittelbar vor seiner Rückfahrt nach Österreich „um die Reisevorbereitungen kümmerte und mich zum Bahnhof begleitete“.⁴⁵

Der Inhalt des Gesprächs wird sowohl hier als auch im Manuskript aus dem Jahr 1924 und im *Rote Fahne*-Artikel 1925 von Koritschoner im Wesentlichen identisch wiedergegeben. Es ging um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, um die Losung der „Entwaffnung“ und die Frage der Autonomie der Jugend. Ergänzend zu dem im Anhang abgedruckten Text bringen wir die ausführlicher gehaltenen Passagen aus dem Manuskript von 1924. Koritschoner schreibt hier:

„Bedeutsam wurde die Kienthalperiode besonders durch das persönliche Eingreifen Lenins in die österreichischen Selbstbestimmungsprobleme. ‚Wenn ihr das Selbstbestimmungsrecht nicht anerkennt, seid ihr deutsche Chauvinisten.‘ Mit genialem Weitblick erkannte Lenin die Notwendigkeit der Verbindung der sozialen Umsturzbewegung Deutsch-Österreichs mit den vorwiegend proletarischen, aber nationalen Lostrennungsbewegungen der ‚geschichtslosen‘ Völker. Mit derselben Energie, mit welcher Lenin das Recht der unterdrückten Völker Russlands vertrat, ihr Selbstbestimmungsrecht bis zur Los-

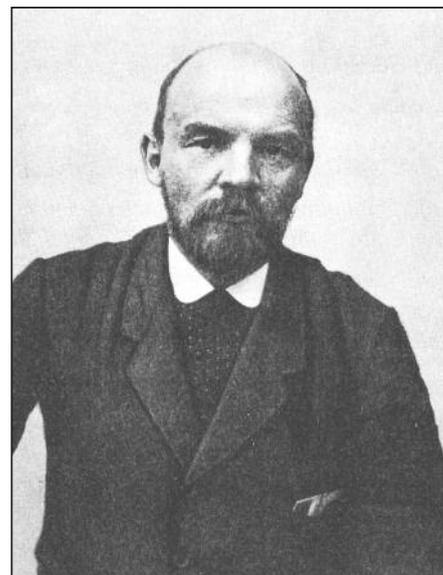
trennung geltend zu machen, forderte er auch für die ‚geschichtslosen‘ Völker Österreichs dasselbe.

Lenins Auffassung ging dahin, dass die nächste Etappe des imperialistischen Krieges die Zertrümmerung Russlands, Deutschlands und Österreichs sein müsse. Jedes Mittel, welches der Zersetzung der drei führenden Militärmonarchien diene, sei zu begrüßen, und dass daher die Gefahr einer Stärkung der nationalen Bourgeoisien der Fremdvölker Russlands und Österreichs unbedingt das kleinere Übel sei. [...]

Dass Lenin die Selbstbestimmung keineswegs demokratisch vulgarisierte, sondern schon damals Arbeiter und Landarme für ihn die Repräsentanten der Nation waren, ist selbstverständlich. Als charakteristische Episode verdient bemerkt zu werden, dass er es keineswegs als Missverhältnis empfand, dass er und die Bolschewiki für das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung, seine polnischen Freunde aber für Autonomie im Rahmen der bestehenden Landesgrenzen eintraten. Selbstbestimmung bedeute nicht, dass man vom Recht auf Lostrennung Gebrauch machen muss, sagte er zum österreichischen Delegierten der Zimmerwalder Linken.⁴⁶

„Ebenso entschieden wie Lenin gegen die Vorurteile der österreichischen Bolschewiki in der nationalen Frage auftrat, wies er auch ihre Illusionen in Bezug auf die Jugendinternationale zurück. Die Jugendinternationale hatte gerade damals, nach ihrem 1. Kongress, der der Zimmerwalder Konferenz voranging, eine ungeheure Autorität innerhalb der oppositionellen Arbeiterschaft, weit über den Rahmen des Jungproletariats hinaus. Ausgehend teilweise von pazifistisch-gewaltlosen Traditionen, hatte die Jugendinternationale das Verdienst, Massen von Jungarbeitern unter revolutionärer Flagge zu sammeln, und [...] die emsige organisatorische Arbeit Münzenbergs bildete den Auftakt zu größerer Aktivität breiter Massen. Lenin teilte die pazifistischen Illusionen keineswegs und nahm entschieden gegen einen Artikel Münzenbergs Stellung, der die Entwaffnung durch Dienstverweigerung und Militärsabotage anempfahl. ‚Bewaffnung zur Entwaffnung‘, ‚Wehrhaftmachung des Proletariats zur Wehrlosmachung der kriegerischen Bourgeoisie‘. Diese Parole Lenins setzte sich denn auch innerhalb der Zimmerwalder Linken durch.“⁴⁷

„In einer organisatorischen Frage geriet Lenin ebenfalls in schärferen Konflikt mit der Jugendinternationale und



Lenin in der Zeit des Schweizer Exils

warnte die österreichischen Bolschewiki vor einem Verfallen in deren Fehler. Es handelte sich um die Autonomie der Jugend. Lenin verwies darauf, dass die Bolschewiki wohl Jugendgruppen besitzen, aber diese selbstverständlich dem Zentralkomitee unterstehen, und wenn er es auch billigte, dass in Ländern, wo eine revolutionäre Jungarbeiterschaft einem sozialpatriotischen Parteivorstand gegenüberstehend, die Parole der Autonomie auszugeben sei, so dürfe man dennoch die Parole der Autonomie nicht überschätzen und nicht zum Selbstzweck machen. Im Kampfe gäbe es keine Autonomie, sondern strikteste Zentralisation. Dass Lenin die Zentralisation nicht mechanistisch auffasste, geht daraus hervor, dass er nach längerer Debatte dem österreichischen Delegierten, der sich der Lenin'schen Auffassung über die Selbstbestimmungsfrage zu unterwerfen bereit erklärte, zurief: ‚Ich bin kein Papst, mir hilft Ihre Unterwerfung nichts, wenn ich Sie nicht überzeugt habe‘.“⁴⁸

Lenin gewann von Koritschoner einen guten Eindruck. Am 14. Oktober 1916 schrieb er in einem Brief an Bucharin: „Sehr gefreut habe ich mich auch über die Bekanntschaft mit Franz: mit ihm ist offensichtlich im Sinne bolschewistischer Propaganda ernsthaft gearbeitet worden; hier haben Sie wahrscheinlich ein großes Verdienst. Dieser Mensch bemüht sich, in die Sache einzudringen, und erweckt große Hoffnungen.“⁴⁹

Die persönliche Kontaktaufnahme des führenden Kopfes der Linksradiكالen mit Lenin im Mai 1916 war ein entscheidender Schritt hin zur Emanzipation des österreichischen revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung als selbständige Kraft. Die Früchte blieben nicht aus, weil



Das Kienthaler Hotel „Bären“ heute

die Linksradikalen die Lenin'sche Parole „Zu den Massen!“ befolgten und es verstanden, Anhänger unter den Arbeitervertrauensmännern der Belegschaften der Rüstungs- und Industriebetriebe Wiens und Niederösterreichs zu gewinnen. Neben Russland wurde dadurch Österreich 1917/18 zu einem zweiten großen Schauplatz von Massenaktionen, Klassenkämpfen und Streiks, die das kapitalistische Herrschaftssystem in seinen Grundfesten erschütterten.

Anmerkungen:

- 1/ Heute „Kiental“. Wir verwenden die Schreibweise des Dorfnamens, wie sie zur Zeit der Konferenz 1916 gebräuchlich war.
- 2/ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1. Berlin 1969, S. 857.
- 3/ W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XIX. Wien-Berlin 1930, S. 573.
- 4/ Arnold Reisberg: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung. Berlin 1966, S. 199.
- 5/ Lenin meinte damit 1. die Zentristen um Kautsky, Haase und Ledebour (spätere USPD), 2. die Gruppe „Internationale“ (Rosa Luxemburg, Berta Thalheimer, Ernst Meyer u.a.) und 3. die Gruppe „Lichtstrahlen“ (Borchardt) mit den Bremer Linksradikalen unter Johann Knief, die sich zu den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (ISD) zusammengeschlossen hatten.
- 6/ Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, hg. von Horst Lademacher, Bd. 1. The Hague-Paris 1967, S. 212.
- 7/ W. I. Lenin: Zur Konferenz am 24. April 1916, in: Werke, Bd. 22. Berlin 1960, S. 121 bzw. 375.
- 8/ Lademacher, Bd. 1, S. 251.
- 9/ G. Sinowjew: Nach Zimmerwald, in: N. Lenin/G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916. Hamburg 1921, S. 338.
- 10/ Gemeint waren die in Frankreich und Russland existierenden „Kriegsindustriekomitees“, mit deren Hilfe die Unternehmerverbände ge-

meinsam mit den sozialpatriotischen Gewerkschaften die Arbeiter für die Zwecke der Produktionssteigerung einzubinden suchten.

- 11/ Sinowjew: Nach Zimmerwald, S. 338.
- 12/ Reisberg, S. 201.
- 13/ Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 184.
- 14/ Bernard Degen:

Von Zimmerwald bis Kiental, in: Bernard Degen/Julia Richers (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015, S. 124.

- 15/ Ebd., S. 125.
- 16/ Zusammenstellungen der Delegierten in Kiental finden sich in: Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 559. (Im Anmerkungsapparat); bei Reisberg: Zimmerwalder Bewegung, S. 204. (Im Anmerkungsapparat); und bei Degen, S. 129ff.
- 17/ Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 526f.
- 18/ Sachwörterbuch, Bd. 1, S. 858.
- 19/ Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927, S. 132.
- 20/ Sinowjew: Zimmerwald – Kiental, in: N. Lenin/G. Sinowjew: Gegen den Strom, S. 356f.
- 21/ Geschichte der Zweiten Internationale, 2. Bd. Moskau 1983, S. 569.
- 22/ Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914 bis 1919, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (Grünberg-Archiv), 12. Jg. (1926), S. 350.
- 23/ Humbert-Droz, S. 208f.
- 24/ Lademacher, Bd. 1, S. 322.
- 25/ Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 526.
- 26/ Sinowjew: Zimmerwald – Kiental, S. 353.
- 27/ Humbert-Droz, S. 205.
- 28/ Reisberg, S. 206.
- 29/ Balabanoff: Erinnerungen, S. 129.
- 30/ Willi Münzenberg: Die Dritte Front. Autobiographische Aufzeichnungen. Vom sozialdemokratischen Lehrlingsverein zur Kommunistischen Jugendinternationale. Berlin 1931, S. 219.
- 31/ Balabanoff: Erinnerungen, S. 129; Sinowjew, Zimmerwald-Kiental, S. 345.
- 32/ Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 527.
- 33/ Wiedergegeben bei Humbert-Droz, S. 209–213, und bei Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung, S. 351–355.
- 34/ Reisberg, S. 210.
- 35/ Lenin: Brief an Schljapnikow, Mai 1916, in: W. I. Lenin: Briefe, Bd. IV. Berlin 1967, S. 217.
- 36/ Sinowjew: Zimmerwald – Kiental, S. 354. Hervorhebungen im Original.
- 37/ Lenin an W. A. Karpinski (Brief vom 8. Jän-

ner 1917), in: W. I. Lenin: Werke, Bd. 23. Berlin 1957, S. 224.

- 38/ Die Sozialistische Internationale. Ihre Geschichte und Politik. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Werner Kowalski und Johannes Glasneck. Berlin 1977, S. 28; Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940). Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Werner Kowalski. Berlin 1985, S. 22ff.
- 39/ Bernhard Degen: Der Niedergang der Zimmerwalder Bewegung, in: Bernhard Degen/Julia Richers (Hg.): Zimmerwald und Kienthal, S. 158.
- 40/ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2. Berlin 1970, S. 624.
- 41/ Hans Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919, Wien 1970; Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien-Zürich 1987, S. 137–171; Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 14. Jg. (2007), Nr. 4, S. 1–6; Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation, Wien 2014; eine der ersten Darstellungen dazu stammt von Leopold Hornik: Die Zimmerwalder Linke und die Linksradikalen in Österreich, in: *Weg und Ziel*, 13. Jg. (1955), Nr. 9, S. 655–668.
- 42/ Eine Sammlung von Akten und Unterlagen über Franz Koritschoner sowie Schriftstücke von ihm verwahrt das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* in Wien.
- 43/ Der „Vorbote“ war das in deutscher Sprache erscheinende Periodikum der Zimmerwalder Linken und wurde von Henriette Roland-Holst und Anton Pannekoek herausgegeben. Es erschienen zwei Nummern (im Jänner und im April 1916). Mitarbeiter waren Lenin, Sinowjew, Radek, Roland-Holst, Pannekoek, Wynkoop und andere. Insbesondere in dieser Zeitschrift wurde die Diskussion innerhalb der Zimmerwalder Linken über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Losung der „Entwaffnung“ ausgetragen.
- 44/ W. I. Lawrow: Maloiswestnyje Stranizy Dejatelnosty W. I. Lenina (Wenig bekannte Aspekte der Tätigkeit W. I. Lenins), in: *Nowaja i Nowejtschaja Istorija* (Neue und Neueste Geschichte), Moskau, Jg. 1986, Nr. 3, S. 21–29.
- 45/ Ebd., S. 23f.
- 46/ Franz Koritschoner: Die österreichische Arbeiterbewegung während des Krieges und der Revolution, a.a.O. (im Text), S. 20. Mit dem „österreichischen Delegierten“ meinte Koritschoner sich. Warum er die Nennung seines Namens vermied, ist unklar, möglicherweise aus Bescheidenheit.
- 47/ Ebd., S. 21.
- 48/ Ebd., S. 23.
- 49/ Lenin: Briefe, Bd. IV, S. 306f.

Franz Koritschoner: Lenin und Österreich

Als in Kiental die deutschen Unabhängigen und die französischen Zentristen ihr pazifistisches Bekenntnis zur Landesverteidigung ablegten, war es klar, dass die Zimmerwaller Gemeinschaft den Keim der Spaltung in sich trägt. Lenin, der aufmerksam die Ereignisse in allen Ländern verfolgte, richtete an die österreichischen Linksradikalen die Aufforderung, unbedingt organisatorisch gesondert zu wirken, um keineswegs im Rahmen des Vereines Karl Marx zu Kriegsgefangenen Friedrich Adlers zu werden, sondern ihn selbst vorwärts zu treiben, zur ehrlichen (illegalen) Arbeit.

Schon auf der Kientaler Konferenz hatte Lenin die Frage des Selbstbestimmungsrechtes aufgerollt, Österreichs eigentliches Schicksalsproblem. Hatte er doch schon vorher, kurz nach Kriegsausbruch, die Notwendigkeit der Zertrümmerung Russlands und Österreichs als nächste proletarische Forderungen aufgestellt. Die kleine Gruppe österreichischer Bolschewiken hatte nicht klar die Bedeutung dieser Lösung erkannt und neigte zur Luxemburg-Radekschen Parole der nationalen Autonomie.

„Wenn ihr nicht das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Losreißung anerkennt“, fuhr Lenin auf, „dann seid ihr nationale Chauvinisten“. Eingehend legte er dar, dass die deutschösterreichischen Arbeiter nur dann ihre eigene Macht erkämpfen können, wenn der konsolidierte

Machtapparat des Habsburgischen Staates zusammenbricht und die „Nationalitäten“, und sei es auch unter Bourgeoisführung, die Selbständigkeit erkämpfen. Nach langer Debatte wurde schließlich der österreichische Delegierte (=Koritschoner, H.H.) dazu gebracht, dass er erklärte, sich unterwerfen zu wollen und die Propaganda des Selbstbestimmungsrechtes in Österreich in Angriff zu nehmen, so weit dies bei den schwachen Kräften der Bewegung möglich erscheint.

„Ich habe nichts von Ihrer Unterwerfung, wenn ich Sie nicht überzeugt habe.“ Lenin, der die Notwendigkeit einer straffen Disziplin durchaus anerkannte, war weit davon entfernt, Kadavergewhorsam zu predigen. Er wollte überzeugen und verstand dies besser als irgend einer. Der erste Streikaufruf der Linksradikalen, wie der Aufruf an die bosnischen Kmeten und Kmetensöhne, enthielt bereits die Parole des Selbstbestimmungsrechtes. Lenin verstand es durch seine überlegene Überzeugungskraft, Instrumente der Bewegung zu schaffen, und selbst denen das zum Führer notwendige Maß an Selbstbewusstsein zu suggerieren, die bisher bescheidene Vertrauensmänner gewesen.

„Wir haben keine Führer, wir können mit Erfolg weder gegen die Rechten, noch gegen die Zentristen auftreten.“ Lenin ließ diesen Einwand nicht gelten. „Im Krieg müssen manchmal Korporale große Abteilungen führen und sie machen es manchmal sogar gut. So ist es auch da. Nur im Wasser lernt man schwimmen, im Kampf erst lernt man Führer

sein.“ Lenins Heim in Zürich war das Zentrum einer systematischen Propagandaarbeit. Genossin Krupskaja, die erste Sekretärin der entstehenden Weltbewegung, hielt den Kontakt mit allen Teilaktionen aufrecht, und Lenins Machtwort war für die kleinen Gruppen, die sich um seine Fahne scharten, nicht weniger maßgebend als später, da er als Volkskommissär an der Spitze eines Riesenreiches stand. Mit selbstaufopfernder Hingebung hingen wir alle an dem einen Führer, der uns den Weg aus dem Wirrsal des imperialistischen Krieges gewiesen. Keinerlei autonomistische Selbstständigkeitstendenzen irgendeiner Gruppe konnten entstehen in der kleinen Schar bewusster Revolutionäre, die, an den bolschewikischen Erfahrungen von 1905 bis 1916 lernend, ihre eigenen Kampferfahrungen mit denselben verbanden.

Das Bewusstsein, einer einheitlichen internationalen Gemeinschaft anzugehören, war untrennbar verbunden mit der überragenden Persönlichkeit, die den kleinen Zirkeln und Gruppen den Weg zu den Massen wies. Lenins Prognose von der Notwendigkeit des Zusammenbruchs Österreichs wurde erfüllt. Noch in späteren Jahren erinnerte er sich an die Details der ersten konspirativen Arbeitsversuche in diesem Lande. Mit Aufmerksamkeit verfolgte er die Ereignisse in Österreich und nahm wiederholt zu den Kampfproblemen



Franz Koritschoner

der jungen kommunistischen Partei Stellung. „Die Arbeit in den Gewerkschaften und die Wehrhaftmachung sind eure wichtigsten Fragen.“ Nach eingehender Besprechung der österreichischen Kampfbedingungen war dies seine Erkenntnis geworden, die nicht immer von unserer Partei genügend beherzigt wurde. 1921, nach den Anforderungen, die der Dritte Weltkongress an seine bereits geschwächte Gesundheit gestellt hatte, fand Lenin noch Zeit, in einstündiger Beratung die österreichischen Fragen zu erörtern und den Kommunisten dieses Landes die Richtung zu weisen. (Koritschoner war Delegierter auf dem III. Weltkongress, H.H.)

Lenin, der Staatsmann, war derselbe bescheidene und einfache Mensch geblieben, der er als Führer einer internationalen Propagandagesellschaft gewesen war. Die Macht hatte zu seiner überragenden Größe nichts hinzugetan und nichts von ihr weggenommen. Mit derselben begeisterten Hingabe, mit der wir in den Tagen des Krieges den Fahnen Lenins gefolgt, müssen wir jetzt, da er nicht mehr lebt, der Idee des Leninismus dienen, der Idee der Tatwerdung des Marxismus, des proletarischen Befreiungskampfes. Die Lehren Lenins wirken fort mit unveränderter Wucht, und auch die österreichischen Arbeiter werden sich eines Tages ihrer Lage bewusst werden und den Weg beschreiten, den er uns gewiesen.

Quelle: Die Rote Fahne (Wien), 21.1.1925, S. 4.

Belgrad, 6. April 1941

Zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Jugoslawien

WINFRIED R. GARSCHA

Am 6. April 1941, kurz nach fünf Uhr früh, begann die deutsche Luftwaffe die jugoslawische Hauptstadt Belgrad zu bombardieren. Fast fünfhundert Bomber und Sturzkampfflugzeuge sowie 250 Jagdflugzeuge legten in fünf Angriffswellen die Stadt in Schutt und Asche. Das bei der Zerstörung der Stadt eingesetzte Fluggerät machte einen nicht unbeträchtlichen Teil der insgesamt 1.153 deutschen und 320 italienischen Flugzeuge aus, die beim Überfall auf Jugoslawien und dem gleichzeitig erfolgten deutschen Angriff auf Griechenland eingesetzt wurden. Die Flugzeuge starteten von den Reichsgauen Niederdonau und Steiermark aus (Zwölfaxing, Münchendorf, Wiener Neustadt, Aspang und Graz) sowie vom rumänischen Flugplatz Arad. Siebzig der deutschen Bomber waren vom Militärflughafen Rannersdorf („Schwechat-Ost/Heidfeld“), mit dessen Bau bereits wenige Wochen nach der Annexion Österreichs im März 1938 begonnen worden war, aufgestiegen. Die deutschen Flugzeuge, die Ziele im Süden Jugoslawiens sowie in Griechenland angriffen, waren zuvor nach Bulgarien und Italien verlegt worden.¹

Kommandant des Luftwaffeneinsatzes war der Österreicher Alexander Löhr, Chef des Luftflottenkommandos Österreich, das ein Jahr nach dem „Anschluss“ in Luftflotte 4 umbenannt worden war. Der von NS-Nostalgikern heute noch als der „ranghöchste Ostmärker in der Deutschen Wehrmacht“² verehrte Fliegergeneral hatte am 25. September 1939 innerhalb eines Tages Warschau durch massives Bombardement zur Kapitulation gezwungen. Von mehreren Hundert Flugzeugen ließ er 72 Tonnen Brand- und 560 Tonnen Sprengbomben abwerfen, sodass nach einigen Stunden die gesamte Stadt in Flammen stand. Der Angriff auf Belgrad anderthalb Jahre später gab Löhr Gelegenheit, seine Fähigkeit zum Einsatz der Luftwaffe als Terrorinstrument gegen die Zivilbevölkerung neuerlich unter Beweis zu stellen.

Bombenterror am Palmsonntag

Am 27. März 1941 gab Hitler die Weisung zur unmittelbaren Vorbereitung des Angriffs auf Jugoslawien. In Bezug auf Belgrad forderte er, die Stadt „durch

fortgesetzte Tag- und Nachtangriffe durch die Luftwaffe zu zerstören“.³ Zur Umsetzung dieser Weisung unterzeichnete General Löhr am 31. März den „Befehl für die Luftkriegsführung Jugoslawien“. Der von ihm für den ersten Tag des Angriffs befohlene Einsatz von Spreng- und Brandbomben bezweckte, in Belgrad „Großbrände zu verursachen, um für den anschließend geplanten Nachteinsatz die Zielauffindung zu erleichtern“.⁴ Dementsprechend enthielt etwa ein Zehntel der 440 (nach anderen Quellen „nur“ 218) Tonnen Bomben, die auf Belgrad abgeworfen wurden, Brandsätze. Löhrs Befehl forderte ein zweistufiges Vorgehen: Allgemeine Verwüstungen beim ersten Angriff, gezielte Zerstörung von militärischen Anlagen und Verwaltungszentren im zweiten Angriff. Da dem Angriff keinerlei Ultimatum oder Kriegserklärung, ja nicht einmal eine kurzfristige Warnung voranging, war das vorrangige Ziel der ersten Angriffswelle die Zivilbevölkerung.

Seit dem Staatsstreich des 27. März 1941, der aber keine Besonderheit angesichts der Kurzlebigkeit jugoslawischer Regierungen in den Jahren zuvor darstellte, hatte es Gerüchte gegeben, dass das nationalsozialistische Deutschland möglicherweise, wie anderswo in Europa, mit Gewalt reagieren könnte. Wie weiter unten ausführlicher dargestellt, war der Sturz der Regierung Dragiša Cvetković und die Installation des erst 17-jährigen Petar Karađorđević als neuem König Peter II. ein deutliches Signal, dass den putschenden Militärs offenbar die Nachgiebigkeit der Vorgängerregierung gegenüber dem Druck aus Berlin und Rom zu weit ging. Allerdings war noch nicht klar, inwieweit die neue Militärregierung unter dem Luftwaffengeneral Dušan Simović bereit war, die in mehreren Demonstrationen erhobene Forderung nach einem außenpolitischen Kurswechsel zu erfüllen. Denn auch Simović stellte den von der gestürzten Regierung zwei Tage vor dem Staatsstreich mit großem Pomp im Wiener Belvedere zelebrierten Beitritt des Jugoslawischen Königreichs zum deutsch-italienischen Bündnisystem, dem bereits Ungarn, Rumänien und Bulgarien angehörten, nicht in Frage. Der Putsch-

Regierung gehörte außerdem der wichtigste kroatische Koalitionspartner in der Vorgängerregierung, Vladko Maček, der schon bisher stellvertretender Ministerpräsident gewesen war und dem eine gute Gesprächsbasis mit Deutschland nachgesagt wurde, an. Als zusätzliches Signal an Berlin, dass es keine grundsätzliche Änderung geben werde, bestellte Simović den Präsidenten der deutsch-jugoslawischen Gemeinschaft in Belgrad, Momčilo Ninčić, der schon in den 1920er Jahren Außenminister gewesen war, zum neuen Außenminister.

Dennoch hofften viele Menschen in Jugoslawien, dass die neuen Machthaber eher als ihre Vorgänger davor zurückscheuen würden, ihr Land in den von Italien mit deutscher Rückendeckung geführten Krieg im benachbarten Griechenland hineinziehen zu lassen. Einige wussten auch, dass die neue Regierung eine Delegation zu Konsultationen nach Moskau geschickt hatte. Das war zwar angesichts des bisherigen scharf antikommunistischen Kurses des jugoslawischen Königreiches ein Novum, konnte aber kaum als Provokation Hitler-Deutschlands interpretiert werden, zumal schon seit dem 24. Juni 1940 diplomatische Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion bestanden, d.h. sie waren von eben jener Regierung aufgenommen worden, die am 25. März 1941 den Vertrag mit Deutschland und Italien im Wiener Belvedere unterzeichnet hatte. Außerdem waren die 1939 geschlossenen Verträge des Deutschen Reichs mit der UdSSR – der Nichtangriffspakt vom 23. August und der Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 – nach wie vor in Kraft und bis dahin von keiner der beiden Seiten öffentlich in Frage gestellt worden. Und selbst diejenigen, die in der Lage waren, deutsche Zeitungen zu lesen, hätten in ihnen nur eine zunehmend feindselige Stimmungsmache gegen Jugoslawien, jedoch keinerlei militärischen Drohungen erkennen können. Dass Hitler-Deutschland auf einen Regierungswechsel in einem Nachbarstaat, mit dem es soeben erst einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte, mit einem militärischen Überfall antworten würde, konnte daher niemand ahnen – noch weniger, dass dies ausgerechnet

am Beginn der katholischen Osterwoche geschehen würde (der Termin für den orthodoxen Palmsonntag war 14 Tage später). Die Bomben trafen die Menschen unvorbereitet. Die meisten schliefen an diesem frühen Sonntagmorgen friedlich in ihren Wohnungen, nur die Bauern aus den umliegenden Dörfern karrten ihre Produkte für die Sonntagsmärkte in die Hauptstadt.

Tausende Tote – und eine ausgebrannte Bibliothek

Gleichzeitig mit dem Angriff der deutschen Luftwaffe auf Belgrad setzte die Wehrmachtsführung 33 Divisionen mit insgesamt 680.000 Soldaten, die zuvor nicht nur im Süden des annektierten Österreich, sondern auch in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und dem von Italien besetzten Albanien stationiert worden waren, gegen Jugoslawien und Griechenland in Marsch. Wenige Tage später beteiligten sich auch Ungarn (dem Hitler die Annexion von Teilen Nord-Serbiens in Aussicht gestellt hatte) und Italien (das die Annexion der gesamten jugoslawischen Adriaküste sowie Teile Sloweniens beabsichtigte) mit großen Truppenkontingenten an der Niederwerfung der jugoslawischen Armee. Diese hatte den aus nahezu allen Richtungen einfallenden Aggressoren wenig entgegenzusetzen, zumal Teile der kroatischen Führung mit Hitler-Deutschland sympathisierten. Bei einem Gegenangriff, den die jugoslawische Luftwaffe noch am 6. April auf Graz flog, erreichten nur zwei Flugzeuge ihr Ziel. Die abgeworfenen Bomben forderten ein Todesopfer.

Nach insgesamt fünf Angriffswellen zwischen Sonntagfrüh und Montagabend waren große Teile der jugoslawischen Hauptstadt zerstört. Die genaue Opferzahl wurde nie festgestellt. 2.274 Leichen konnten geborgen werden, die meisten Nachkriegsschätzungen gehen aber von rund viertausend Toten aus. Mindestens 692 Gebäude wurden komplett zerstört, 1.476 weitere schwer beschädigt.⁵ Entsprechend dem von General Löhr erteilten Befehl griffen die deutschen Bomber nicht nur militärische Ziele und militärisch nutzbare Einrichtungen der Infrastruktur (Bahnhöfe, Postämter) an, sondern auch das Königsschloss (*Kraljevski Dvor*), den Kalenić-Markt (*Kalenićeva pijaca*) oder einen Luftschutzkeller im Karadjordje-Park (*Karadžorđev park*), in dem mehrere Hundert Personen Zuflucht gefunden hatten.

Die Nationalbibliothek am Kosančić-Ring (*Kosančićev Venac*) nahe dem



Gedenkundgebung am Areal der zerstörten Serbischen Nationalbibliothek (2013)

Save-Ufer, die 1832 als zentraler Ort zur Bewahrung des kulturellen Erbes errichtet worden war, brannte völlig nieder; nur kleine Teile des Gebäudes blieben als Ruinen erhalten. Zerstört wurden 1.300 mittelalterliche Schriften auf Pergament und Papier, darunter eine Sammlung osmanischer Manuskripte, über 200 Bücher der ersten serbischen Druckereien aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, Landkarten, Noten, Gravuren, rund 2.000 Briefe von Schriftstellern und anderen berühmten Persönlichkeiten der südslawischen Völker sowie die Erstausgaben aller 300.000 Bücher, die in Serbien und den Nachbarländern seit 1832 gedruckt worden waren. Dem Bombardement fielen auch alle Kataloge und Verzeichnisse zum Opfer.

Die deutsche Luftwaffe setzte damit die Serie von Terrorangriffen fort, die die Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschland seit ihrem Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg (Zerstörung von Guernica, der „heiligen Stadt“ der Basken) gekennzeichnet hatte und sich über die Altstadt von Warschau, die Kathedrale Coventry und das mittelalterliche Stadtzentrum von Rotterdam fortsetzte: Zerstörung nicht nur einer größtmöglichen Anzahl von Menschenleben, sondern auch von Symbolen der nationalen Identität der angegriffenen Staaten. Bis heute ist der große Bombenkrater am Ort der einstigen Nationalbibliothek jene Stätte, an der jedes Jahr am 6. April Kranzniederlegungen zum Gedenken an den deutschen Angriff stattfinden.

Die Verteilung der Beute

Am 10. April, dem katholischen Gründonnerstag, erreichten die Invasionstruppen die kroatische Hauptstadt Zagreb,

wo sie vom Ustaša-General Slavko Kvaternik begrüßt wurden, der noch am selben Tag – namens des im italienischen Exil befindlichen „Führers“ (*Poglavnik*) Ante Pavelić – den „Unabhängigen Staat Kroatien“ (*Nezavisna Država Hrvatska*) ausrief und mit dem bevorstehenden Osterfest in Verbindung brachte, womit er die politische Orientierung des neuen Marionettenstaats von deutschen Gnaden als katholisch-faschistisches Regime verdeutlichte. Der NDH-Staat umfasste neben Kroatien auch Bosnien-Herzegovina und Teile Serbiens, musste aber große Teile Dalmatiens an Italien abtreten. Das Ustaša-Regime betrieb in der Folge einen systematischen Völkermord. Opfer waren Juden und Jüdinnen und Roma, vor allem aber Angehörige der serbischen Bevölkerung, die 30 Prozent der Gesamtbevölkerung des neuen Staates ausmachte. Logistisches Zentrum und größter Tatort dieses Völkermords war das Konzentrations- und Vernichtungslager Jasenovac,⁶ zu dessen Außenlagern auch drei Kinder-KZs gehörten; das berüchtigtste der Außenlager war Stara Gradiška, wo Serbinnen, Jüdinnen und Roma-Frauen sowie deren Kinder auf teilweise bestialische Weise gequält wurden. Die heute von der Republik Kroatien verwaltete Gedenkstätte Jasenovac hat bisher 83.145 Tote namentlich erfasst, davon 12.790 in Stara Gradiška. Von den Getöteten waren 47.627 serbische, 13.116 jüdische und 4.255 kroatische Häftlinge, 16.173 waren Roma-Häftlinge.

Am 12. April nahm die deutsche Wehrmacht Belgrad ein, am 17. April kapitulierten die jugoslawischen Streitkräfte. Von den rund 340.000 Kriegsgefangenen wurden 100.000 sloweni-



Das Museum in Jajce, wo die zweite Tagung der AVNOJ stattfand (Außen- und Innenansicht, 2014).



sche, kroatische, bosniakische,⁷ mazedonische, ungarische und „volksdeutsche“ Soldaten entlassen, 240.000 serbische und montenegrinische sowie eine geringe Anzahl slowenische Soldaten verblieben in Gefangenschaft. Rund 180.000 von ihnen wurden ins Deutsche Reich zur Zwangsarbeit verschleppt.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs stritten die Sieger um die Aufteilung ihrer Einflussphären und den genauen Grenzverlauf. Den größten Teil der Beute, sofern er nicht dem NDH-Staat angegliedert wurde, sicherte sich Deutschland, indem es die Herrschaft über Serbien übernahm. Slowenien wurde zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt, Montenegro wurde von Italien besetzt, Mazedonien bulgarischer Verwaltung unterstellt. Der serbische Staat wurde zerstückelt: die Batschka fiel an Ungarn, der Südwesten des Kosovo bildete mit dem italienisch besetzten Königreich Albanien das neue „Groß-Albanien“, der Südosten des Kosovo wurde Bulgarien angegliedert. Im kleinen Rumpf-Serbien gestatteten die deutschen Besatzer eine Verwaltung aus Kollaborateuren, zunächst um den ehemaligen Innenminister Milan Aćimović, ab Ende August 1941 um den ehemaligen Kriegsminister Milan Nedić. Der Kollaborationsregierung überließ die deutsche Militärverwaltung vor allem die Aufgabe der Be-

treuung von fast 900.000 serbischen Vertriebenen und Flüchtlingen aus ganz Jugoslawien, außerdem sollte sie sich an den deutschen Repressionsmaßnahmen gegen Partisanen beteiligen. Doch selbst im verbliebenen serbischen Staatsgebiet durften die Kollaborateure nicht allein regieren: Im Banat installierte die „volksdeutsche“ Minderheit eine eigene Zivilverwaltung in Groß-Betschkerek (heute Zrenjanin).

„Titopartisanen“ und Tschetniks

Nur wenige Wochen nach der Kapitulation der jugoslawischen Armee entstanden die ersten Partisanenverbände. Der seit 1921 verbotenen Kommunistischen Partei gelang bereits im Frühsommer 1941 die Sammlung von Partisanengruppen, die trotz ihrer vorwiegend serbischen Zusammensetzung eine gesamtjugoslawische Politik vertraten. Der Kroat Josip Brož („Tito“) genoss auf Grund seines militärischen und politischen Talents von Anfang an größte Autorität. Der erste spektakuläre Erfolg der Partisanen war die Schaffung eines befreiten Gebiets mit 300.000 Einwohnern im gebirgigen Westen Serbiens im September 1941. Die „Republik Užice“ hielt sich bis Ende November 1941, die Verwaltung wurde von „Volksräten“ ausgeübt. Nachdem sie der militärischen Übermacht der Besatzer weichen mussten, zogen sich die Partisanen nach Bosnien zurück, wo ihnen nach und nach eine Verbreiterung ihrer sozialen und nationalen Basis gelang. Binnen weniger Monate wuchsen die kommunistisch geführten Partisanengruppen zur größten und militärisch schlagkräftigsten Kraft des gesamtjugoslawischen Widerstands an, die sich ab November 1942 „Volksbefreiungsarmee“ (*Narodnooslobodilačka vojska, NOV*) nannte. Als Untergrund-Parlament fungierte der ebenfalls im November 1942 gegründete „Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens“ (*Antifašističko veće narodnog oslobođenja Jugoslavije, AVNOJ*). Auf seiner zwei-

ten Tagung, die von 21. bis 29. November 1943 in der alten bosnischen Königstadt Jajce stattfand, beschloss der AVNOJ, nach der Befreiung eine föderative Republik zu gründen, in der die Gleichberechtigung der Serben, Kroaten, Slowenen und Mazedonier sowie der serbischen Montenegriner und der den unterschiedlichen Nationalitäten angehörenden Bosnier festgelegt wurde und durch die Schaffung von sechs Teilrepubliken gewährleistet werden sollte; die Versammlung entzog der in London gebildeten Exilregierung die Legitimität, Jugoslawien zu repräsentieren, und sprach über den König ein Wiedereinreiseverbot aus.⁸

Die königstreuen serbischen Nationalisten nannten sich „Tschetniks“ (*četnici*), ihre größte Gruppe wurde von Draža Mihailović, einem Generalstabsoffizier der jugoslawischen Armee in Bosnien, der ab dem Sommer 1941 mehrere Tausend Mann um sich sammelte, geführt. Bereits 1941 kooperierten zahlreiche Tschetnik-Gruppierungen in ihrem Kampf gegen die Kommunisten offen mit den deutschen Besatzern, erstmals ganz massiv bei der Zerschlagung der Republik Užice. Dies führte dazu, dass sie die Unterstützung der Westalliierten verloren und diese Anfang 1944 den AVNOJ als Regierung Jugoslawiens anerkannten; 1944 vermittelte Großbritannien einen Kompromiss zwischen dem AVNOJ und der Exilregierung. Der König akzeptierte daraufhin die führende Rolle Titos im Widerstand und erklärte, auf eine Rückkehr auf den jugoslawischen Thron zu verzichten.

Besatzungsterror: Österreicher ganz vorne mit dabei

In der Hauptstadt des formell unabhängigen NDH-Staats, Zagreb (deutsch: Agram), setzte Hitler den altösterreichischen Offizier Edmund Glaise (von) Horsttau unter dem Titel „Deutscher General in Agram“ als Aufpasser ein. Da die „Befriedung“ des deutsch besetzten Serbiens trotz brutaler Repressalien auch mehrere Monate nach der Kapitulation noch nicht gelungen war, schickte Hitler im September 1941 den aus der Steiermark stammenden General Franz Böhme als „Bevollmächtigten Kommandierenden General in Serbien“ nach Belgrad. Über die mörderische Bilanz der zweieinhalbmonatigen Schreckensherrschaft Böhmens über Serbien mit offiziell 3.562 im Kampf getöteten Gegnern und 11.164 erschossenen Geiseln (davon allein 4.000 im Zuge der Massaker von Kral-

jevo mit 1.700 Toten und Kragujevac mit 2.300 Toten in der zweiten Oktoberhälfte 1941), schreibt Walter Manoschek, dass sich die tatsächliche Zahl der Opfer anhand der erhalten gebliebenen Dokumente nicht feststellen lässt. Die offiziellen Zahlen entstammen einer „Erschießungsbilanz“, die beim Abgang Böhmes erstellt worden war. Manoschek erwähnt einen Bericht des Chefs der „Regierung der nationalen Rettung“, Milan Nedić, an General Löhr vom 29. Dezember 1941, der von einer Gesamtzahl von 17.000 Erschießungen ausging. Aus dem Nachlass Böhme im Wiener Kriegsarchiv zitiert Manoschek den Lagebericht von SS-Gruppenführer Harald Turner vom 5. November 1941. Turner, der – gleichzeitig mit der Bestellung Böhmes zum Bevollmächtigten Kommandierenden General – zum Chef der deutschen Militärverwaltung in Serbien ernannt worden war, und damit vermutlich besser informiert war als der Chef der serbischen Kollaborationsregierung, schätzte, dass die Zahl der bei kriegerischen Handlungen getöteten Gegner „bzw. als Repressalie erschossenen Serben, Juden und Zigeuner [...] gegen 20.000“ beträgt.⁹

All diese Erschießungen erfolgten, wie Böhme in seinem letzten Tagesbefehl betonte, durch Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres „mit Unterstützung von Teilen der Luftwaffe und der Marine“.¹⁰ Im Jänner 1942 ging die Zuständigkeit für die Geislerschießungen auf den nach Belgrad versetzten Generalmajor August Meyszner über, der bis dahin Befehlshaber der Ordnungspolizei in Norwegen gewesen war. Der ehemalige Führer des Steirischen Heimatschutzes wurde von Hitler zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) von Serbien und Generalbevollmächtigten für Wirtschaft in Serbien ernannt. Meyszner setzte das Werk Böhmes fort. Die gleich zu Beginn seiner Amtszeit erfolgte Ermordung von 15.000 jüdischen Frauen und Kindern unter Verwendung eines Gaswagens in dem vom Österreicher Herbert Andorfer geleiteten KZ Sajmište bei Belgrad dürfte allerdings, wie Manoschek schreibt, nicht er, sondern der unter ihm agierende Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Emanuel Schäfer, vormals Gestapo-Chef von Kattowitz, in Zusammenarbeit mit dem Chef der deutschen Militärverwaltung, Turner, organisiert haben. Die unmittelbare Durchführung der Mordaktion lag bei SS-Untersturmführer Andorfer als Lagerkommandant.¹¹

Im Jahre 1947 publizierte die jugoslawische Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen einen umfangreichen Bericht „über die Verbrechen Österreichs und der Österreicher“ gegen die Völker Jugoslawiens,¹² dessen offensichtlicher Zweck die Unterstützung der jugoslawischen Position bei den alliierten Verhandlungen über die Zukunft Österreichs war. Die angeführten Dokumente betreffen nicht nur den überproportionalen Anteil von aus Österreich stammenden Kommandeuren von Wehrmacht und SS bei Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht, sondern gehen auch auf den Anteil von in Wien ansässigen

Banken bei der wirtschaftlichen Ausplünderung insbesondere von Serbien und Slowenien ein.

Von umso größerer Bedeutung für die Zukunft der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen nach 1945 war die Tatsache, dass jene Menschen in Jugoslawien, die für die Befreiung ihrer besetzten Heimat kämpften, in diesem Kampf auch andere Österreicher kennen lernen konnten: Die Angehörigen der ab November 1944 von der KPÖ im befreiten Gebiet Sloweniens in der Gottschee (Kočevje) aufgestellten fünf Freiheitsbataillone im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, von denen das erste noch am Kampf slowenischer Partisaneneinheiten teilnehmen konnte.

Zur Vorgeschichte

Ergänzend sollen noch einige Fakten zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls vom 6. April 1941 auf Jugoslawien und Griechenland angeführt werden: Aus mehreren Gründen spielte der Balkan – und hier insbesondere Jugoslawien – eine entscheidende Rolle in den Kriegsplanungen Hitler-Deutschlands.¹³ Die deutsche Führung zog aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges den Schluss, dass für den Fall eines Scheiterns der „Blitzkrieg“-Strategie der „blockadesichere“ Zugriff auf Rohstoffreserven auf dem europäischen Festland von größter Wichtigkeit war. Dazu zählten neben den rumänischen Erdölquellen



Josip Brož („Tito“) (1892–1980)

auch die jugoslawischen Bauxitreserven, die zur Aluminiumherstellung und damit für die Flugzeugindustrie unerlässlich waren. Sowohl Ungarn als auch Jugoslawien und Bulgarien waren außerdem als Lieferanten von Lebensmitteln von Bedeutung. In einem für den Generalstab des Heeres 1940 zusammengestellten „militärgeographischen Überblick über Südosteuropa“ hieß es zu Jugoslawien: „Ackerbau und Viehzucht sind die Grundpfeiler des Wirtschaftslebens, aber auch das überaus reiche Vorkommen von mineralischen Rohstoffen (Eisen, Blei, Kupfer, Zink, Antimon, Chromerz, Bauxit) ist wichtig. Der Abbau und die Verwertung dieser Rohstoffe ist noch im Anfangsstadium, aber schon heute steht Jugoslawien in der Kupfer-, Zink-, Blei- und Chromerzförderung in Europa an erster Stelle.“¹⁴ Die Bedeutung dieser Bodenschätze wurde sogar in Hitlers „Weisung Nr. 25“ vom 27. März 1941 hervorgehoben: Die „Besitznahme der Kupfergruben von Bor“ sei „aus wehrwirtschaftlichen Gründen wichtig“.¹⁵ Die vom Gouverneur der Zentralbank des Königreichs Serbien Georg Weifert zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit französischer Kapitalbeteiligung eröffnete Kupfermine Bor ist heute noch eine der größten in Europa. Mit einer Jahresförderung von 6.000 Tonnen war sie Ende der 1930er Jahre die größte in Europa; sie deckte in der Folge die Hälfte des Kupferbedarfs der deutschen Rüstungsindu-

strie. Auch die jugoslawischen Silber- und Antimonbergwerke, die zu den wichtigsten Lieferanten dieser Erze in Europa zählten, befanden sich in Serbien.

Die zunächst durch handelspolitische Ungleichgewichte erreichte deutsche Dominanz in den Balkanstaaten konnte nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 und der Unterwerfung Frankreichs 1940 durch die Übernahme tschechoslowakischer und französischer Kapitalanteile an jugoslawischen Unternehmen noch gesteigert werden.

Im April 1939 hatten italienische Truppen das ohnehin militärisch und wirtschaftlich von Italien kontrollierte Königreich Albanien besetzt und einem italienischen Statthalter unterstellt. Nach monatelangen militärischen Provokationen entlang der griechischen Küste übergab der italienische Botschafter in Athen am 28. Oktober 1940 um drei Uhr früh dem griechischen Außenminister ein mit sechs Uhr befristetes Ultimatum, das dieser mit einem einfachen „Nein!“ (griechisch *óchi*) ablehnte. Der seither in Griechenland am 28. Oktober begangene „Jahrestag des Nein“ (*epétios tou óchi*) wirkt bis in die Gegenwart, das Referendum gegen die von EU und IWF verordnete Kaputtsparpolitik am 5. Juli 2015 stand ebenfalls in dieser Tradition. Noch vor sechs Uhr früh griffen die in Albanien stationierten italienische Verbände Griechenland an, das den Aggressoren kaum modernes Kriegsgerät entgegenzusetzen hatte und sich scheute, Unterstützung seitens der im Mittelmeer stationierten britischen See- und Luftstreitkräfte anzufordern, um Deutschland nicht zu provozieren. Dennoch entwickelte sich der italienische Einfall rasch zu einem Desaster für Mussolini. Zwar mangelte es der griechischen Armee an Transportkapazitäten, die Soldaten mussten endlose Fußmärsche ins gebirgige Grenzgebiet zurücklegen, doch fanden sie Unterstützung bei der örtlichen Bevölkerung: Viele Bauern, auch Frauen und Kinder, halfen, Nachschub und Munition über die Berge an die Front zu bringen. Nur fünf Tage nach Kriegsbeginn trugen griechische Truppen bereits einen Gegenangriff jenseits der albanischen Grenze vor und konnten schließlich mit der Eroberung des wichtigen Verkehrsknotens Korçë (griech. *Korytsá*) ein militärisches Patt erzwingen, das bis zum deutschen Überfall auf Griechenland am 6. April 1941 anhielt. Diesem Überfall waren mehrere Versuche Hitler-Deutschlands vorangegangen, die Expansionsbestrebungen Italiens ge-

gen zunächst Jugoslawien und später Griechenland zu durchkreuzen bzw. nach dem Debakel der italienischen Armee einen Kompromiss mit Griechenland zu erreichen – nicht aufgrund einer plötzlichen Friedensliebe Hitlers, sondern weil die italienische Aggression die bereits weit gediehenen Vorbereitungen des „Unternehmens Barbarossa“, des Überfalls auf die Sowjetunion, störte.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Deutschland Schritt für Schritt, ohne einen Schuss abzugeben, die Vorherrschaft in Südosteuropa gesichert und sich dadurch sowohl einen „Flankenschutz“ für den bevorstehenden Krieg gegen die UdSSR geschaffen als auch die hierfür nötige Rohstoffbasis bereitgestellt. Als kriegswichtigste Errungenschaft galt der Zugriff auf die Erölfelder von Ploiești bei Bukarest. Um sie vor möglichen britischen Luftangriffen zu schützen, mussten Bulgarien und Jugoslawien zumindest eine wohlwollend-neutrale Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland einnehmen und Griechenland an einer militärischen Kooperation mit dem englischen Kriegsgegner Deutschlands gehindert werden.

Bis zum italienischen Angriff auf Griechenland schienen alle Voraussetzungen hierfür gegeben, zumal Großbritannien mit dem Schutz seiner „Interessensgebiete“ im östlichen Mittelmeer bereits militärisch überfordert war. Diese umfassten – neben den beiden Kolonien Malta und Zypern und der Mandatsverwaltung von Palästina – vor allem den Suezkanal, der für die Sicherung des Seewegs nach Asien von entscheidender Bedeutung war. Das vormalige britische Protektorat Ägypten war zwar 1922 ein selbständiges Königreich geworden, doch blieben britische Truppen im Land. Als Italien von Libyen aus im Sommer 1940 in Ägypten einmarschierte, erlangte der Schutz des Suezkanals oberste Priorität, weshalb ein stärkeres militärisches Engagement Großbritanniens in Griechenland auszuschließen war und sich damit das Kräfteverhältnis auf dem Balkan weiter zugunsten Deutschlands verschob.

Deutsche Vasallenstaaten

Im Herbst 1940 trat die deutsche Regierung nach dem Prinzip „teile und herrsche“ als Schiedsrichter auf, um die wechselseitigen Gebietsforderungen der südosteuropäischen Staaten zu befriedigen – nach demselben Muster, das Deutschland schon im Ersten Wiener Schiedsspruch im November 1938 vorerzählt hatte: die slowakische Führung

musste im Tausch gegen die Anerkennung ihres „unabhängigen“ Staates Teile dieses Staates an den deutschen Verbündeten Ungarn abtreten. Im Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 ermöglichten Deutschland und Italien eine Gebietserweiterung Ungarns bis weit nach Siebenbürgen, ins Siedlungsgebiet der ungarischen Szekler hinein und unterstützten Rumänien dafür gegen die wesentlich weitergehenden ungarischen Gebietsforderungen. Hitler-Deutschland kam damit einer Einmischung Großbritanniens, das gerade in den Grenzstreitigkeiten zwischen Bulgarien und Rumänien über die südliche Dobrukscha vermittelte, zuvor. Gleichzeitig bot Deutschland sowohl Ungarn als auch Rumänien an, beim bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion einen Anteil an der Beute zu erhalten. Das war vor allem für Rumänien verlockend, das im vorangegangenen Juni zur Abtretung Bessarabiens und der Südbukowina an die UdSSR gezwungen worden war. Dennoch bereitete Deutschland zur Durchsetzung des Schiedsspruchs auch eine militärische Intervention in Rumänien vor, die jedoch durch die Errichtung der Diktatur unter General Ion Antonescu am 4. September 1940 überflüssig wurde. Der neue „Führer“ (*Conducător*) machte das Land zu einem deutschen Vasallenstaat, was die Übernahme der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik miteinschloss – ihr fielen bis zur Befreiung 1944 zwischen 280.000 und 380.000 Jüdinnen und Juden sowie über 20.000 Roma zum Opfer. Im November trat Rumänien, fast zeitgleich mit Ungarn und der Slowakei, dem so genannten „Dreimächtepakt“ bei. Am 1. März 1941 folgte Bulgarien.

Als Initiator dieser Ausweitung der faschistischen „Achse“ Berlin-Rom im September 1940 ließ die NS-Presse den japanischen Außenminister Yosuke Matsuoka erscheinen; Nazi-Deutschland war mit dem kaiserlichen Japan seit 1936 im so genannten „Antikominternpakt“ verbunden, der sich gegen die Sowjetunion und die chinesische kommunistische Partisanenarmee unter Mao Zedong richtete. Der Pakt enthielt keine militärische Beistandsverpflichtung, sondern hatte vor allem propagandistische Funktion. Das neue Bündnis diente vor allem deutschen Interessen: Japan als mit Deutschland verbündete Militärmacht im Pazifik konnte, so hoffte man in Berlin, die USA an einer stärkeren Unterstützung ihres britischen Verbündeten hindern und damit Großbritannien vielleicht letztend-

lich doch veranlassen, sich mit Deutschland zu vergleichen. Die beschleunigte Bildung dieses wirtschaftlichen und militärischen Machtblocks in Südosteuropa, in dem nur noch Jugoslawien fehlte, diente nicht nur ökonomischen Interessen der faschistischen Staaten, sondern auch dem „Flankenschutz“ beim bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion.

Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt

Die Entscheidung, mit den konkreten Vorbereitungen zum vorläufig aufgeschobenen Plan eines Vernichtungskrieges gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu beginnen, fiel Mitte 1940. Am 31. Juli 1940 notierte Franz Halder, damals Stabschef des Oberbefehlshabers des Heeres, in seinem Kriegstagebuch die wichtigsten Punkte einer Besprechung der Kriegslage, zu der Hitler die Spitzen der Wehrmacht auf den Obersalzberg geladen hatte: „Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung [mit England und Amerika über die Weltherrschaft] muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser [...] bestimmter Entschluß, Rußland zu erledigen.“¹⁶

Es dauerte allerdings noch viele Monate, bis die jugoslawische Führung dem deutschen Druck nachgab. Im August 1939 war im so genannten *Sporazum* (wörtlich: „Vereinbarung“) ein Ausgleich zwischen der serbisch dominierten Regierung des Gesamtstaates unter Ministerpräsident Dragiša Cvetković mit der kroatischen Opposition unter der Führung des Chefs der Bauernpartei, Vladko Maček, gelungen, der eine de-facto-Autonomie Kroatiens bedeutete. Damit sanken die Chancen Hitler-Deutschlands, den serbisch-kroatischen Gegensatz als Hebel einzusetzen, um einen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt zu erzwingen.

Erst die Angebote Hitlers bei einem Besuch des jugoslawischen Regenten Pavle Karađorđević (der seit der Ermordung seines Cousins Aleksandar 1934 statt des noch minderjährigen Thronfolgers Petar regierte) auf dem Berghof in Berchtesgaden im Mai 1941 vermochten die jugoslawische Führung zu überzeugen: Deutschland und Italien würden nach dem Sieg über Griechenland Saloniki an Jugoslawien abtreten, das damit über einen großen Hafen verfügen würde, Deutschland würde Jugoslawien vor den Gebietsansprüchen Italiens schützen, und keine Soldaten der „Achsenmächte“ würden jugoslawischen Boden betreten.

Nach tagelangen Diskussionen und neuerlichen Verhandlungen des Regenten mit Hitler stimmte schließlich am 20. März 1941 der Kronrat zu; die Abstimmung in der Regierung fiel mit 16:3 eindeutig aus. Außenminister Aleksandar Cincar-Marković wurde beauftragt, in Wien den Beitritt zum Dreimächtepakt zu unterzeichnen.

Zur feierlichen Zeremonie am 25. März 1941 reisten nicht nur die Außenminister Deutschlands, Italiens, Japans und Jugoslawiens, sondern auch der jugoslawische Ministerpräsident Dragiša Cvetković an. Auch Hitler ließ es sich nicht nehmen, nach Wien zu kommen und im Belvedere den neuen Verbündeten zu begrüßen. Tags

darauf jubelte der *Völkische Beobachter* auf seiner Titelseite: „Der gesamte neutrale Balkan im Lager der Ordnung!“ Im Blattinneren rechnete das nationalsozialistische Parteiorgan vor, dass der „neue Europablock“ bereits eine Bevölkerung von 204 Millionen Menschen umfasse. Gleichzeitig wurde in Balkenlettern auf die weltpolitische Bedeutung des Besuchs von Außenminister Yosuke Matsuoka hingewiesen.

In diese Jubelberichterstattung platzte die Meldung vom Staatsstreich in Belgrad am Morgen des 27. März, die zunächst einige Verwirrung stiftete. Den nationalsozialistischen Journalisten war vorerst untersagt worden, die neue jugoslawische Regierung einzuschätzen. Die vom Pressechef der NSDAP, SS-Obergruppenführer Otto Dietrich, ausgegebene „Tagesparole des Reichspressechefs“, eine im Herbst 1940 eingeführte Mitteilung, die täglich zu Mittag an die Redaktionen ging, lautete am 28. März 1941: „Die Ereignisse in Jugoslawien, die einen für Deutschland unfreundlichen Charakter tragen, sind heute in der Überschrift der Nachrichten etwas deutlicher als bisher zu nuancieren, ohne jedoch die Form einer Drohung anzunehmen. Nach wie vor keine Kommentare.“¹⁷ Ganz ähnlich lautete die Parole am nächsten Tag.



Die zerstörte Zentrum von Belgrad nach den Terrorangriffen der deutschen Luftwaffe am 6./7. April 1941.

Im Vordergrund der Berichterstattung stand weiterhin der Matsuoka-Besuch. Und noch am 29. März, als sich schon eine Meldung über „deutschfeindliche Ausschreitungen“ auf Seite 1 fand, machte der *Völkische Beobachter* noch mit der Meldung über die bevorstehende „Lösung der Judenfrage für ganz Europa“ auf. Die Zeitung druckte Passagen aus einer Rundfunkrede Alfred Rosenbergs ab, der Andeutungen über ein „Reservat für die Juden“ machte und ankündigte, für Europa sei „die Judenfrage erst gelöst, wenn der letzte Jude den europäischen Kontinent verlassen hat“.¹⁸

Schon bald jedoch überschlug sich der *Völkische Beobachter* täglich mit Meldungen über angebliche Misshandlungen von „Volksdeutschen“ in Jugoslawien, ab Anfang April wurde bereits der Eindruck erweckt, Deutsche in Jugoslawien seien „in ständiger Lebensgefahr“ (so die Schlagzeile auf Seite 1 der Ausgabe vom 2. April 1941).

Bereits am Abend des 27. März hatte Hitler mit Göring, OKW-Chef Keitel und einer Reihe hoher Wehrmachtsoffiziere eine Besprechung anberaumt, bei der der Chef des Wehrmachtsführungsstabs im Oberkommando der Wehrmacht, Alfred Jodl, Protokoll führte.

Das Protokoll, das dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbre-

cher vorlag, vermerkte, dass Hitler entschlossen sei, „ohne mögliche Loyalitätserklärungen der neuen Regierung abzuwarten, alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen. Außenpolitisch werden keine Anfragen oder Ultimaten gestellt werden. Zusicherungen der jug. Regierung, denen für die Zukunft doch nicht zu trauen ist, werden zur Kenntnis genommen. Angriff wird beginnen, sobald die hierfür geeigneten Mittel und Truppen bereitstehen. / Es kommt darauf an, dass so schnell wie möglich gehandelt wird. [...] Politisch ist es besonders wichtig, dass der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt wird und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird.“¹⁹

Abschließend merkte Hitler an, dass auf Grund dieser Entwicklung das „Unternehmen Barbarossa“, also der Überfall auf die Sowjetunion, um bis zu vier Wochen verschoben werden müsse. Es war wohl auch der Ärger über diese Verzögerung, der bei der Wahl des Code-

Worts für das Bombardement Belgrads Pate stand: „Unternehmen Strafgericht“.

Der für die Aggressoren unerwartet heftige Widerstand eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung sowohl Jugoslawiens als auch Griechenlands zwang die Wehrmacht, den Angriff auf die Sowjetunion nicht um bis zu vier, sondern um mehr als elf Wochen – bis zum 22. Juni 1941 – zu verschieben. Eine vollständige Unterwerfung der beiden Länder gelang bis Kriegsende nicht. Der Partisanenkampf in Südosteuropa band Kräfte der Deutschen Wehrmacht und begünstigte damit den Kampf der Antihitlerkoalition gegen die faschistischen Weltherrschaftspläne. Die Partisaninnen und Partisanen leisteten damit einen bedeutenden Beitrag auch zur Befreiung Österreichs und Deutschlands selbst von der Nazi-Diktatur.

Anmerkungen:

1/ Die deutschen und österreichischen Archivalien zur Bombardierung Belgrads geben – im Gegensatz zu den Beschönigungsversuchen der Verantwortlichen, vom Chef der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring, abwärts in den diversen Nachkriegsprozessen – ein ungeschminktes Bild des Terrorangriffs. Sie wurden ausgewertet und zusammenfassend dargestellt von Walter Manoschek: „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42. München 1993, S. 18–25.

2/ http://de.metapedia.org/wiki/Alexander_Löhr [1.2.2016].

3/ Weisung Nr. 25 vom 27.3.1941, abgedruckt in: Walther Hubatsch (Hg.): Hitlers Weisungen für die Kriegführung. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. München 1965, S. 124.

4/ Das Original des in Wien unterzeichneten Dokuments befindet sich im Militärarchiv Freiburg im Breisgau (BA-MA, RI 7/657). Auszugsweise abgedruckt in: Manoschek, S. 18.

5/ Die Ziffern sind in zahlreichen Internet-Einträgen in deutscher, englischer und serbokroatischer Sprache zugänglich; teilweise werden auch bedeutend höhere Angaben gemacht. Die hier angeführten Zahlen sind die Untergrenze; sie wurden von der durch die Deutschen eingesetzten serbischen „Regierung der nationalen Rettung“ erstellt.

6/ Trotz der notwendigen Korrekturen der Zahlenangaben, die von der Gedenkstätte Jasenovac mittlerweile vorgenommen wurden, ist das nach wie vor gültige Standardwerk: Vladimir Dedijer: Jasenovac – das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan. Freiburg i. B. 2011.

7/ Unter Bosniaken werden die muslimischen BewohnerInnen von Bosnien-Herzegowina verstanden.

8/ Während sogar Vertreter der „volksdeutschen“ und italienischen Minderheiten in Slowe-

nien und Kroatien nach Jajce gekommen waren, war unter den 142 Delegierten kein einziger Vertreter der Kosovo-Albaner. Das Museum in Jajce, ein Symbol des jugoslawischen Gesamtstaats, wurde Mitte der 1990er Jahre im Zuge der – von wechselseitigen Zerstörungen von Kulturgütern aller drei Bürgerkriegsparteien begleiteten – Kämpfe in diesem Teil Bosniens verwüstet. Es ist seit 2008 wieder zugänglich. Die einzelnen Teile der neuen Ausstellung wurden 2011 von den Nachfolgestaaten Jugoslawiens autonom gestaltet und vermitteln damit ein beredtes Bild des unterschiedlichen Umgangs mit dem Erbe des Partisanenkampfs. In künstlerisch gestalteten Sonderausstellungen wird beispielsweise auch auf die Rolle der Frauen im Partisanenwiderstand eingegangen. – Die Auswirkungen der zweiten Tagung des AVNOJ auf Slowenien wurde ausführlich dargestellt von: Mirko Messner: Zur Geschichte der AVNOJ-Beschlüsse, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 9. Jg. (2002), Nr. 1, S. 1–4.

9/ Manoschek, S. 166.

10/ Ebd., S. 167.

11/ Ebd., S. 169–184.

12/ Report on the Crimes of Austria and the Austrians Against Yugoslavia and Her Peoples. Belgrad 1947.

13/ Die strategischen Planungen des deutschen Kapitals zur Nutzung Südosteuropas als Rohstoffbasis sowie der Übergang von der „friedlichen Durchdringung“ zur militärischen Aggression waren mehrere Jahrzehnte hindurch Gegenstand intensiver Forschungen von Wirtschafts- und Militärhistorikern der DDR. Deren Forschungsergebnisse werden auf wenigen Seiten zusammengefasst in der Einleitung zu: Martin Seckendorf (Hg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941–1945). Berlin–Heidelberg 1992 (Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6), S. 18–32.

14/ Zit. in: Janusz Piekalkiewicz: Krieg auf dem Balkan 1940–1945. München 1984, S. 13f.

15/ Hubatsch, S. 124.

16/ Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942 in 3 Bänden, hg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Bd. II: Von der geplanten Invasion Englands bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1.7.1940–21.6.1941). Stuttgart 1962, S. 49, zit. in: Jürgen Förster: Hitlers Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion, in: Horst Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion. Frankfurt/M. 1991, S. 38.

17/ Abgedruckt in: Piekalkiewicz, S. 68.

18/ *Völkischer Beobachter*, Wiener Ausgabe, 29.3.1941, S. 1 und 2.

19/ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XXVIII. Nürnberg 1948, S. 21ff. (Dok. 1746-PS).

75 Jahre Überfall auf Jugoslawien

Gedenkveranstaltung mit Ottwald John, Walter Manoschek, Gabi Schmoll, Gitta Tonka, Rudi Burda und Friedl Garscha



„Kruh in Svoboda“ („Brot und Freiheit“). Mit dem Kärntner Ensemble **Praprotnice**

Samstag, **9. April 2016**, 17.00
Volkshochschule Hietzing
Hofwiesengasse 48, 1130 Wien



Eine Veranstaltung des Wiener KZ-Verbands mit dem Verband der Kärntner Partisanen (*Zveza Koroških Partizanov*) in Kooperation mit der VHS Hietzing

Linker Boulevard

Stadtrat und Chefredakteur der „Wr. Neustädter Nachrichten“

ERICH SAMECK

Erich Sameck wurde am 31. August 1928 in Wiener Neustadt geboren. Sein Vater Gustav war Kompaniekommandant des Republikanischen Schutzbundes, der nach dem Februar 1934 zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde. Nach der Schule absolvierte Erich Sameck eine kaufmännische Lehre in den Flugzeugwerken. Im Jänner 1945 zur Wehrmacht eingezogen, desertierte er vor Kriegsende. Im Juli 1945 Beitritt zur Freien Österreichischen Jugend (FÖJ) und KPÖ. Nach kurzzeitiger Tätigkeit als Kulturreferent im Raxwerk und als Sekretär der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft (ÖSG) in Wiener Neustadt wurde Sameck 1949 Redakteur der „Wr. Neustädter Nachrichten“, die er bis 1985 als Chefredakteur leitete und die in jenen Jahren zur meistgelesenen Zeitung der Region aufstiegen. Von 1964 bis 1986 war er Gemeinderat, von 1967 bis 1970 auch Stadtrat in Wiener Neustadt. Er ist bis heute in der KPÖ aktiv. Vorliegender Text beinhaltet Auszüge aus einem längeren Erinnerungsmanuskript, das uns Erich Sameck zur Verfügung gestellt hat (Bearbeitung: Manfred Mugrauer).

Vorgängerblatt der wöchentlich erscheinenden *Wr. Neustädter Nachrichten* waren die von der Bezirksleitung der KPÖ herausgegebenen *Stadt- und Bezirksnachrichten*, die von Karl Flanner und Franz Leitner, damals Parteiobmann und Vizebürgermeister, initiiert worden waren. Schon während meiner Arbeit für die FÖJ und meinem zweijährigen Maturakurs in Wien lieferte ich regelmäßig Artikel für die *Stadt- und Bezirksnachrichten*. Ich erregte damit bei Leitner eine gewisse Aufmerksamkeit, die alsbald im Vorschlag gipfelte, von der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* in die Bezirksleitung der KPÖ zu wechseln, als festangestellter Redakteur.

Blicke ich heute auf die Anfangsphase der *Wr. Neustädter Nachrichten* zurück, die von den Lesern zunächst als 10-Groschen-Revue und später als die „Prawda“ titulierte wurden, so sehe ich ein Blättchen mit großen Unzulänglichkeiten. Form und Inhalt sind Beweise für ein Machwerk, dem journalistische und

technisch professionelle Qualität deutlich abging. Ein Redaktionskomitee, welches neben organisierter Mitarbeit für Vorschau und Kritik zuständig gewesen wäre, gab es nicht. In groben Zügen verständigte ich mich mit Leitner über den Gegenstand der jeweiligen Folge, sammelte zufällig Hereingekommenes, überarbeitete es und fabrizierte natürlich auch Einiges. Grundsatzfragen wurden übergangen. Der Flachdruck in der Neunkirchner Mora-Druckerei widerspiegelte den Mangel an einem sorgfältig gestalteten Zeitungsbild. Da die Textzeilen buchstabenweise mit der Pinzette in das „Schiff“ für den Druckrahmen zusammengefügt werden mussten, zog sich der Umbruch, die Fertigung vor dem Druck, manchmal bis in die späte Nacht hinaus. Aufgrund des erweiterten Umfangs, im Lauf der Jahre steigerte er sich von 16 auf 50 Seiten, wurde der Druckort schließlich in die Globus-Druckerei der KPÖ in Wien verlagert.

Die angepeilte Leserschaft riss jeden Freitag den freiwilligen Zustellern und den Trafikanten die „Prawda“ aus der Hand. Sinnleich hatte man uns mit dieser Bezeichnung den kommunistischen Hintergrund aufs Auge gedrückt. Dass „Prawda“ in Russland für Wahrheit steht, wussten nur wenige. Mit der Wahrheit, soweit uns die Informanten nicht bewusst „legten“, hielten wir es sehr genau. Und das war unsere besondere Stärke. Was die Leser anderswo nicht erfuhren, bei uns konnte man es finden. Die Aufdeckung, den Tratsch, die Hinweise auf Praktisches! Leserbriefe, die zu Artikeln umgearbeitet wurden, mehrten sich, Fühlungsnahmen wurden erleichtert, mit der Herstellung von Verbindungen hatte ich Anfangsschwierigkeiten überwunden. Die Auflage stieg und stieg und stieg. Wir erreichten einen Leserkreis, der sich weit über die deklarierten Kommunisten hinauszog.

Der Einblick der Öffentlichkeit in das Rathausgeschehen war nur über die WNN gesichert. Wie die Kommunisten dort auftraten – es waren damals noch sieben –, wie sie mit dem Finger auf Lebensmittel- und Wohnungsschiebereien, auf Personaldruck und Mauscheleien mit der Clique um den ehemaligen Heimwehr-Bürgermeister Hans Zach

zeigten, in unserer Wochenzeitung war es zu lesen. Die WNN wurden zum Pranger – kein mittelalterlicher, ein neuzeitlich notwendiger.

Die folgende Zeit bis 1956, als ich für ein Jahr zu einem Studium zur Hochschule für Gesellschaftswissenschaften, der Parteiakademie, in Moskau entsandt wurde, war ich in der Zeitung und im Parteiapparat eingespannt. Der Zeitungsumfang wurde auf Grund des weiterhin steigenden Absatzes verstärkt, die Gliederung des Blattes verbessert. Ich begann Fäden zu unzufriedenen Funktionären der anderen Parteien zu knüpfen. Das brachte Informationen, die sonst nicht zugänglich gewesen wären. Solches Insiderwissen, in den WNN möglichst sensationell dargelegt, machte uns zur Nummer eins auf dem lokalen Medienmarkt. Wir legten uns keine Masche für Unabhängigkeit zu, unser kommunistischer Hintergrund war eindeutig. Die übergroße Masse der Wähler war zwar weiterhin nicht Kommunistenfreundlich, an unseren Informationen war aber kein Vorbeikommen. Mit dem Inseratenaufkommen, eine besonders wichtige Finanzgrundlage für eine Zeitung, schaute es zunächst schlecht aus, der Zugriff aus der Leserschaft änderte auch dieses Problem. Die Geschäftswelt wurde aufmerksam, sah wesentliche Reklamemöglichkeiten durch uns und begann sie zu nützen. „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu“, das Sprichwort kam auch unseren Annoncenwerbern zugute. Die WNN, zwar rot, wurden dennoch „gesellschaftsfähig“. Die sich in der Entwicklung befindlichen Großmärkte führten den Konkurrenzkampf auf unseren Seiten. Preisvergleiche wurden über Anrufe vor Redaktionsschluss ausgefochten. X wollte wissen, welches Angebot Y in der nächsten Ausgabe feilbot. Und umgekehrt.

Die Entwicklung der WNN könnte man durchaus auch als eine Art „Lärmtrompete“ sehen. Entscheidend war unsere Machart: kein stur auf Parteilinie liegendes Blatt, sondern eine linke „Boulevardpostille“. Deshalb hatten wir auf dem Pressesektor sicherlich die Nase vorn, Monopol hatten wir aber keines. Es gab auch andere Wochenblätter: Von der SPÖ die *Gleichheit*, von der ÖVP die



Die Bezirksleitung der KPÖ Wiener Neustadt im Jahr 1951:
oben (von links): Karl Panzenböck, Josef Matzinger, Willi Halwax, Erich Sameck,
Franz Pusterhofer, unten: Hans Kohn, Franz Leitner, Kurt Jäger

Wr.-Neustädter Zeitung. Auseinandersetzungen gab es wöchentlich. Was es nicht gab, war eine Befetzung der Redakteure untereinander. Das unterschied uns von der Situation in anderen Bezirken. Die Parteileitungen von SPÖ und ÖVP waren über die geradezu freundschaftlichen Beziehungen der Redakteure der verschiedenen Blätter nicht sonderlich entzückt, ich kann sagen, dass ich deshalb mit meinen Genossen keine Schwierigkeiten hatte. Sie wussten: Es ging um die Sache und nicht um Leute. Besonders, als schließlich der *Gleichheit* die Luft ausging.

Schwerpunkt Kommunalarbeit

Da ich nun auch schon gewähltes Mitglied der Bezirksleitung und des engeren Sekretariats der Partei war, hatte ich nicht nur das Blatt am Hals, direkte Parteiarbeit war eine nicht unwesentliche Zusatzaufgabe. Erfolge und Schwächen waren zu analysieren. Als besonders wichtig stellte sich ein professioneller Einblick in die Kommunalarbeit dar. Ich versäumte keine Gemeinderatssitzung, habe mich mit den Finanz- und Rechenschaftsberichten vertraut gemacht und stieß nach und nach auf die Winkelzüge, mit welchen der Öffentlichkeit die Wahrheiten der Lastenverteilung zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung verschleiert wurden.

Das Geschehen im Rathaus und seine Vermittlung an die Leser der WNN stärkte einerseits die Auflage, andererseits nötigte es uns, dem Kapitel Kommunalpolitik größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es genügte nicht, die Abläufe der Gemeinderatssitzungen protokoll-

artig wiederzugeben, also sich mit einfachen Berichten zu begnügen, Alternativen waren gefragt. Unsere Fraktion mit Franz Leitner (bis zu seinem Abgang nach Wien), Karl Flanner, Franz Pusterhofer, Adolfine Adamovsky, Roman Kühne und Anton Schmeikal konnte nicht mehr ad hoc auftreten, die Situation erforderte ständige gemeinsame Durchforstungen der in den jeweiligen Sitzungen behandelten Tagesordnungen. Weil ich den Großteil der Resultate über das Blatt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen hatte, wurde ich quasi zu einem Teil der Fraktion. Haushalts- und Nachtragsvoranschläge lieferten bei genauer Betrachtung den Überblick zu den Vorhaben der SP-Rathausmehrheit. Ein unbedingter Verlass auf diese Ziffern war natürlich nicht gegeben, weil Bürgermeister Rudolf Wehrl und seine Finanzexperten solche Fakten, die der Bevölkerung ans Mark gingen, mit vielfältigsten Tricks in den Budgets auseinanderdividierten, in nicht zuständigen Abteilungen versteckten oder sie ganz einfach „in die Lade legten“, um sie beim Nachtrag mit harmloser Miene als plötzliche Notwendigkeit zu präsentieren.

Solche Spielchen rechtzeitig zu erkennen und im Gemeinderat zur Sprache zu bringen, war keine Selbstverständlichkeit. Vieles wurde erkannt und beim Namen genannt, noch viel mehr ist mit Sicherheit übersehen worden. Das notwendige Zusammenwirken ist leider nur zu oft auf der Strecke geblieben, weil es an der Einsicht in eine Praxis mangelte, für die ein besseres Fachwissen erforderlich gewesen wäre. Diese Lernjahre wa-

ren für mich ungeheuer wichtig, denn als ich dann selbst, einige Jahre später, im Gemeinderat und im Stadtsenat tätig wurde, war ich weit besser gerüstet als die Herrschaften von den anderen Fraktionen.

Am 1. Juli 1964 kam es auf der Autobahn von Wien nach Wiener Neustadt zu einem folgenschweren Unfall. Drei Tote. Direkt aus unserer Mitte: Roman Kühne, der KPÖ-Bezirkssekretär Josef Matzinger und Adolfine Adamovsky, die seit 1945 eine bienenfleißige Gemeinderätin war, stadtbekannt und überaus beliebt. Wir waren fassungslos. Der Tod von Adamovsky machte eine Neubesetzung ihres Mandats im Gemeinderat notwendig. Nach einer längeren Bezirksleitungssitzung entschieden sich die Mitglieder mit großer Mehrheit, mir das Gemeinderatsmandat zu übertragen. Damit war ich nunmehr nicht nur Berichterstatter über den Kommunalsektor, ich hatte jetzt auch daran teilzunehmen.

Soweit die öffentlichen Sitzungen widergespiegelt wurden, musste es von der SP-Mehrheit zur Kenntnis genommen werden. Zähneknirschen verursachten ihr aber die Artikel, wo über die Ausschussarbeit aus der Schule geplaudert wurde. Ausschussdebatten waren laut Statut „nichtöffentlich“, durften nicht Gegenstand von Informationen sein. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir aber auf Grund der Mandatszahl ein Fraktionsgewicht, mussten zu den Ausschüssen beigezogen werden, und der Presseniederschlag war unausweichlich. Die Wahrheit war nicht zu dementieren. Dass auf diese Weise meine Aktivitäten auf dem Gemeindegebiet ebenfalls herausgestrichen wurden, hat meiner Popularität nicht geschadet.

Notwendig ist auch zu bemerken, dass wir die so genannten Mandatarsdiäten keineswegs in unsere Taschen steckten, sondern getreulich an die Parteikasse abliefern. In den anderen Fraktionen wurde dies keineswegs praktiziert. Ein Mandat war für deren Mitglieder eine bemerkenswerte finanzielle Aufbesserung.

Stadtrat von Wiener Neustadt

In der Redaktion der WNN arbeitete ich weiter Seite an Seite mit Sepp Kaiser, der bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1979 das Sportressort kenntnisreich, gewissenhaft und immer verlässlich leitete. Schon vor seiner Zeit in Bruck an der Leitha, wo er als Bezirkssekretär tätig war, hatten wir einen „guten Draht“ zueinander, nunmehr entwickelte sich eine enge Freundschaft, die bis zu seinem Tod 2003 durch nichts getrübt worden

ist. Mit fast gleicher Gewichtung ging die Tätigkeit im Rathaus vonstatten.

1967 wurde eine Umbesetzung unseres Mandats im Stadtsenat aktuell, denn Franz Pusterhofer wollte dort aus Altersgründen ausscheiden. Das alles spielte sich zu einem Zeitpunkt ab, der von der Zunahme der politischen Spannungen in der Partei gekennzeichnet war. Als Nachfolgekandidaten für Pusterhofer im Stadtsenat wurden Zottl, Flanner und ich „gehandelt“. Zottl war Bezirks- und Landesobmann der KPÖ, Flanner war in Wien als Sekretär der niederösterreichischen Angestelltenfraktion tätig, mich bot meine Doppelfunktion (Chefredakteur und Kommunalfachmann) an. Ein Stadtratsmandat hätte Zottl als Landesobmann überfordert. Wäre die Wahl auf Flanner gefallen, hätte Zottl den Bezirksohmann an ihn abgeben müssen. Eine Auseinandersetzung schien nicht zweckmäßig, weil wir uns in der politischen Grundhaltung einig waren, man zählte uns zum Lager der „Revisionisten“. Den Ausschlag gab der Landessekretär der Partei Josef Meisel, ein Taktierer aus Wien. In den Stadtsenat wurde 1967 ich entsandt. Einstimmig.

Als Stadtrat boten sich mir eine Reihe zusätzlicher Möglichkeiten, solche Einblicke in die Beschlusskette des Gemeindebetriebes zu erhalten, die aufgrund ihres finanziellen Volumens das Stadtparlament nicht passieren mussten. Das schmälerte keineswegs die Bedeutung der Vorlagen, die dem höchsten Gremium der Stadtverwaltung zur Lösung anstanden. Ich hatte Gelegenheit, unseren Standpunkt dazu darzulegen, ihre Bedeutung für die Bevölkerung zu analysieren und den Ablauf der Debatten, obwohl vom Gemeindestatut nicht vorgesehen, zu veröffentlichen. Bürgermeister Hans Barwitzus versuchte zwar immer wieder, mir dabei Einhalt zu gebieten, aber seine Einwände stießen bei mir auf taube Ohren. Aushebeln konnte er mich auch nicht, denn mein Mandat war durch Wählergunst gesichert. Als amtsführender Ressortleiter wurde mir das Stadttheater übertragen. Ein Aufgabengebiet, mit dem man zwar den Stadt- (sprich SP-)Interessen keine sonderlichen Schwierigkeiten bereiten konnte, da mein Einvernehmen mit dem Amtsleiter Kurt Wehrl, einem Sohn des vormaligen Stadtoberhauptes, ein sehr Gutes war, gelang es mir doch immer wieder, starke Einflüsse auf die Programmgestaltung auszuüben. Sie bedurfte zwar meiner schriftlichen Genehmigung, doch der Bürgermeister hatte das im Statut veran-

kerte Recht, sie zu kippen, weil ein Stadtrat dort als sein „Gehilfe“ definiert war. Zu einem solchen Schritt kam es jedoch nie. Bei der Austragung unserer politischen Differenzen ging es im Stadtsenat und im Gemeinderat oft beinhart ans Eingemachte, aber ansonsten war mein Verhältnis mit dem SP-Spitzenmann durchaus zivilisiert.

Der Sitz im Stadtsenat bot noch einen anderen Vorteil. Ich konnte an allen Ausschusssitzungen teilnehmen. Nicht mit Stimmrecht, aber meine Einwände mussten zur Kenntnis genommen werden. Dass sich daraus zusätzliche Materialien für die WNN ergaben, liegt auf der Hand. Ein ständiges „am Ballbleiben“ war ebenso erforderlich. Wenn ich meine Einblicke maximal ausnützen wollte, musste ich den Dingen mit direkten Informationen und mit Hilfe einer umfangreichen Sachliteratur auf den Grund gehen. Das kostete Zeit, war aber unumgänglich.

Besonders in zwei Ausschüssen mussten sich die Herrschaften von den großen Gruppierungen regelmäßig entblößen. Im Finanzausschuss und im Kontrollausschuss. Lagen mir im ersten die künftigen Vorhaben samt den Packeleien darüber schwarz auf weiß vor, wurde im Kontrollausschuss über die Verschiebungen, das Fallenlassen, die Nichteinlösung von Versprechungen und die Überziehung von Voranschlägen Tacheles geredet. Lautstark und mit Nachdruck. Oft zeigte sich dabei, dass nur ein Bruchteil der Ausschussmitglieder wusste, worum es in Wahrheit ging.

Auseinandersetzungen in der KPÖ

In den Jahren der „Parteikrise“ ab 1968 war Wiener Neustadt ein Zentrum der Auseinandersetzungen. Als Mitglied der Landesleitung und des Politischen Sekretariats dieses Gremiums stand ich mit anderen Gleichgesinnten, an der Spitze Peter Zottl, im niederösterreichischen Zentrum der Richtungskämpfe. Nicht nur in Österreich, aber hier ganz besonders, wurden die Nachrichten aus der Tschechoslowakei zum Signal, ebenfalls tschechische Wege anzuvisieren. Mit einer Abordnung von Lokalredakteuren der Wochenblätter des Globus-Verlags fuhren wir damals nach Bratislava, um Gespräche mit führenden Vertretern des neuen Kurses zu initiieren. Die Veröffentlichung der dort gewonne-



Erich Sameck, Chefredakteur der „Wr. Neustädter Nachrichten“ und Gemeinderat von Wiener Neustadt 1964–1985, im Oktober 2011

nen Informationen erwiesen sich als zusätzliche Streitpunkte.

Der Streit über die Einschätzung des „Panzerkommunismus“, wie Ernst Fischer kurz darauf die tschechoslowakische Frage nannte, flammte in allen kommunistischen Organisationen wie ein Steppenbrand auf. Einer der Zündpunkte in Wiener Neustadt war die von Zottl, Flanner und mir unterzeichnete Protesterklärung, die in den WNN nach dem Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes in Prag im August 1968 erschien. Hierin verurteilten wir diese Aktion in schärfster Weise als unkommunistisch und einem Brudermord gleichzusetzendes Verbrechen. Wer einen österreichischen Weg zum Sozialismus als eine unumgängliche Vision im Auge hätte, könnte mit Schritten, wie sie in unserem Nachbarland vor-demonstriert werden würden, unter keinen Umständen einverstanden sein.

Obleich sich die Parteiführung zunächst scheinbar einhellig gegen die Art der Zerschlagung des Prager Frühlings aussprach, wurde für uns in den Landes- und Bezirksorganisationen bald offenkundig, dass von einer Geschlossenheit in Wahrheit keine Rede sein konnte. Schrittweise wurde taktiert, die einheitliche Verurteilung zerbröckelte. Wiener Neustadt bildete dabei keine Ausnahme. Schließlich wurde Zottl bei einem Landesparteitag als Obmann abgewählt, ich hatte schon vorher aus Protest gegen die sich abzeichnende Entwicklung meine Funktionen in der Lan-

desleitung und im Landessekretariat zur Verfügung gestellt.

Die Bombe platzte, als die neue Mehrheit in der Landesleitung eine Auflösung der Bezirksleitung Wiener Neustadt verfügte. Ein Provisorium wurde eingesetzt, dem ich nicht angehören wollte. Die Schlüssel der Bezirksleitung wurden ausgetauscht. Parteiausschlussverfahren wurden eingeleitet. Nicht gegen mich. Mein Sitz im Stadtsenat, welcher der Partei damit verloren gegangen wäre, war den nunmehrigen Machern doch zu kostbar. Da die Redaktion im Bürokomplex in der Kollonitschgasse integriert war, wurden Sepp Kaiser und mir mit großer Unlust die neuen Schlüssel ebenfalls ausgehändigt. Nicht nur mein Mandat ließ ein Vorgehen gegen uns als überzogen erscheinen, auch die Gestaltung der WNN von neuen Leuten aus der „alten Garde“ war über Nacht nicht zu bewerkstelligen. Zumal es keine gab, die dazu imstande gewesen wären.

Dazu kamen die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen 1970, die natürlich mit für uns ungünstigsten Voraussetzungen abliefen. Alle antikommunistischen Parolen waren durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei ein weiteres Mal aufgefrischt. Obwohl die KP-Mandatare im Gemeinderat und Stadtsenat ihre Eigenständigkeit behauptet und sich für einen österreichischen Weg der KPÖ ausgesprochen hatten, war die Verteidigung unserer Sitze im Rathaus ein vergebliches Bemühen. Alle Hinweise auf die Notwendigkeit einer echten Opposition und die Durchleuchtung der Geschehnisse waren vergeblich. Wir verloren mehr als die Hälfte der Stimmen von 1965 und mein Stadtratsmandat. Im Gemeinderat verblieben Flanner und ich. Flanner schied kurz darauf aus und wechselte in den Gemeindedienst als einer der Archivare.

Abwerbeversuche

In den SP- und VP-Leitungen wurden die internen Auseinandersetzungen bei uns mit großem Interesse registriert. Da ich meine Haltung dabei nicht im Unklaren ließ, schien der Zeitpunkt gekommen, um einige Abwerbeversuche zu starten. Überall anders, so waren die Köder ausgelegt, wäre ich lieber gewesen, als im Wiener Neustädter Gemeinderat. Rudolf Marwan-Schlosser von der schwarzen Riege bot mir mehrmals an, zur WNZ, dem Lokalorgan der VP, als Chefredakteur mit deutlich höheren Bezügen zu wechseln. Ich habe es als lächerlich abgetan.

Aber auch der Neudörfler Bürgermeister und Landesfunktionär der burgenländischen SP Josef Posch ließ von sich hören. Ihn hatte ich anlässlich eines Pressefluges nach London kennengelernt. Mit von der Partie war damals Erich Schimmerl, vormals Chefredakteur beim burgenländischen Landesorgan der KPÖ, der zur *Burgenländischen Freiheit*, der tonangebenden SP-Presse, gewechselt war. Nach unserem Wahldesaster suchte Posch eine Zusammenkunft mit mir und schlug dabei vor, ich solle mich mit dem späteren Bundeskanzler Fred Sinowatz, der zu diesem Zeitpunkt burgenländischer Landessekretär der SP war, zusammensetzen, um über einen Einstieg bei ihrem Landesorgan zu reden. Man würde mir den Posten des Chefredakteurs mit entsprechenden Bezügen und einem Dienstauto anbieten. Ich müsste zwar nicht der SPÖ beitreten, aber das Gemeinderatsmandat der KPÖ in Wiener Neustadt wäre gleichzeitig nicht möglich. Mir war klar, was ein solcher Schritt bedeutet hätte: Käuflichkeit, die Abkehr von meiner politischen Gesinnung. Ich ließ Posch ausrichten, mit mir wäre nicht zu rechnen. Ein Gespräch mit Sinowatz erübrige sich.

Viele Jahre später, schon nach meiner Pensionierung, traf ich Posch in Neudörfel bei einem Heurigen. Und im Verlauf der Plauderei sagte er plötzlich inmitten von Zeugen: „Du bist schön deppert gewesen, diesen Job nicht anzunehmen. Abgesehen von der Zeitungsarbeit hättest du auch in der Partei eine tolle Karriere machen können.“ „Lieber Pepi“, sagte ich, „und bis heute würde mir schlecht werden, wenn ich in den Spiegel schaue.“

„Meistgelesenes Lokalblatt“

Als infolge einer Pressereise nach Irland ein Artikel von mir im Buch „Mit VW auf Reisen“ erschien, wurden die WNN hierin folgendermaßen vorgestellt: „Die WNN, 1948 wiedergegründet und seither zum meistgelesenen Lokalblatt der Region Wiener Neustadt ausgebaut, sind ein Erzeugnis des Globus-Verlags, Als stark expandierender Inseratenträger



Die letzte Ausgabe der WNN mit Sameck als Chefredakteur

Den Wählern der Kommunisten und Linkssozialisten insbesondere und allen Wiener-Neustädtern wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 1985 in Gesundheit

ERICH SAMECK,
Gemeinderat

wird diesem Blatt aus der Geschäftswelt immer mehr Aufmerksamkeit zuteil. In Wiener Neustadt hat sich die Zeitung vor allem deshalb durchgesetzt, weil sie konsequent die Lokalnachricht in allen ihren Varianten pflegt und nicht davor zurückscheut, Probleme scharf zur Debatte zu stellen. In der Zeit ihres Bestandes mussten drei andere Lokalblätter ihr Erscheinen einstellen.“

Aus gesundheitlichen Gründen musste ich mich 1985 aufgrund einer Herzkrankheit, die mich erstmals 1969 in die Knie gezwungen hatte, von der Zeitung und vom Rathaus zurückziehen. Der Abgang von den WNN ist mir sehr schwer gefallen, das Mandat in der Stadtverwaltung gab ich auch höchst ungern auf. Von einem absoluten Rückzug konnte anfangs natürlich keine Rede sein, denn meine Bindungen zu Verbänden und Vereinen waren auf Ruckzuck nicht einfach zu kappen. Mein Rat in den WNN war weiterhin gefragt.



Kurt Neumann

Ein vergessener Kämpfer um die Volksfront in Österreich 1937/38

HEIMO HALBRAINER

In einem Bericht an den Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitrow, schrieb Oskar Grossmann, der damalige Leiter der Pariser Gruppe der KPÖ, im Herbst 1940: „In Bezug auf den imperialistischen Krieg und seine Ausweitung in den Weltkrieg, sowie in Bezug auf die Friedens- und Neutralitätspolitik der SU herrscht bei unseren Freunden vollkommene Klarheit. [...] Wir haben nur vereinzelte Fälle, die diese Politik nicht verstanden und sogar zur Reaktion überliefen. Im ersteren Falle handelt es sich um den langen Grazer Journalisten, den der Pakt mit D. [Deutschland], die Ereignisse in Polen und Finnland vollkommen verwirrten und der erst wieder beim Friedensschluss der SU mit Finnland ein wenig zu sich kam, aber nach wie vor mit großen Unklarheiten nach Mexiko fuhr.“¹ Der hier erwähnte Grazer Journalist war Kurt Neumann, der – wie es in einem Bericht der Gestapo Wien vom 17. Juni 1938 heißt – von Prag nach Paris geflohen war: „Vertraulich wurde bekannt, dass die nach Paris geflüchteten Führer der KPÖ, darunter auch ein gewisser Kurt Neumann aus Graz, sich zu einem Komitee zusammengeschlossen haben.“²

Die Linke in Graz

Kurt Neumann wurde am 7. Juli 1902 als erstes Kind des k.k. Baurats Hofrat Ing. Robert Neumann (1866–1933) und seiner um 16 Jahre jüngeren Frau Else in Judenburg geboren. In einem Interview im Jahr 1978 fasste er seine Kindheit und frühe Jugend knapp und lakonisch zusammen: „Geboren in Judenburg, Steiermark, im Juli 1902. Vater: Ingenieur im Dienste der Landesregierung. Erster Eindruck vom Vater: Der Pudel Cäsar fiel in einen Kanal des Elektrizitätswerkes, aber der allmächtige Vater stellte das Werk ab, und der Pudel wurde in letzter Minute gerettet. Volksschule in Marburg an der Drau. Gewöhnliche Kämpfe zwischen Deutschen und Slowenen. In der Schule Knabendummheiten. [...] Mittelschule und Matura in Graz, unterbrochen durch ein Jahr in der Marineakademie. Dann habe ich zwei Jahre in Leipzig studiert, auf der Welthandelshochschule, und hab das Studium in Wien beendet und bin dann Diplomkaufmann gewor-

den.“³ Im Anschluss daran studierte er an der Juridischen Fakultät der Universität Graz und erwarb mit der Arbeit „Untersuchungen zur Lehre von der Steuerüberwälzung unter besonderer Berücksichtigung der Dogmengeschichte“ 1926 den Dokortitel in Staatswissenschaften.⁴

Bereits während der Studentenzeit hat sich Kurt Neumann den Sozialistischen Studenten angeschlossen, bei denen auch seine Freunde, die Brüder Otto und Walter Fischer, zum Teil führend aktiv waren.⁵ Als Ernst Fischer, der dritte der Fischer-Brüder, im Frühjahr 1927 von der Grazer Redaktion der sozialdemokratischen Tageszeitung *Arbeiterwille* nach Wien zur *Arbeiter-Zeitung* wechselte,⁶ schlug er Kurt Neumann als seinen Nachfolger vor. So wurde Neumann zunächst Redakteur und ab 1931 stellvertretender Chefredakteur des *Arbeiterwillen*. Als ab Jänner 1932 in Graz das *Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks* erschien, zeichnete Neumann auch als leitender Redakteur für dieses Blatt verantwortlich.

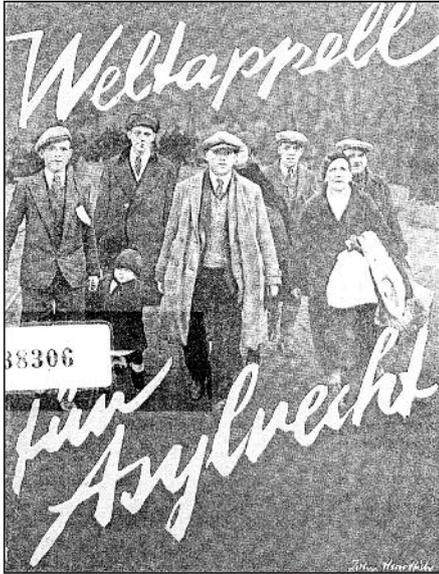
Ab Anfang der 1930er Jahre häuften sich in der Steiermark die Zusammenstöße zwischen den Linken (Sozialisten und Kommunisten) und der Heimwehr bzw. den Nationalsozialisten. Die Heimwehr forderte die faschistische Umgestaltung des Landes, der Judenburger Heimwehrführer Walter Pfrimer unternahm 1931 einen Putschversuch, und an den Universitäten kam es immer wieder zu Übergriffen nationalsozialistischer Studenten.⁷ In diesem Klima entstand in Graz die Sozialistische Jungfront, die sich als Linke innerhalb der Sozialdemokratie verstand. In ihr waren Neumanns Jugendfreunde Ernst, Walter und Otto Fischer führend tätig und auch Karl Schiffer, Willi Scholz, Primus Unterweger und Ditto Pölzl. Kurt Neumann sympathisierte mit der Jungfront.

In dem monatlich erscheinenden *Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei* finden sich daher immer wieder Beiträge von Mitgliedern der Jungfront, die etwa in der Juni-Ausgabe 1932 forderte: „Der Sache des Sozialismus mit ganzer Seele zu dienen, den Kampf gegen die kapitalistische Welt mit aller Leidenschaft zu führen und für diesen Kampf die ganze Jugend des Volkes zu gewinnen, das sind

die Ziele, die sich die in der Jungfront nun zusammengeschlossenen Verbände der Grazer Arbeiterjugend, der Sportler, der Hoch- und Mittelschüler gestellt haben. Dem Ziel, die jungen Menschen vor allem den Hakenkreuzbetrüggern zu entreißen und sie mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß ihr Leben nur einen Sinn und Zweck hat, wenn es gelingt, den Sozialismus noch unserer Generation zu erobern, wird die Jungfront zunächst ihre ganze Kraft widmen.“

Als es im Jänner 1934 zu einem Umbau der Arbeiterkammer kam,⁸ mit dem Ziel, die Sozialdemokratie zu entmachten, führte das seitens der sozialdemokratischen Parteiführung lediglich zu Protesten. Die Jungfront rief deshalb zur Bildung von Arbeiterräten und zum Losschlagen auf: „Jeder Streik in Österreich ist für euch überall das Signal zur gleichen Tat, jede Verhaftung eines Vertrauensmannes der Beginn für eine durchgreifende Aktion, jeder blutige Zusammenstoß in einem Orte in Österreich das Zeichen und die Aufforderung zu eurem Vorstoß. [...] Setzen wir an die Stelle der Diktatur des Faschismus die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern! Folgt den Parolen der Linken! Vorwärts! Es ist Zeit!“⁹

Einen Monat später, am 12. Februar 1934, war es dann soweit. Nachdem man in Graz von den Kämpfen in Linz erfahren hatte, verfasste Kurt Neumann um die Mittagszeit die letzte Ausgabe des *Arbeiterwillen* mit dem Aufruf: „Alarm. Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus! Generalstreik in ganz Österreich ausgerufen!“¹⁰ Danach war er dem Hauptquartier der Parteileitung in der Nähe des Bahnhofs in den Räumen der Eisenbahnerbank zugeteilt. Da die Gendarmerie und andere Einheiten als erstes das Gebiet um den Bahnhof besetzten, war die Führung vollkommen eingekreist und bekam nichts von dem mit, was sich an den einzelnen Schauplätzen der Kämpfe in Graz, der Steiermark und Wien abspielte: „In der Früh haben sie mich aufgefordert, herauszubekommen zu versuchen, was sich in Wien ereignet hat. Also ich bin zum Bahnhof und hätte einen Zug nehmen sollen. Aber da der Generalstreik dort funktioniert hat, gab es keinen Zug.“



Von Kurt Neumann 1936 verfasste Broschüre „Weltappell für Asylrecht“

Am Bahnhof wurde Kurt Neumann festgenommen, und die Staatsanwaltschaft Graz leitete gegen ihn ein Strafverfahren wegen des Verdachts des Aufbruchs ein.¹¹ Er sollte als „Rädelsführer“ dem Standgericht übergeben werden. In der Vernehmung verantwortete er sich: „Ich habe mich natürlich damit verteidigt, dass ich gesagt habe, ich habe den Generalstreik-Auftrag befolgt und habe nicht gearbeitet und nichts geschrieben.“ Da alle im Zuge der Voruntersuchung vernommenen Drucker angaben, sie wüssten nicht, von wem das Manuskript für den Aufruf stamme, musste die Staatsanwaltschaft am 28. April 1934 feststellen, dass sie keinen Beweis habe, „dass der Besch. Dr. Neumann eine hochverräterische Tätigkeit entwickelte“. Daher wurde das Verfahren am 5. Mai 1934 eingestellt.¹²

Im französischen Exil

Nach der Freilassung schloss sich Kurt Neumann – wie viele andere Mitglieder der Jungfront – der bereits seit einem Jahr verbotenen Kommunistischen Partei an. Für die KPÖ gab Neumann gemeinsam mit Erwin Zucker-Schilling bis Mai 1935 in Wien das Zentralorgan der KPÖ, die *Rote Fahne*, heraus.¹³ Während Zucker-Schilling im Mai 1935 nach zahlreichen Verhaftungen im Umfeld der Parteispitze¹⁴ nach Prag floh, wo auch das Zentralkomitee der KPÖ saß und wo fortan die *Rote Fahne* erschien, ging Kurt Neumann nach Paris, wo er unter dem Namen „Harry Olten“ zunächst innerhalb des *Comité mondial contre la guerre et le fascisme* aktiv wurde. Dieses offiziell überparteiliche Komitee war 1932 vom deutschen Kommunisten und

Verleger Willi Münzenberg im Auftrag der Kommunistischen Internationale initiiert worden und wurde von den französischen Schriftstellern Henri Barbusse und Romain Rolland geleitet.¹⁵ Im Umfeld von Münzenberg entstanden zudem eine Reihe weiterer Vereinigungen und Hilfsorganisationen,¹⁶ die es sich u.a. zur Aufgabe machten, die internationale Öffentlichkeit über die nationalsozialistischen Verbrechen zu informieren; etwa mit den *Braunbüchern*.¹⁷ Im Umfeld dieser Komitees wurde Kurt Neumann aktiv: „In Frankreich habe ich mit der Roten Hilfe und anderen kommunistischen Organisationen sowie mit französischen radikalsozialistischen und anderen antifaschistischen Gruppen in einer Volksfront gegen Hitler und Mussolini zusammengearbeitet. Meine Aufgabe war es, Komitees mit bedeutenden Leuten gegen Hitler und auch Mussolini zu gründen. In Paris habe ich ein Komitee gegründet mit bedeutenden Schriftstellern. Ich wurde nach London geschickt, wo ich versucht habe, ein Komitee zu gründen mit führenden Mitgliedern der Lordkammer und Parlamentsabgeordneten. Ich bin von Attlee¹⁸ empfangen worden und einer Reihe anderen. Alle haben zugestimmt, dass man was gegen Hitler unternehmen sollte. [...] Solche Reisen habe ich auch gemacht in skandinavische Länder.“

Da die Situation für die deutschen Flüchtlinge – vor allem für jene, die illegal ins Land gekommen waren – in Frankreich sehr schwierig war und Ausweisungen oft von der Laune und Gesinnung des jeweiligen Beamten abhingen, schlossen sich im November 1935 zahlreiche Organisationen zur *Fédération des Emigrés d'Allemagne en France* zusammen. Diese sandte eine vierköpfige Delegation unter der Leitung von Heinrich Mann zum Völkerbund nach Genf, wo sie ein Memorandum über die Lage der deutschen Emigranten überreichten.¹⁹ Am 20./21. Juni 1936 schließlich fand in Paris die „Internationale Konferenz für Asylrecht“ statt, an der zahlreiche internationale Organisationen teilnahmen und bei der für Österreich Julius Deutsch sprach. Dieser Konferenz lag umfangreiches Material vor, in dem u.a. die Tätigkeit des Völkerbundes auf dem Gebiet der Flüchtlingsfürsorge, die Asylrechtspolitik der einzelnen Staaten sowie die Lage der Flüchtlinge in diesen Ländern untersucht wurden. Als ein Ergebnis dieser Konferenz wurde der von Kurt Neumann unter dem Namen Harry Olten verfasste „Weltappell für Asylrecht“ veröffentlicht, worin die erschütternde

Situation der Flüchtlinge dokumentiert und auf dieser Faktenbasis ein „wahres Asylrecht“ gefordert wurde.²⁰

Für eine Volksfront in Österreich

1937 kehrte Kurt Neumann wieder in das durch das nationalsozialistische Deutschland bedrängte Österreich zurück. Die KPÖ bemühte sich in dieser Situation, eine Allianz zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit zu bilden, die über die Arbeiterbewegung hinaus auch katholische Kreise, Bauern und städtische Mittelschichten einschließen sollte. Während Alfred Klahr ab März 1937 im theoretischen Organ der KPÖ *Weg und Ziel* eine Artikelserie „Zur nationalen Frage“ veröffentlichte, in der er ein Zusammengehen aller pro-österreichischen Kräfte zur Abwehr der von Hitler-Deutschland ausgehenden Bedrohung vorschlug, verfasste Kurt Neumann unter seinem illegalen Namen Harry Olten die Broschüre „Kirche, Volksfront, Bolschewismus“.²¹ In ihr setzte er sich mit der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ auseinander, hängte die Volksfrontappelle der KPÖ an dieser Enzyklika auf und forderte: „Dem österreichischen Volk soziale Gerechtigkeit zu Teil werden zu lassen, es frei zu machen im eigenen Haus und frei zu machen nach außen, das ist die Aufgabe die zu vollbringen ist. Dazu bieten Hunderttausende kommunistische und sozialistische Arbeiter den katholischen Werktätigen, den katholischen Bauern brüderlich die Hand. Wer, der als freier Mensch und Österreicher leben will, kann es verantworten, diese Hand zurückzuweisen?“

Neumann hat zudem ab Herbst 1937 an der Gründung der vom Wiener Schriftsteller Otto Basil herausgegebenen Kulturzeitschrift *PLAN* führend mitgewirkt²² und Kontakt zum ehemaligen Minister Josef Dobretsberger aufgenommen, um eine antinationalsozialistische Zeitung – die *Neuen Österreichischen Blätter* – zu schaffen,²³ in der alle pro-österreichischen Positionen, von Vertretern der illegalen Arbeiterparteien bis hin zu Vertretern der *Vaterländischen Front*, zu Wort kommen sollten. Ursprünglich war das erste Erscheinen für Mitte Februar 1938 geplant,²⁴ doch kam die erste und einzige Ausgabe erst am 11. März 1938 heraus.

In einem Artikel, den Kurt Neumann unter dem Pseudonym Walter Traun 1941 in *The Beverly Hills Citizen* veröffentlichte, berichtete er über seine Bemühungen, gemeinsam mit Dobrets-

berger eine Volksfront zustande zu bringen.²⁵ In einem Interview gab er dazu an: „Ich war in Kontakt mit Professor Dobretsberger und anderen von der Vaterländischen Front, die mit der Idee einer Zeitung sympathisierten. Es war mir aber lange Zeit nicht gelungen, eine Bewilligung für die Zeitung zu bekommen. Aber schließlich, als die Hitler-Bedrohung immer stärker wurde, ist die Polizei gekommen und hat, statt mich zu verhaften, mir eine Bewilligung zur Herausgabe einer Zeitung überreicht. Ich habe dann an dieser Wochenschrift mit der Hilfe von anderen gearbeitet. Zwei Tage vor dem Erscheinen habe ich zufällig Frau Alma Mahler getroffen, Werfels Frau, die eine gute Freundin vom Schuschnigg war. Der habe ich von der Zeitung erzählt, die ich machen will. Sie war so begeistert, dass sie ihre Handtasche ausgeleert hat und mir ihr ganzes Geld gegeben hat. Den Vortag des Erscheinens der Zeitung habe ich mit dem Umbruch verbracht, und wie der Umbruch fertig war, bin ich zu einer Wohnung gegangen, wo ich mich mit Christlichsozialen treffen sollte. Aber da war niemand, und wie ich das Radio angedreht habe, habe ich gehört, dass die deutschen Truppen die Grenze überschritten haben.“

Flucht und Exil

Nachdem die Bemühungen, eine gemeinsame Front gegen den Nationalsozialismus zu schaffen, gescheitert waren, floh Neumann noch am Tag des „Anschlusses“ nach Prag, wo er die Führung der Exil-KPÖ traf. Im Mai 1938 gingen führende Funktionäre, unter ihnen auch Kurt Neumann, auf Grund der unsicheren Lage nach Paris, wo er zum einen weiter innerhalb der österreichischen Exilorganisationen tätig war und zum anderen damit begann, einen Roman über die Geschichte zwischen 1918 und 1938 mit dem Titel „Gefangen zwischen zwei Kriegen“ zu schreiben. In Paris begegnete er auch seiner späteren Frau, der US-Amerikanerin Jane L. Mead (d.i. Jane Straub), die sich nach der Internierung Neumanns als „feindlicher Ausländer“ nach Kriegsbeginn 1939 um dessen Freilassung bemühte.²⁶ Am 21. Februar 1940 erhielt Neumann schließlich die Erlaubnis, das Lager Meslay-du-Maine zu verlassen, um mit seiner Verlobten die Abreise in die USA vorzubereiten.²⁷ „Dann habe ich ein mexikanisches Visum gekriegt, das aber, wie viele dieser südamerikanischen Visa, nicht gültig war.“

Nachdem Kurt Neumann am 8. April 1940 New York erreicht hatte, bemühte er sich – wie er auch in einem Telegramm an das mexikanische Innenministerium angab – um einen dauerhaften Aufenthalt in den USA, da er eine US-Amerikanerin heiraten wolle.²⁸ Am 30. Mai 1941 heiratete Kurt Neumann schließlich Jane Straub, die Schwägerin des Hollywood-Drehbuchautors Allan Scott.²⁹ In der ersten Zeit in den USA arbeitete er als Gärtner, ehe er in den Hollywood-Studios Arbeit fand; zunächst im Film von Fritz Lang „Hangmen Also Die“, wo er einen SS-Mann spielte. In der Folge wirkte er in sechs weiteren Anti-Nazifilmen in kleinen Rollen mit, wobei er entweder einen deutschen Offizier, einen Gestapobeamten oder einen einfachen Soldaten spielte. Kurt Neumann schrieb aber auch am Script mehrerer Filme mit; so etwa für John Farrows „The Hitler Gang“ (1944) oder für Allan Scotts „The good new Days“ (1944).

Daneben arbeitete er als freier Schriftsteller, verfasste unter anderem unter dem Pseudonym „Walter Traun“ für die Zeitung *Beverly Hills Citizen* Beiträge über Österreich und Frankreich, publizierte aber auch in der österreichischen Exilzeitschrift *Freiheit für Österreich. Anti Nazi Monthly*. In der von der *Assembly for a Democratic Austrian Republic* herausgegebenen Zeitschrift erschien von Neumann im Mai 1943 auch ein kurzer Auszug aus einem Hörspiel über die Befreiung österreichischer Hitlergegner in Nordafrika durch amerikanische Truppen. Das Hörspiel wurde, wie er in einem Lebenslauf angab, vom Radiosender KFWB produziert und gesendet.³⁰ Zudem arbeitete er weiter am Manuskript von „Gefangen zwischen zwei Kriegen“ – „Zurzeit schreibe ich einen österreichischen Antinazi-Roman, dessen erster Teil zur Veröffentlichung durch den Verlag Doubleday Doran, New York, vorgesehen ist.“³¹

Um gegen das NS-Regime tätig zu werden, trat Kurt Neumann am 24. Juli 1943 der California State Guard, einer Freiwilligentruppe bei, die militärisch



Kurt Neumann (1902–1984)

organisiert für Verteidigungsaufgaben eingesetzt wurde und direkt dem Armeekommando unterstand.³² Zudem meldete er sich beim *Office of Strategic Service* (OSS), dem Nachrichtendienst des Kriegsministeriums der USA, um bei der propagandistischen Kriegsführung mitzuwirken. Im April 1944 wurde ihm schließlich mitgeteilt, „at the present time there is no position available in our organization for a person of your particular background and experience“.³³

Nachgeschichte in den USA

In Hollywood wurde nach Kriegsende ein Österreich-Solidaritäts-Komitee von österreichischen Künstlern gegründet, dem auch Kurt Neumann angehörte. In einem Brief an Viktor Matjeka, der im November 1945 in der Zeitung *Austro American Tribune* einen Aufruf zur Mithilfe am kulturellen und wissenschaftlichen Wiederaufbau Österreichs veröffentlicht hatte, antwortete Neumann am 23. November 1945: „Ihr Artikel in der *Austro American Tribune*, das erste Lebenszeichen, das mich von Ihnen erreichte, seit wir in den letzten Wochen vor der Invasion an der Aufrichtung einer einheitlichen Abwehrfront zusammengearbeitet haben, hat mich mit aufrichtiger Freude erfüllt. [...] / Ihr Aufruf an die österreichischen Künstler in den Vereinigten Staaten hat hier in Hollywood einen wohlvorbereiteten Boden gefunden. Vor einigen Wochen ist hier eine Vereinigung österreichischer Künst-

ler gegründet worden, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, an dem Aufbau des Wiener Kunst- und Theaterlebens mitzuhelfen, geistig und materiell. Dem Vorstand dieser Vereinigung gehören führende Filmkünstler österreichischer Abstammung an: Hedy Lamarr, Rose Stradner, Paul Henreid, William Wilder, Walter Reisch, Helmut Dantine, Fritz Kortner und andere mehr. Die Pläne, die von der Vereinigung in diesen letzten Wochen diskutiert wurden, reichen von Lebensmittelaktionen für Wiener Künstler bis zur materiellen Hilfe am Wiederaufbau des Burgtheaters und der Oper. Gleichzeitig hat die Vereinigung den Wunsch, auch geistig und ideell an dem Wiederaufbau des österreichischen Kulturlebens mitzuhelfen. Wir würden uns deshalb freuen, von Ihnen zu hören, in welcher Weise wir unseren Beitrag von hier aus am besten leisten könnten.³⁴

Eine Rückkehr nach Österreich kam für Kurt Neumann aber nicht mehr in Betracht. Nachdem er sich im Juli 1946 von seiner Frau Jane Mead hat scheiden lassen, heiratete er die kroatische Primaballerina, Choreografin und Tanzpädagogin Mia Čorak Slavenska, die 1938 mit dem berühmten Russischen Ballett von Monte Carlo nach Amerika gekommen war. Für sie organisierte und managte er in den folgenden Jahren zwei von ihr gegründete Tanzensembles, das *Ballet Variante* und das *Slavenska-Franklin-Ballet*.³⁵ Zudem arbeitete er über 20 Jahre lang als Manager für eine der bedeutendsten Konzertagenturen Amerikas, für *Hol Surok Attraction*.

Die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt Kurt Neumann erst sehr spät, 1957, was unter anderem auch auf die antikommunistische Hysterie in den USA während der McCarthy-Ära zurückzuführen ist, in der zahlreiche Karrieren unterbrochen, wenn nicht gar zerstört worden sind. Der Bruder seines ehemaligen Schwagers, Adrian Scott, geriet damals als einer der *Hollywood Ten* – jener Gruppe von Mitarbeitern der Filmindustrie, die vor dem *House Un-American Activities Committee* (HUAC) unter Berufung auf den ersten Zusatzartikel der US-Verfassung die Aussage verweigerten und deshalb zu Haftstrafen verurteilt wurden und Berufsverbot erhielten – ins Fadenkreuz der antikommunistischen Hexenjäger.³⁶

Kurt Neumann starb am 18. März 1984 in Los Angeles. Erst rund 30 Jahre danach wurde sein Roman „Gefangen zwischen zwei Kriegen“ in Österreich veröffentlicht.

Kurt Neumann:
Gefangen zwischen zwei Kriegen, hg. und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Christian Teissl.

Graz: CLIO 2012, 496 S., 27,- Euro

Bestellungen:

verlag@clio-graz.net



Anmerkungen:

- 1/ ZPA der KPÖ, Bericht an Georgi Dimitrow, 1.11.1940 (Kopie aus RGASPI 495/74/14/45–48).
- 2/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Nachlass Joseph Buttinger, Mappe 4: Bericht der Gestapo Wien, 17.6.1938.
- 3/ Multimediale Sammlungen am Universalmuseum Joanneum, Interview von Armgard Schiffer mit Kurt Neumann, 14.7.1978. So nicht anders zitiert, stammen die Aussagen aus diesem Interview. Die biografische Skizze basiert zudem auf Dokumente, die Maria Ramas, die Tochter Kurt Neumanns, dem Verein „prenninger gespräche“ für die Ausstellung und Publikation zur Verfügung gestellt).
- 4/ Archiv der Karl-Franzens-Universität Graz, Promotionsprotokoll; Matricula Universitatis Graecensi in Doctores Rerum Politicarum Promotorum.
- 5/ Hans-Peter Weingand/Werner Winkler: *Diese Welt muß unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919–1991*. Graz 1992.
- 6/ Ernst Fischer: *Erinnerungen und Reflexionen*. Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 151.
- 7/ Karl Schiffer: *Die Linke in der steirischen Sozialdemokratie während der Ersten Republik*. Ein autobiographischer Bericht, in: Robert Hinteregger/Karl Müller/Eduard Staudinger (Hg.): *Auf dem Weg in die Freiheit. Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte*. Graz 1984, S. 263–285, hier S. 272.
- 8/ Heidemarie Uhl: *Geschichte der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Ersten Republik*. Wien–Zürich 1991.
- 9/ Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), BKA Inneres, 22/Stmk 1934/I, fol. 1469f., *Der Rote Arbeiter*, 2. Jg., Nr. 1, Jänner 1934.
- 10/ *Arbeiterwille*, 12.2.1934. Über die Herausgabe dieser letzten Ausgabe berichtete Neumann im Interview mit Armgard Schiffer.
- 11/ StLA, Staatsanwaltschaft Graz, Tagebuch im Strafverfahren St 14477/34.
- 12/ Ebd.
- 13/ Willi Weinert: *Pseudohistorisches Gehabe* (Leserbrief), in: *Weg und Ziel*, Nr. 1/1999, S. 61–64, hier S. 62.
- 14/ Vgl. Barry McLoughlin/Hannes Leidinger/Verena Moritz: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*. Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 330ff.

15/ Vgl. Babette Gross: *Willi Münzenberg. Eine politische Biografie*. Leipzig 1991, S. 344ff., Rosemarie Schumann: *Amsterdam 1932. Der Weltkongress gegen den imperialistischen Krieg*. Berlin 1985.

16/ Dieter Schiller u.a.: *Exil in Frankreich*. Leipzig 1981 (Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945, Bd. 7).

17/ Braunbuch über den Reichstagsbrand und Hitlerterror. Basel 1933; Braunbuch II. *Dimitroff contra Goering. Enthüllungen über die wahren Brandstifter*. Paris 1934.

18/ Clement Attlee (1893–1967), Führer der Labour-Party und Premierminister.

19/ *Exil in Frankreich*, S. 46ff.

20/ Harry Olten: *Weltappell für Asylrecht*. Zur Pariser Internationalen Asylrechtskonferenz vom 20. und 21. Juni 1936. Paris: Éditions Universelles 1936.

21/ H. Olten: *Kirche, Volksfront, Bolschewismus*. 2., erw. Auflage. Prag: Selbstverlag 1938.

22/ *Sammlung Heimo Halbrainer: Briefe von Otto Basil, Franz Schacherl, Herbert Eichholzer, Kurt Neumann 1937/38*.

23/ DÖW 11.157, Niederschrift von Tilly Spiegel mit Alexander Sacher-Masoch, 15.3.1972.

24/ *Sammlung Heimo Halbrainer: Brief von Kurt Neumann an Herbert Eichholzer*, 29.1.1938.

25/ Walter Traun: *I Saw Austria Fall*, in: *The Beverly Hills Citizen*, 28.3. 1941.

26/ Jane L. Mead an den Innenminister mit Beilagen (Briefe vom Oktober 1939), 23.1.1940.

27/ Prefecture de la Mayenne, *Titre de permission*, 21.2.1940. Der Urlaubsschein war bis 23.3.1940 ausgestellt.

28/ *Telegrama*, 23.4.1940.

29/ Er war u.a. der Autor der Filme von Fred Astaire und Ginger Rogers wie „Tanz mit mir!“ (*The Gay Divorcee*, 1934), „Ich tanz’ mich in dein Herz hinein“ (*Top Hat*, 1935), „Swing Time“ (1936) und „Tanz mit mir“ (*Shall We Dance*, 1937). 1968 schrieb er das Drehbuch zur Serie „Lassie“.

30/ Walter Traun, *You Can Help*, in: *Freiheit für Österreich*, Nr. 11, Mai 1943, S. 3., Kurt Neumann: *Lebenslauf*, 7.7.1944.

31/ Kurt Neumann: *Lebenslauf*, 7.7.1944.

32/ Mitgliedskarte; Certificate of Discharge, 14.11.1945. Nach seiner Entlassung aus der State Guard am 14.11.1945 erhielt er die Bestätigung, „as a member of the California State Guard during the emergency created by World War II“ gedient zu haben.

33/ Brief vom OSS an Kurt Neumann, 22.4.1944.

34/ Brief von Kurt Neumann an Viktor Matejka, 23.11.1945, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.): *Österreicher im Exil. USA 1938 – 1945. Eine Dokumentation*, Bd. 2. Wien 1995, S. 720.

35/ www.slavenskadancepreservation.org.

36/ Christian Cargnelli/Michael Omasta: *Berufsverbot in Hollywood. Hysterische Atmosphäre und Schwarze Listen*, in: *Filmbulletin*, 43. Jg. (2001), Nr. 4, S. 37–51.

Nazipräsenz und Widerstand im Schatten des Ötschers

HANS GEISLHOFER

Meine Mutter stammte väterlicherseits aus der Kupelwieser-Dynastie, ihre Mutter aus einer jüdisch-moldawischen Kaufmannsfamilie. Jene waren Eisenmagnaten und aufgeschlossene Industrielle und gehörten zusammen mit den Wittgensteins zu den reichsten Familien Alt-Österreichs, bevor sie durch wertlose Kriegsanleihen und Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg wieder viel Vermögen verloren haben. Der Gauleiter von „Niederdonau“ nutzte dann noch die Zwangslage der jüdischen Abstammung der Familie aus: Nach einer Beschlagnahme im Jahr 1939 „kaufte“ er ein Jahr später der Familie das 200 ha große Gut Kyrnberg südöstlich von St. Pölten scheinbar ab, errichtete einen gaeuigenen Wirtschaftsbetrieb und quartierte dort eine SS-Kompanie ein. Gleich daneben befand sich im ehemals kircheneigenen Probstwald das größte Munitionslager der Nazis in „Niederdonau“. Nach dem Krieg okkupierte die Sowjetarmee das Gut, es war zunächst faktisch „Deutsches Eigentum“, wurde aber nicht dem sowjetischen USIA-Konzern zugeschlagen, sondern vom Land Niederösterreich beansprucht, ohne dass die Eigentumsverhältnisse jemals wirklich aufgeklärt wurden.

Das andere Gut der Familie Kupelwieser in Lunz am See war ursprünglich nur zu Jagdzwecken erworben worden. Mein Urgroßvater Carl Kupelwieser war aber auch ein großer Förderer der Wissenschaft, und da sich dort drei Bergseen hintereinander in verschiedenen Höhenlagen befinden, wurde eine biologische Forschungsstation errichtet, die internationalen Ruf erlangte. Die bahnbrechenden Gewässerökologie-Forschungen verlangten aber auch nach gründlichen meteorologischen Daten aus den umliegenden Bergen. Und so wurden im Winter 1932 durch Temperaturumkehr minus 52 Grad Celsius in einer Senke am Fuße des Dürrensteins gemessen.

Nach der Okkupation 1938 begann man nun dort eine Versuchsstation zum Testen der Kälteverträglichkeit von Motorölen sowie Panzer- und Flugzeugmotoren für die Invasion Norwegens und der Sowjetunion zu errichten. Angeblich auf persönlichen Befehl Hitlers. Das Gebiet wurde zum geheimen Truppenübungsplatz bestimmt, ein Jugendheim am Lunzersee wurde zum HJ- und SS-

Wehrrerüchtigungslager umfunktioniert, und während die Familie meiner jüdischstämmigen Großmutter – mein Großvater war 1939 aus Ärger über die Rassenhetze an Herzinfarkt gestorben – vollkommen unauffällig und angepasst um ihr Leben bangte, wurde eine Materialseilbahn gebaut und Soldaten wurde turnusweise zu Schießübungen ins Kälteloch hinaufbefördert. Gleichzeitig versuchten engagierte Wissenschaftler, meine Familie über Beziehungen zum „Reich“ zu retten, aber erst durch die Intervention des Bruders des SS-Führers Kaltenbrunner, der über einen Nazi-Wissenschaftler und die „Vermessung“ eingeschickter Fotos das „arische Aussehen“ bestätigte, konnte schließlich die Deportation nur äußerst knapp abgewendet werden.

Ich kannte zwar manche dieser Geschichten, die beim Wandern erzählt wurden, war aber als junger Linker in den 1970er Jahren weitaus mehr für die „Dritte Welt“ engagiert und so auch im Vorstand der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft aktiv und mit einer Solidaritätsbrigade dorthin unterwegs. Als solcher hatte ich dann aber 1974 einen heftigen Streit mit meinem Onkel in Lunz, weil dieser Kuba mit Nazideutschland verglich und dabei in einer hitzigen Diskussion die Geschichte der Enteignung unseres anderen Gutes durch den Gauleiter kurz erwähnte, was ansonsten vollkommen tabuisiert worden war. Man schämte sich, nur durch solche „Beziehungen“ überhaupt überlebt zu haben.

Nachdem ich über 30 Jahre lang in der Entwicklungshilfe in Afrika gearbeitet hatte, begann ich vor 15 Jahren mit Nachforschungen in den Archiven und konnte auch umfangreiche Briefsammlungen aus meiner Familie und der biologischen Station Lunz auswerten. Ein von mir beantragtes Restitutionsverfahren zum Gut Kyrnberg wurde zwar wegen Fehlens eindeutiger Beweise 2012 vom Nationalfonds negativ entschieden, es konnten aber nun neue Unterlagen gefunden werden und namhafte Wissenschaftler unterstützten mich dabei. Eine endgültige Entscheidung ist immer noch nicht getroffen worden.

Durch all diese Recherchen wurde ich auch auf eine „Widerstandsgruppe Erlaufthal“ aufmerksam. Der Historiker Johannes Kammerstätter erwähnt ihren

Leiter, Rudolf Oberndorfer (oder Oberndorfer), in seinen Büchern über die Geschichte der jüdischen Landsleute im Mostviertel (*Unsere jüdischen Landsleute und ihr tragbares Vaterland*. Wieselburg: Papercomm Verlag 2012). Im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gibt es außerdem Hinweise über seine Ermordung „durch einen Offizier der deutschen Wehrmacht“ am 8. Mai 1945 in Lunz am See, die aus Akten eines Volksgerichtsprozesses nach dem Krieg stammten, in dem der Leiter des dortigen Hitlerjugend-Lagers Ernst Burian wegen seiner Hilfeleistung zu diesem Verbrechen verurteilt, aber später vom damaligen Innenminister Oskar Helmer wieder begnadigt worden war, denn „es sei keine persönliche Schuld vorhanden“.

Kammerstätter machte mich auf das Buch von Erich Fein aus 1974 (*Die Steine reden: Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes, Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation*. Europaverlag) aufmerksam, in dem der Hergang genauestens geschildert wurde. Demnach war Oberndorfer als Kommunist und Gewerkschafter Angestellter des E-Werkes der Wiener Stadtwerke in Gaming etwa 20 km vor Lunz am See.

Dort besaß er ein Ferienhaus an der Seestraße, wo er auch Fremdenzimmer vermietete. Dieses Haus wurde nach dem Einmarsch von den Nazis requiriert, wie viele andere Gebäude und auch Teile des Schlosses der Familie Kupelwieser. Die Aktivitäten der Widerstandsgruppe scheinen damals den Nazis noch nicht bekannt gewesen zu sein. Wie diese Gruppe organisiert war und was sie im Untergrund machte, konnte wegen der damaligen strengen Geheimhaltungen nicht mehr eruiert werden. Oberndorfer war aber zunehmend Anfeindungen ausgesetzt und entkam auch nur knapp einem Schusswechsel, als er einmal mit seinem Fahrrad in Lunz unterwegs war. Als er aber am 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation Nazideutschlands, nach seinem Haus sehen wollte und feststellen musste, dass die dort einquartierten Funktionärinnen des *Bundes deutscher Mädel* (BDM) das Haus in einem desolaten Zustand hinterlassen hatten, begab er sich in einer (sehr unvorsichtigen) Anwendung von Wut zum HJ-Wehr-



Rudolf Oberndorfer (1896–1945), Leiter der „Widerstandsgruppe Erlaufthal“

ertüchtigungslager am Seeufer, um sich zu beschweren. Dort kam es zu einem heftigen Streit, wobei er angeschossen wurde, schwer verletzt liegen blieb, während die HJ- und SS-Führer im Suff das Kriegsende „feierten“, um dann den Widerstandskämpfer in den Morgenstunden kaltblütig zu ermorden. Keine Spur von einem „Offizier der deutschen Wehrmacht“!

Man wollte ihn dann in den See werfen, aber da gab es anscheinend einen Disput mit Passanten, und so schleppten sie die Leiche in den Kartoffelkeller. Zur selben Zeit rief Pfarrer Gaschler, der insgeheim auch im Widerstand war, dazu auf, die Bevölkerung möge sich die Lebensmittel aus dem Heim holen. Ein Zeitzeuge berichtete mir, dass er als Bub mit seinem Vater Kartoffeln von dort holen wollte, zuerst einen Schuh fand, dann unter Gänsehaut eine erkaltete Hand ertastete, das sei der Oberndorfer gewesen! In einem vor Kurzen erschienenen Buch mit Zeitzeugen-Interviews (*Franz Wiesenhofer: Verdrängt, Nicht Vergessen*, 2 Bände. Erlauftaler Bildungskreis 2013 und 2015) berichtete Kurt Pfeiller, der erste sozialdemokratische Bürgermeister nach dem Krieg, das Begräbnis von Oberndorfer sei seine erste Amtshandlung gewesen. Man findet aber in Lunz kein Grab, vielleicht wurde er anderswo begraben?

Es gibt allerdings eine Gedenktafel an der Außenmauer des „WasserCluster Lunz“, dem umgebauten Gebäude des früheren Jugendheims und Wehr-Ertüchtigungslagers der HJ. Diese Tafel war fast in Vergessenheit geraten, sie wurde anlässlich einer Gedenkwanderung des „Aktionsradius“ im April 2015 wieder-

entdeckt und soll jetzt an einer besser zugänglichen Stelle neu angebracht werden.

Unter diesen Zeitzeugenberichten gibt es auch vereinzelte Hinweise auf Partisanenaktivitäten im Ötschergebiet. Ein damaliger Beamter aus Scheibbs erzählte Franz Wiesenhofer von Partisanen aus dem Balkan, die im Raum Lackenhof aktiv waren, ohne genauere Orts- und Zeitangaben. Es gibt aber einen Gendarmeriebericht vom 11. August 1944, in dem von 20 ausgebrochenen „Ostarbeitern“ die Rede ist, die in der Gegend von Neuhaus unterhalb des Zellerrains von der Landwacht aufgegriffen wurden.

Dass diese dann von Partisanen über die Oisklause (Ursprung der Ybbs) und die dahinterliegenden Almen in die Steiermark hinübergeschleust wurden, geht aus einem privaten Brief meiner Großmutter an meine Mutter vom August 1944 hervor. Es wurde einer von der Landwacht erschossen, drei gefangen genommen, die anderen konnten in die Steiermark entkommen. Bei dieser Aktion war auch der Bruder meiner Mutter bei der Landwacht eingesetzt. Er durfte/musste wegen seiner teilweise jüdischen Abstammung nicht zum Militär, und es war für ihn sicher ein gewisser Schutz gegen die drohende Deportation. Er scheint aber ein tiefgehendes Trauma erlebt zu haben und wollte deshalb später nie mehr über diese Details sprechen.

Dieser Übergang in die Steiermark ist nur über Forststraßen und Almgebiete möglich, und führt unterhalb des Zellerhutes über mehrere Sattel nach Dürradmer am Fuße des Hochschwabs. Andere Gendarmerieberichte ohne genaue Datumsangabe berichten von einem toten Soldaten und drei Deserteuren sowie einer Polin, die als Fremdarbeiter in Mariazell arbeiteten und bei ihrem Fluchtversuch einen Truppenführer der Wildbachverbauung hinter Lackenhof gefangen genommen hatten. Darüber hatte mein Onkel dem Historiker Wiesenhofer schon berichtet. Wieweit all diese Aktionen mit den Partisanen im Hochschwab-Gebiet koordiniert waren, weiß man nicht, es scheint aber wahrscheinlich. Diese waren wiederum mit denen vom Balkan koordiniert.

Dazu kommt, dass der Truppenübungsplatz und die Panzermotoren-Versuchsstation auf dem Gelände meiner Familie im Dürrenstein-Gebiet sicher ein Zielgebiet der Partisanen war. Es wurden dort in wöchentlichen Turnussen ganze Soldatenkompanien für Schießübungen im Kältepol hingebraht. Man weiß aber nur aus mündlicher Überlieferung, dass

es auf Grund der angespannten Nerven zu der Ermordung eines Mechanikers kam, der in der Nacht zum Pinkeln hinaus musste. Die Wache hielt ihn irrtümlicherweise für einen Partisanen und mächte ihn mit einer Maschinengewehrsalve nieder.

In den letzten Monaten des Krieges wollten die Amerikaner die Nazis am Ausbau einer „Alpenfestung“ hindern und verstärkten die Bombenangriffe. Die Alm und auch das Schloss Seehof in Lunz am See wurden nur knapp verfehlt. Auf der Alm gab es eine FLAK-Kanone, und man berichtete auch über Luftkämpfe. Ein deutscher Flieger stürzte auf der Hochreit zwischen Dürrenstein und Hochkar ab, ein amerikanischer Bomber konnte am zugefrorenen Lunzersee notlanden. Möglicherweise haben die Partisanen den Amerikanern die Koordinaten der Versuchsstation weitergeleitet. Eine Zeitzeugin aus Rothwald am Rande des Wildnis Gebietes Dürrenstein, einer sehr abgelegenen Gegend, berichtete, dass man ihre Familie gezwungen habe, ihren kleinen Hof zu verlassen und im Forsthaus zu übernachten, weil anscheinend Partisanen gesichtet worden seien.

Wenn unser Urgroßvater keine biologische Station gegründet hätte, die dann aus rein wissenschaftlichem Interesse den Kältepol entdeckte, wäre Lunz am See keine so wichtige Nazi-Festung geworden. Da hier aber so viele SS- und HJ-Gruppen stationiert waren, wurden diese dann auch bei den grauenvollen Massakern an ungarischen Jüdinnen und Juden, die Richtung Mauthausen unterwegs waren, in Göstling und Randegg im Bezirk Scheibbs eingesetzt. Dazu kam noch die Ermordung von Deserteuren auf unserer Alm und in der Nähe des Jugendheims. All das hat ein nachhaltiges kollektives Trauma bewirkt, welches zu einem jahrzehntelangen Schweigen führte, sodass heute – auch wegen des hohen Alters der Überlebenden – Zeitzeugenberichte aus erster Hand kaum noch möglich sind.

*Hans Geißhofer:
Der Kältesee. Die
Vermessung der
Mischlinge im
Banne der Alpen-
festung, Brioni und
Mussolini & mehr.
Neckenmarkt:
united p.c. 2015
266 S., 19,90 Euro*

hangeissl@gmx.net



Bilder aus den Lagern

Das DHM in Berlin zeigt Kunstwerke, die zwischen 1939 und 1945 in KZs und Ghettos entstanden

In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem werden tausende Bilder, Zeichnungen und Gemälde aufbewahrt, die während der NS-Herrschaft in den KZs und in den Ghettos entstanden sind. Eine Auswahl von 100 Werken zeigt das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin derzeit unter dem Ausstellungstitel „Kunst aus dem Holocaust“. Begleitend zu der Schau erschien der gleichnamige umfangreiche Katalog, in dem die in Berlin gezeigten Werke reproduziert sind.

Alle Werke der 53 präsentierten KünstlerInnen, von denen fast die Hälfte von den Nazis ermordet wurde, entstanden in den Jahren der Verfolgung. Ausstellung und Katalog sind in drei Teile gegliedert, die unter den Titeln „Wirklichkeit“, „Porträts“ und „Traum und Hoffnung“ die zentralen Themenfelder der Bilder zusammenfassen. Im ersten Bereich geht es um die Realität von Vertreibung, Flucht, Deportation, um den Alltag in den Ghettos und Lagern, um Folter, Mord und Qualen. Die frühesten Arbeiten stammen aus dem Jahr 1939 und zeigen Reaktionen auf die „Reichspogromnacht“ oder Fluchterfahrungen der KünstlerInnen. Die Lagerwirklichkeit begegnet den BetrachterInnen in einem großen Teil der Arbeiten, in denen Gewalterfahrungen und der lebensfeindliche Alltag in den Lagern dargestellt werden. Einige Künstler versuchten aber auch, der furchtbaren Wirklichkeit mit satirischen Kommentaren zum politischen Geschehen zu begegnen. Bemerkenswert ist die große Anzahl an Porträts, die in den Lagern entstanden sind, und deren Entstehungsumstände beim Betrachten oft nicht auf den ersten Blick

ersichtlich sind. Es ging den KünstlerInnen darum, der Vernichtung der Individuen etwas Dauerhaftes entgegenzuhalten. Die Menschen in diesen Bildern – auch Selbstporträts sind darunter – wurden bewusst nicht als Opfer abgebildet, auch wenn sich die Erfahrungen häufig in den Mienen der Abgebildeten ablesen lassen. Die Porträts hatten für die KünstlerInnen und die Dargestellten die Funktion, der Nachwelt von ihrer Existenz zu berichten – und sie so trotz ihrer Ermordung durch die Nazis und ihrer Schergen vor dem Vergessenwerden zu bewahren.

Der dritte Teil der Schau, „Traum und Hoffnung“ betitelt, spiegelt die Hoffnung und Sehnsucht nach einem Leben jenseits der Lager und Ghettos wider. Hier finden sich neben Stadtbildern oder Landschaften, die die KünstlerInnen teilweise aus ihrem Gedächtnis reproduzierten, religiöse Szenen, die von dem Willen zeugen, die jüdische Identität und Kultur vor der Vernichtung zu bewahren. Am eindrücklichsten sind aber jene Bilder, in denen die kleinen Spuren der Welt außerhalb der Lager festgehalten wurden, die den KünstlerInnen begegneten. Sie hielten Landschaften fest, die sich hinter den Zäunen ausbreiteten, kleine Zeichen der Natur, die für die Gefangenen zu Symbolen der Hoffnung wurden.

In einem Aufsatz im Katalog schreibt Eliad Moreh-Rosenberg, Kuratorin und Direktorin der Kunstabteilung von Yad Vashem, dass alle Bilder, die in den Lagern und Ghettos entstanden sind, „mindestens drei Geschichten“ erzählen, nämlich „die im Bild dargestellte Geschichte, die Lebensgeschichte des Künstlers und die Geschichte des Wer-

kes – wie es entstanden ist, wie es die Zeiten überdauert und wie es in unsere Sammlung gelangt ist.“ Und tatsächlich ist frappierend, dass in den Lagern und Ghettos so viele und vielfältige Kunstwerke entstanden sind, und dass diese von Angehörigen oder Mitgefangenen auch gerettet werden konnten.

Moreh-Rosenberg macht zudem darauf aufmerksam, dass ein während der NS-Zeit entstandenes Werk völlig anders betrachtet werden müsse als eines, das unmittelbar nach der Befreiung entstanden, auch wenn dieses ebenfalls die Erfahrungen reflektiert. „Ersteres ist von einem Menschen kreiert worden, der um sein Leben kämpft, während der Schöpfer des zweiten sich bereits außer Gefahr weiß. Der Erste liegt in Ketten, er ist ein zum Tode Verurteilter, der nicht weiß, wann das Urteil vollstreckt wird, dem anderen sind die Ketten bereits abgenommen worden. Zwar spürt er die Folter noch an Körper und Seele, doch er ist frei.“ Die „Rückschau“ von Kunstwerken aus der Zeit nach der Befreiung ist „in gewisser Weise bereits Teil der Traumabewältigung.“

In dem großformatigen Ausstellungskatalog finden sich ausführliche Beschreibungen zu den Bildern sowie Kurzbiografien der KünstlerInnen und mehrere einleitende Aufsätze.

SIMON LOIDL

Kunst aus dem Holocaust. 100 Werke aus der Gedenkstätte Yad Vashem, hg. von Eliad Moreh-Rosenberg und Walter Smerling. Köln: Wienand Verlag 2016, 392 S., 207 Abbildungen, 48,- Euro

Die Ausstellung läuft bis 3. April 2016.

Von links nach rechts: Leo Breuer: Pfad zwischen den Baracken (1941), Pavel Fantl: Das Lied ist aus (1942–1944), Charlotte Salomon: Selbstporträt (1939–1941)

© Collection of the Yad Vashem Art Museum, Jerusalem



Lisa Rettl/Magnus Koch: „Da habe ich gesprochen als Deserteur.“ Richard Wadani. Eine politische Biografie. Wien: Milena-Verlag 2015, 295 Seiten, 19,90 Euro

Richard Wadani ist der österreichischen Öffentlichkeit durch sein unermüdliches Engagement für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure bekannt geworden. Er begann seinen langwierigen Kampf gegen das Geschichtsklischee von den „nur die Pflicht erfüllenden“ Wehrmachtsoldaten in den 1990er Jahren mit Einzelaktionen wie Leserbriefen und Wortmeldungen in Diskussionsveranstaltungen. Nach und nach fand er Verbündete und UnterstützerInnen: bei der Partei der Grünen, bei kritischen, links denkenden HistorikerInnen, bei Menschen, die eine andere, antifaschistische Vergangenheit Österreichs verkörpern und hochhalten. Mit der Gründung des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ 2002, dem (nach massivem öffentlichen Druck) vom Nationalrat 2005 beschlossenen „Anerkennungsgesetz“, das die sozialrechtliche Gleichstellung der Opfer der NS-Militärjustiz brachte, einer großen Ausstellung über die Verfolgten der Wehrmachtjustiz im Wiener Theater Nestroyhof 2009 sowie Sendungen im ORF und Artikeln in Magazinen wurden weitere Schritte gesetzt. Die Krönung der Bemühungen erfolgte an Wadanis 90. Geburtstag im Oktober 2012, als die Entscheidung für den Standort des „Deserteursdenkmals“ auf dem Ballhausplatz fiel und dieses am 24. Oktober 2014 mit einem Staatsakt in Anwesenheit des Bundespräsidenten eröffnet wurde.

Seit Herbst 2015 liegt nun, verfasst von Lisa Rettl und Magnus Koch, die Lebensgeschichte Richard Wadanis vor. Sie geht weit über das eigentliche Thema hinaus und zeichnet das umfassende Porträt eines Menschen, der, antifaschistisch und lange Jahre kommunistisch orientiert, den Stürmen seiner Zeit trotzte, einen Beitrag zu Österreichs Befreiung leistete und die Nachkriegsära auf Gebieten wie Jugend und Sport als Funktionär mitgestaltete.

Biographien von Lebenden sind Gefahren ausgesetzt, die in der Natur der Sache liegen und einer Gratwanderung gleichen. Der Verleitung zur Schönfärberei ist aber im vorliegenden Fall von Lisa Rettl und Magnus Koch nicht nur widerstanden worden, vielmehr sind die Risiken und Tücken des Balancehal-

tens in vorbildlicher Weise umschiffen und zum Ausdruck von Stärke geraten, weil das Buch auf einer breiten Quellenbasis fußt und echten wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Der Bogen der Darstellung zieht sich von Wadanis Kindheit und Jugend in Prag, den Krieg, die Desertion und die Einreihung in die britische Armee bis zur Ankunft in Wien als österreichischer Staatsbürger 1946 und die Zeit in der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ), der KPÖ sowie im Volleyballsport bis hinauf zur Gegenwart. Lebendig und gut geschrieben ist die Publikation mit einem anschaulichen und sehr schönen Bildteil versehen, der aus dem Privatbesitz Richard Wadanis stammt oder von seinen FreundInnen zur Verfügung gestellt wurde.

Neben anderen Bekannten des Titelhelden hat auch der Rezensent durch ein Interview im Jänner 2015 einen kleinen Beitrag zum Gelingen des Vorhabens geliefert. Mit Richard Wadani seit 1958 in Kontakt, verknüpften sich die beiderseitigen Freizeitaktivitäten über viele Jahre aufs Engste: beim Volleyball. Man sah sich, er als Trainer, ich als Spieler, der seinen Anweisungen nachzukommen hatte, nicht bloß sporadisch, sondern über lange Zeitläufte hinweg, Wochen mit täglichem Beisammensein im Rahmen der Volleyballweltmeisterschaft in der Sowjetunion 1962, bei den Lehrtourneekursen für Leibeserziehung in den Bundessportheimen Obertraun und Schielleiten, bei Fahrten der Globus-Mannschaft mit Matches nach Budapest, Bratislava, Brünn, Prag, Gottwaldov, Breslau, Leipzig usw., zum traditionellen Silversterturnier nach Innsbruck, daneben noch an den Trainingsabenden und bei Meisterschaftsspielen an den Wochenenden. Deren besondere Pikanterie waren damals, in den Uranfängen dieses Sportzweiges, von den Vereinen selbst geplante, mehr einer Gstätten gleichende Spielplätze an der Wiener Peripherie unter freiem Himmel, und wenn es zu regnen begann, wurde trotz Wasser in den Turnschuhen mit dem von Nässe bleischwer gewordenen Ball unverdrossen weiter gebaggert und zum Schmetterschlag aufgespielt. Das nennt man Pioniergeist par excellence.

Man kann sagen, dass wir uns bei diesen Gelegenheiten ziemlich eng kennenlernten. Ich erlebte Richard als Trainer und Betreuer, der immer eine gute Stimmung zu verbreiten verstand, auch bei den obligaten Niederlagen, die wir gegen die uns eklatant überlegenen Mannschaften aus den sozialistischen Ländern ein-

stecken mussten. Er platzte förmlich von Energie, war rastlos aktiv und las uns, je nach Spielstand, in den „Auszeiten“ entweder die Leviten oder ließ Worte mit lobenden Streicheleinheiten fallen.

Das alles geschah in den 1960er Jahren unter dem Walten eines kommunistischen Präsidenten des österreichischen Volleyballverbandes, des Polizeirats Rudolf Hautmann, mit einem kommunistischen Bundeskapitän der Nationalmannschaft, Richard Wadani, und einem jungkommunistischen Angriffsspieler bei Globus, Sokol X und im Nationalteam, Hans Hautmann.

Es wäre hoch an der Zeit, einmal die nicht geringe Position zu beleuchten, die die KPÖ im österreichischen Sport nach 1945 innehatte: beim Volleyball, bei den Gewichthebern, im Fußball, als mit *Olympia 33* ein kommunistischer Verein zwei Jahre (1957–1959) in der Staatsliga vertreten war, bei den Alpinisten, denen Klettertouren im Kaukasus und Pamir von der Sportsektion der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* ermöglicht wurden, und bei den Sportveranstaltungen im Rahmen des Volksstimmefestes. Für dieses Wirken stehen Namen wie Leo Kuhn, Karl Mairinger, Rudolf Hautmann, Johann Šafir („Schackl“), Heinz Badner, Johann Heinrich, Richard Wadani, Rudolf Husa, Richard Nettel, Kurt Castka und viele andere.

Bei der Veranstaltung der *Alfred Klahr Gesellschaft* am 19. April 2016 im Kulturcafé 7Stern mit Richard Wadani und Lisa Rettl hat der Rezensent vor, gerade zu diesem Bereich Fragen zu stellen und Wadani über seine Erfahrungen und Erlebnisse berichten zu lassen.

Überhaupt und grundsätzlich: Die Aufarbeitung des Kapitels „KPÖ und Sport“ ergäbe ein lohnendes Objekt für wissenschaftliche Untersuchungen junger HistorikerInnen. Derartige Studien würde etwas Handfesteres bieten als die heute en vogue seiende Dutzendware der „Diskursanalysen“ über „Narrative“.

HANS HAUTMANN

Victor Grossman: *Crossing the river. Vom Broadway zur Karl-Marx-Allee. Eine Autobiografie.* Berlin: Verlag Wiljo Heinen 2014, 676 S., 24,80 Euro

Auf dem Umschlag des Buches spannt sich symbolträchtig die Brooklyn Bridge hinüber in eine Silhouette Berlins mit dem markanten Fernsehturm. Victor Grossman, der seine Autobiografie nun auch auf Deutsch vorlegte – die größten Teile des Buches waren 2003 auf Eng-

lisch in der University of Massachusetts Press erschienen – überquerte den „river“ im Titel in mehrerlei Hinsicht: Ein US-Amerikaner, der sich in einem größtenteils feindlichen Klima zum engagierten Linken entwickelte, den es im Zuge seines Dienstes bei der Armee über den Ozean nach Europa verschlug und der vor dem Hintergrund der antikommunistischen Hexenjagd in seinem Heimatland auf die andere Seite des geteilten Kontinents wechselte und hier eine neue Heimat fand. Der konkrete Fluss, den Grossman bzw. der damalige US-Soldat Stephen Wechsler auf seiner Flucht schwimmend überquert, ist die Donau bei Linz.

Victor Grossman, so sein späterer Name, wurde 1928 in eine jüdischstämmige Familie in New York City geboren. Die Eltern – gebildet, aber mit geringem Einkommen – waren liberal eingestellt. Vor allem durch das Umfeld im Siedlungsprojekt Free Acres in New Jersey, wohin die Familie übersiedelte, entwickelte sich der Autor zu einem engagierten Linken und gelangte im Laufe seiner Schul- und Studienzeit zur kleinen, aber damals sehr aktiven kommunistischen Bewegung in den USA der 1930er und 1940er Jahre. Grossman beschreibt dieses Milieu und seine politische Tätigkeit – u.a. am berühmten Harvard College – detailreich, mit viel Liebe und Humor. Unzählige Gruppen, Kampagnen, Personen, Freunde und Weggefährten treten dabei auf – Paul Robeson, Howard Fast und Pete Seeger sind dabei vielleicht die bekanntesten Namen. Verbunden mit sehr persönlichen Ausführungen schafft es Grossman, diese Darstellung lebendig und spannend zu halten. Die Schwierigkeiten des antirassistischen Kampfes, gewerkschaftlicher Aktion und linker Politik, vor einem spätestens ab 1945 bedrohlich werdenden gesellschaftlichen Umfeld in den USA, werden lebendig. Anschaulichkeit erhalten Grossmans Schilderungen durch die Verknüpfung mit seinen Erlebnissen als Heranwachsender, der beispielsweise als Autostopper über das Land reist oder die ersten Folkfestivals besucht. 1947 kommt der Autor auch erstmals nach Europa – er besucht 1947 die ersten Weltjugendfestspiele in Prag.

Nach einem Intermezzo in der Industriearbeit, die der diplomierte Harvard-Absolvent für die gewerkschaftliche Tätigkeit nutzt, muss er im Jahr 1950 zur Armee und wird in Bayern stationiert. Die Verfolgung der McCarthy-Ära holt ihn dort ein – Wechsler bzw. Grossman

erhält die Vorladung vor ein Militärgericht. Er hatte seine Zugehörigkeit zu kommunistischen Organisationen nicht wie vorgeschrieben angegeben. Nach kurzer Überlegung fällt der Entschluss – der US-Soldat fährt über Salzburg nach Linz und schwimmt in einer Sommernacht des Jahres 1952 über die Donau. Wo er genau hinmöchte weiß er nicht. Die Entscheidung wird ihm abgenommen: Nach einiger Zeit in sowjetischem Gewahrsam in Österreich und der DDR wird aus Stephen Wechsler Victor Grossman, der in einem Lager für westliche Deserteure in Bautzen wohnt. Der Arbeit in einem Industriebetrieb folgt die Tätigkeit in Kulturclubs für Ausländer und eine Lehre als Dreher. Seinem Harvard-Diplom kann Grossman schließlich ein Diplom in Journalismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig hinzufügen.

Die Schilderungen seines neuen Lebens in der DDR, wo sich der Autor beruflich etablieren und auch eine Familie gründen kann, sind ebenfalls detailliert und anschaulich. Die politischen Verhältnisse und Ereignisse beschreibt Grossman mit viel Gespür und Reflexion. Er bleibt über die Jahrzehnte trotz seiner Kritik an verschiedenen Entwicklungen in seiner neuen Heimat ein engagierter Linker – kulturell und von der Denkweise her bleibt er aber in vielen Dingen ein Amerikaner und hängt an diesem Land.

Seine Verbundenheit kann Grossman auch beruflich nutzen. Nach Tätigkeiten als Lektor eines englischsprachigen Verlags, für englischsprachige Zeitungen und Radiosendungen arbeitet er als freischaffender Journalist, Dolmetscher und Lehrer. Grossman versucht u. a. auch (linke) US-amerikanische Kultur wie die Folkbewegung in der DDR bekannt zu machen.

Die politischen Entwicklungen und Umbrüche der 1980er und 1990er Jahre betrachtet Grossman aus sehr persönlicher und kritischer Perspektive. Dem Sozialismus schwor Victor Grossman „trotz der Niederlage des großen Experiments“ nicht ab.

1994 fährt Grossman erstmals wieder in seine alte Heimat. Nach einer Anhörung entlässt man ihn aus der US-Armee, weitere Reisen zu Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten folgten.

Victor Grossmans wacher und kritischer Geist sowie sein Witz und Optimismus – trotz aller Mühen und Rückschläge – ziehen sich bis zum Schluss seiner Autobiografie. Am Ende des Buches kann man kaum glauben, dass es

beinahe 700 Seiten waren, die einem so viel Informatives und zugleich Unterhaltsames aus einem langen und ereignisreichen Leben näherbrachten.

FLORIAN SCHWANNINGER

Georg Tidl: Waldheim – wie es wirklich war. Die Geschichte einer Recherche. Wien: Löcker Verlag 2015, 227 S., 24,80 Euro

Das Jahr 1986 war in der jüngsten Zeitgeschichte Österreichs ein wichtiger Einschnitt. Mit der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten gelangte ein typisch österreichischer politischer Opportunist an die Spitze des Staates, der zunächst den Großteil seiner Laufbahn in der Hitler-Armee verschwiegen und sich nach Aufdeckung seiner Kriegsvergangenheit mit den Worten dazu bekannte, er habe nur wie hunderttausende andere Österreicher seine Pflicht getan. Die öffentliche Auseinandersetzung, die sich daran anschloss, löste – zumindest zeitweise – einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen und offiziellen Sicht auf die Kriegsbeteiligung und damit auch auf die Kriegsschuld zahlreicher Österreicher im Zweiten Weltkrieg aus. So tobte z.B. die öffentliche Auseinandersetzung um die Aufstellung des „Mahnmals gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka, bis es 1988 am Albertinaplatz, also im Zentrum Wiens, unter dem Bürgermeister Helmut Zilk, der sich dafür stark machte, installiert wurde. 1991 hielt der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky eine Rede, in der er als erster Regierungschef den Anteil zahlreicher Österreicher an den Kriegsverbrechen der Nazis einbekannte und damit offiziell der Opferthese eine Absage erteilte.

Nachdem Waldheim zehn Jahre lang Generalsekretär der UNO und vorher bereits Außenminister der Republik Österreich gewesen war, schien dessen Lebenslauf zunächst kein besonderes Thema zu sein. Aber gleich bei den

Trude Springer (1922–2015)

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um Trude Springer, die am 26. Dezember 2015 in Wien verstorben ist. Springer, langjährige Funktionärin der KPÖ und des BDF, war Mitglied der AKG seit ihrer Gründung und viele Jahre als Rechnungsprüferin tätig.

ersten Recherchen, die der damalige ORF-Journalist Georg Tidl seit 1985 im Auftrag seiner Redaktion anstellte, ergaben sich unaufgeklärte Widersprüche zu seinen eigenen Angaben. Letztlich konnte nachgewiesen werden, dass Waldheim 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion einer Einheit angehörte, die in den Pripjetsümpfen Weißrusslands auch zur Jagd auf Partisanen angesetzt war. Später war er am Balkan, und obwohl er Stabsoffizier unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Alexander Löhr in der Heeresgruppe E war, schwor Waldheim Stein und Bein, nichts von den Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Griechenland und am Balkan gehört und gewusst zu haben.

Tidls vor wenigen Wochen erschienenes Buch zeichnet nun nach dreißig Jahren den Fortgang seiner Recherchen nach, die sich zur damaligen Affäre Waldheim und der von Waldheim so genannten „Campaign“ ausweiteten. Die Darstellung dieser Recherchen liest sich stellenweise wie ein Krimi, dessen Protagonist aber das Opfer abgab. So wurde Tidl aus der Innenpolitischen Redaktion des ORF versetzt und als Redakteur kalt gestellt. Man erfährt, dass die (damals noch großen) Parteien, obwohl rechtzeitig vorinformiert, kein Interesse an der dubiosen Vergangenheit Waldheims hatten: die ÖVP, weil sie keinen anderen aussichtsreichen Kandidaten hatte, die SPÖ aus Desinteresse, das sich erst wandelte, als Waldheim in allen Umfragen führte und die dann vorgebrachte antifaschistische Empörung als Wahltaktik entlarvte. Zu dieser Zeit gab es unter dem Bundeskanzler Fred Sinowatz eine rot-blaue Koalition. Sinowatz trat nach der Wahl Waldheims zurück. Sein Nachfolger als Kanzler, Vranitzky, beendete nach dem Putsch Haiders in der FPÖ die Koalition.

Es war nicht die Absicht Tidls, eine Gesamtdarstellung der Waldheim-Affäre zu geben. So spart Tidl die internationa-

len Verwicklungen aus, die der Nachweis der verschwiegene Kriegsvergangenheit Waldheims auslöste. Diese waren aber für die Polarisierung der österreichischen Gesellschaft mitentscheidend. Auf Druck des jüdischen Weltkongresses setzte die US-Regierung Waldheim auf die so genannte Watchlist, was bedeutete, dass der Bundespräsident nicht nur nicht in die USA reisen konnte, sondern auch während seiner Amtszeit relativ isoliert blieb. In gewissem Sinne kam die Affäre Waldheim den USA nicht ungelegen, begünstigte doch die Nahostpolitik der UNO unter Waldheim aus der Sicht der USA die Palästinenser.

Die ÖVP führte den Präsidentschaftswahlkampf unter der Losung „jetzt erst recht“. Die Rechercheure der Kriegsvergangenheit Waldheims wurden als Nestbeschmutzer diffamiert, die sich der „Ostküste“ bedienten, um einen „verdienten, großen Österreicher“ anzuputzen. Der damalige ÖVP-Obmann Alois Mock stellte die Wahl Waldheims zum ersten ÖVP-Bundespräsidenten der Zweiten Republik, die nicht zuletzt mit Hilfe der Mobilisierung antisemitischer Ressentiments erfolgte, als einen Akt „nationaler Selbstbehauptung“ dar.

Im letzten Kapitel fasst Tidl die ideologischen und innenpolitischen Umstände seit 1945 zusammen, die jemanden wie Waldheim an die Spitze des Staates führen konnten: Die „Widerständler“ und Remigranten sowie die aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern Heimgekehrten waren eine kleine Minderheit, während die ehemaligen (und vielfach immer noch) Nazi 40 bis 50 Mal stärker in der Bevölkerung vertreten waren. Es war für beide Großparteien klar, an wen sie sich anzupassen hatten. Das war natürlich nicht Gegenstand der Historikerkommission, die Waldheims Vergangenheit offiziell durchleuchtete. Es blieb beim Vorwurf der schlampigen Darstellung von Waldheims Biografie.

Georg Tidls Buch ist eine klarsichtige Analyse einiger der Innereien und Eingeweide österreichischer Innenpolitik, des ORF und des Journalismus, deren penetranter Geruch bis heute bzw. wiederum verstärkt spürbar ist. Das Buch enthält auch zahlreiche Dokumente aus der Recherche zu Waldheims Kriegsvergangenheit, die Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung waren.

MICHAEL GRABER

Bernhard Gitschtaler (Hg.): Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal. Ein Erinnerungsbuch. Salzburg: Otto Müller Verlag 2015, 383 S., 27,- Euro

Der Verein *Erinnern Gailtal* und sein Obmann Bernhard Gitschtaler erhielten 2014 einige mediale Aufmerksamkeit durch einen Prozess, den sie gegen die FPÖ führten. Nun ist der Anlass der Aufmerksamkeit erfreulicher: Bernhard Gitschtaler hat sein zweites Buch herausgegeben mit dem Titel „Ausgelöschte Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal“, ein „Erinnerungsbuch“ an die Gailtaler Opfer des Nationalsozialismus.

In den vielschichtig aufgearbeiteten Geschichten der Opfer werden die Kontinuitäten der Diskriminierung auch vor und nach der NS-Zeit deutlich. Die Diskriminierung der Kärntner SlowenInnen im 19. Jahrhundert findet ebenso Eingang in das Buch wie die fehlende Entschädigung von JüdInnen nach 1945. Diese Kontextualisierung „soll es ermöglichen, die jeweiligen Biographien und Leidensgeschichten besser zu verstehen“ und damit, so Bernhard Gitschtaler, „auch Menschen, die sich mit der Thematik noch nicht befasst haben, einen Zugang zu ermöglichen.“ Das ist ihm und seinem AutorInnen definitiv gelungen und so richtet sich das Buch an ein breites Publikum und nicht nur an HistorikerInnen und eingearbeitete AntifaschistInnen.

Aber auch für diese hat der Band einiges zu bieten, ist er doch das erste Buch, das aller NS-Opfer aus dem Gailtal erinnert. Die ca. 200 Biographien werden in thematische Gruppen zusammengefasst, denen jeweils ein Kapitel vorangestellt ist, in dem die nationalsozialistische Verfolgung der Opfergruppe – sowohl allgemein im gesamten NS-Staat als auch konkret im Gailtal – beschrieben wird.

Der Band beginnt mit der Recherche zur SS-Aktion „Arbeitsscheu Reich“ gegen so genannte Asoziale, eine Opfer-

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl (Schriftführer), Mag. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Dr. Elke Renner, Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

gruppe, die erst langsam und viel zu spät im Erinnerungsdiskurs ihren Platz findet. Es folgt ein ausführlicher Beitrag von Wolfgang Haider über die Opfer der NS-„Euthanasie“. Gerade bei dieser Gruppe, schreibt Haider, sei es lange üblich gewesen, nur die Vornamen der Opfer zu nennen und sie damit aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen. Im Buch werden erstmals alle NS-„Euthanasie“-Opfer aus dem Gailtal genannt. Viel recherchiert wurde hier auch zu den TäterInnen: Der Abschnitt bearbeitet die Rolle der ÄrztInnen und PflegerInnen und gibt einen tiefen Einblick in deren Mordpraktiken, Ideologie und Autoritätshörigkeit.

Roma und Romnija, Sinti und Sintezza, Homosexuelle, JüdInnen, Kärntner SlowenInnen, Geistliche, Zeugen Jehovas, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen, Widerständige, Deserteure, politisch Andersdenkende und KritikerInnen des NS-Regimes erfahren in „Ausgelöschte Namen“ eine würdige Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus. Die Geschichte dieser Opfergruppen, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen verfolgt und ermordet wurden, wird ausführlich erklärt und konkret auf die Region bezogen.

Über die ausgelöschten Namen hinaus wird im Buch die Geschichte des Gailtals während des Nationalsozialismus erzählt. Die LeserInnen erfahren vor allem

viel über die PartisanInnen im Tal – ein Thema, das in Kärnten wie auch im restlichen Österreich lange totgeschwiegen wurde und sehr umkämpft ist. Im unteren Gailtal formierte sich 1943 die Gruppe der Schütt-PartisanInnen, die heute noch ein großes Tabu darstellt.

Einziges Manko des Buches stellt das Kapitel über Homosexuelle im Nationalsozialismus dar, das vorgibt, sich mit der Geschichte homosexueller Männer und Frauen zu beschäftigen, de facto zweite-re aber außen vor lässt. Das zeigt sich schon im Titel „Der Rosa Winkel – Homosexuelle als NS-Opfer“. Frauen trugen keine rosa Winkel. Lesben wurden nicht systematisch verfolgt, aber dennoch oft als so genannte „Asoziale“ in KZs gebracht und mit einem schwarzen Winkel versehen. Diese Tatsache wird im Buch leider nicht erwähnt.

Der Androzentrismus spiegelt sich auch in der Sprache des Buches wider. Es kann darüber diskutiert werden, ob der deutschsprachige Buchmarkt es verunmöglicht zu gendern. Wenn sich die AutorInnen aber dazu entschließen, ausschließlich die männliche Form zu verwenden, dann sollten sie auch im Kapitel zur NS-„Euthanasie“ konsequent bleiben und Pflegerinnen bei den Pflegern „mitmeinen“ und nicht durchgehend die sexistische Bezeichnung „Schwestern“ unnötigerweise hinzufügen.

Bei der Lektüre wird immer wieder deutlich, wie sehr im Gailtal versucht wurde und wird, die NS-Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis der Region zu löschen. Dem versucht das Buch etwas entgegenzusetzen. Dabei legen die AutorInnen ihren Forschungsprozess offen dar und erzählen davon, dass es ihnen wichtig war, die persönlichen Erfahrungen der Opfer miteinzubeziehen, dass ihnen des Öfteren Steine in den Weg gelegt wurden und dass sich die Recherche manchmal schwierig gestaltete.

„Erinnern heißt auch handeln“, heißt es im Vorwort zu „Ausgelöschte Namen“, und der Herausgeber Bernhard Gitschtaler erklärt, dass Erinnerungsarbeit nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie eine Sensibilisierung für die Ausgrenzungsmechanismen der heutigen Zeit schaffe. Diese aufklärerische Herangehensweise zeichnet das Buch ebenso aus wie die sehr aufwendige und genaue Recherchearbeit.

KATHARINA GRUBER

Die Namen der NS-Opfer im und aus dem Gailtal sind auch abrufbar unter: www.erinnern-gailtal.at

16. Gedenkfahrt nach Engerau

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch. Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt.

2016 ist die Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des Lagers Engerau in Petržalka geplant.

Programm

9.30 Gedenkkundgebung beim ehemaligen Teillager Leberfinger im Aupark (Bratislava)

Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des Lagers Engerau, errichtet von der Stadtgemeinde Bratislava

11.00 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof von Petržalka

12.00 Auf den Spuren des Lagers Engerau in Petržalka

13.00 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für die Opfer des „Todesmarsches“ in Wolfsthal

14.00–15.30 Mittagspause

16.00 Gedenkkundgebung am Friedhof von Bad Deutsch-Altenburg

Historische Einleitung und Begleitung: Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**
Dr.ⁱⁿ **Eleonore Lappin**

Ansprachen u.a. von Dr. Ivo Nesrovnal (Bürgermeister von Bratislava), Dr. Maroš Borský, Dr. Egon Gál (Präsident der jüdischen Kultusgemeinde in Bratislava), Dr. Szabolcs Szita

Sonntag, 17. April 2016

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
(beim Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung)

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
claudia.kuretsidis@doew.at
Weitere Informationen: www.doew.at

Krieg – Terror Flucht

Ingar Soltý **Die »Flüchtlingskrise« und der globale Kapitalismus** ★ Lothar Elsner **Marx, Engels und Lenin über Arbeiterwanderung im Kapitalismus** ★ Tom Vickers **Geflüchtete, Kapitalismus und der Staat** ★ Sabine Lösing **Afrika im Visier deutscher und europäischer Militär- und Interessenpolitik** ★ Claus Schreier **Alternativen zur Festung Europa** ★ Cornelia Kerth **Flüchtlinge Willkommen! Eine Herausforderung auch für Antifaschist_innen und Friedensbewegung** ★ EVG Berlin **Wer gegen Flüchtlinge hetzt, hat in der Gewerkschaft nichts verloren**

Weitere Themen u. a.:

Uri Avnery **»Internationalen Terrorismus« gibt es nicht** | Hans Christoph Stoodt **Die Solidarität mit dem Kampf Palästinas ist nicht verhandelbar** | Klaus Wagener **Krieg in Syrien »Neuordnung« des Nahen/Mittleren Ostens** | Peter Mertens **Den IS finanziell trockenlegen** | Anne Rieger **Zum Gewerkschaftstag der IG Metall** | Bernd Müller **Weltklimavertrag kaum in Sicht** | Domenico Moro **Die Tendenz des Westens zum Krieg und der islamische Radikalismus** | Herwig Lerouge **Gramsci und die griechische Krise** | Kurt Baumann **Die Faschismusanalyse der KPD(O)** | Robert Steigerwald **Zum 90. Geburtstag von Hermann Klenner** | Meike Bohn **Hacks und die Frauen**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Kritik, Widerstand und Solidarität als Lebensprinzip

Richard Wadani im Gespräch

Dienstag, 19. April 2016, 19.00

7★STERN

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien



Der Wehrmachtsdeserteur und politische Aktivist **Richard Wadani** im Gespräch mit

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**
Dr. **Magnus Koch** und
Dr. **Lisa Rettl** über

- seine Desertion aus der Deutschen Wehrmacht,
- die *Freie Österreichische Jugend* im ersten Nachkriegsjahrzehnt,
- die Sportpolitik der KPÖ nach 1945 und
- den Umgang der österreichischen Nachkriegsgesellschaft mit den Opfern der NS-Militärjustiz.

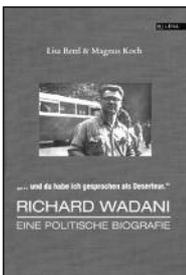
2007 wurde Richard Wadani als erstem österreichischen Wehrmachtsdeserteur das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs verliehen. Ein mühsam erkämpfter Schritt, dem noch andere wichtige Etappen folgen sollten: 2009 das Rehabilitierungsgesetz für die Verfolgten der NS-Militärjustiz, 2014 schließlich die Enthüllung eines Deserteursdenkmals am Wiener Ballhausplatz.



Aufgewachsen als Sohn österreichischer Eltern im revolutionären Prag der

1920er und 1930er Jahre, führte Wadani 1938 unfreiwillig nach Wien, ebenso widerwillig in die Deutsche Wehrmacht. Im Oktober 1944 lief er an der Westfront zu den Alliierten über.

In der Uniform der Briten kehrte er 1945 nach Wien zurück. Er war in der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) und KPÖ engagiert und wirkte führend beim Aufbau des österreichischen Volleyballsports mit.



*Eine Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft
und des Wiener KZ-Verbandes*

Buchtip:

Lisa Rettl/Magnus Koch:

„Da habe ich gesprochen als Deserteur.“

Richard Wadani. Eine politische Biografie.

Wien: Milena Verlag 2015, 295 S., 19,90 Euro

Bestellungen: www.milena-verlag.at

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Winfried R. Garscha, Hans Geißhofer,

Michael Graber, Katharina Gruber, Heimo

Halbrainer, Hans Hautmann, Simon Loidl,

Erich Sameck, Florian Schwanninger

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir nicht nur mit erhöhten Posttarifen, sondern anhaltend mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Periodikum und für Ihre Unterstützung!